

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besetzungsbekanntmachungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insette für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Das Ende der Briand'schen Aera.

Paris, 26. Februar. (Fig. Ver.)

Briand hat sich entschlossen zu demissionieren. Seine Schamhaftigkeit zeigt sich auch in diesem Abgang. Nicht darum etwa, weil er als scheinbar Unbesiegter das Feld räumt. Auf den Schwindeln der offiziellen Arithmetik fällt niemand herein. Niemand läßt sich einreden, daß das Abstimmungsresultat vom Freitag eine „republikanische Mehrheit“ ergebe. Unter den 288 Stimmen, die für das Vertrauensvotum abgegeben wurden, waren nach der Berechnung der Regierung 177 Stimmen von Linksrepublikanern, unter den 242 oppositionellen 151. Aber, von den 9 Ministern abgesehen, die sich selbst das Vertrauen votierten, hat die Briand'sche Regierung die Mehrheit so weit getrieben, die 74 geeinigten Sozialisten als antirepublikanische anzusehen. Doch bleibt die Mathematik wirklich Nebensache. Wenn Briand glaubte, sich noch am Ruder erhalten zu können, hätte ihn auch eine noch weniger „republikanische“ Mehrheit zufrieden gestellt. Er geht jetzt, weil die Situation, in der er seine radikalen Gegner zurückläßt, ihm am meisten Hoffnung für die Zukunft zurückläßt. Sein Sturz war in naher Frist unabwendbar. Hätte ihn aber eine Konzentration der gemäßigten Gruppen herbeigeführt, so wäre Briand von der Bourgeoisie als ein Werkzeug, das seinen Dienst getan hat, für immer fallen gelassen worden. Die Poincaré, Deschanel, Delcassé können ebenso wie er sozialkonservative Politik treiben und sind menschlich doch ungleich respektabler. Ueberläßt er aber den in völlige Desorganisation geratenen Moderationalen das Feld, so darf er immerhin noch hoffen, nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch des erneuerten Combismus als Minister eines bürgerlich-liberalen Realismus wieder in Betracht zu kommen.

In der Tat ist nicht zu ersehen, auf welche Art die Briand'sche Aera ein zweitesmal ersehen könnte. Ihre Lebensmöglichkeit war in der Dringlichkeit der kirchenvolitischen Aufgaben, im fortwährenden Antriebe der in den Kämpfen der Dreyfus-affäre aufgesammlten demokratischen Ideologie und in der geringen Klärung der Klassengegensätze gegeben. Alle diese Umstände sind heute nicht mehr vorhanden. Die entscheidende Tatsache der letzten Jahre ist die Verschärfung des Klassenkampfes, die Wendung der mittleren und kleinen Bourgeoisie zur gewalttätigen Reaktion und im Zusammenhang damit die innere Auflösung der radikalen Partei. Wenn die großkapitalistische Presse erklärt, Briand habe die „öffentliche Meinung“ für sich gehabt, so ist das in dem Sinne richtig, daß seine Gewaltstreich gegen die Arbeiterklasse in den Massen der radikalen Wählerschaft der Städte mehr Anklang fanden, als bei den radikalen Deputierten, die von der Zerstörung des Glaubens an die in der Reformistischer Demokratie sich vollendende Solidarität der Klassen den Verlust ihrer Mandate zu befürchten haben und bei den lokalen Klüngeln, die aus der Politik ein Mittel persönlicher Profitmacherei machen, also in der Ausdehnung der administrativen Begünstigung auf die politische Nachbarschaft zur Rechten eine Verletzung ihrer Rechte erblicken müssen.

Der Sturz Briands ist die Rache der Parlamentsradikalen für diese ihre Desorganisation, an der ihn in Wahrheit doch nur in geringem Maße die Schuld trifft. Sie haben so feststimmter Weise in demselben Augenblick genommen, als ihre eigene Abdankung in Briands Hände bestiegelt wären und der Janf darüber, warum die Mehrheit der radikalen Deputierten der Weisung des Kongresses in Rouen nicht Folge leistete und der Verwägungspolitik dienlich geworden sei, durch die Nachricht, daß Unterhandlungen zwischen dem radikalen Parteivorstande selbst und Briand im Gange seien, zur größten Festigkeit gesteigert worden war. Den Zusammenstoß vom Freitag haben sicherlich die Hände geschäftiger Ehrgeizlinge vorbereitet, aber nicht ein Zusammenschluß der um ihre Prinzipien besorgten bürgerlichen Demokratie. Ueber den regierenden Verräter an der Demokratie Bericht zu halten, hat die Linke ganz andere Gelegenheiten gehabt und — geflissentlich verdrängt. Wohl ist auch sein Verfahren gegenüber den kirchlichen Institutionen charakteristisch. Vielleicht ist dieser eitle und durch sein geschichtliches Wissen und Erkennen gebundene Mensch in der parfümierten Gesellschaft, die den Glückspilz umschwärmt, wirklich zur Einbildung gekommen, den Bonaparte spielen und die Republik mit der Kirche verschönern zu können. Daß der, wenigstens nominelle, Urheber des Trennungsgesetzes mit den Mönchen und Pfäfflingen vertrauliche Händedrucke tauscht, ist durchaus nicht erstaunlich. Aber auch das antiklerikale Feuer brennt in den radikalen Herzen nicht mehr so lichterloh. Der Konservative De Mun hat dieser Tage sehr richtig bemerkt, daß die radikale Bourgeoisie nicht mehr daran denkt, die Schule, sondern sich selbst zu verteidigen und vor dem Lehrer, dessen sittliche Rolle sie ehemals so gepriesen hat, eher Furcht hat.

Die Frage ist nur, wie sie sich am besten verteidigen kann. Die Radikalen des Parlaments fürchten nichts mehr als soziale Massenkonflikte, in denen es nur noch ein Hüben und Dräuben gibt. Sie sind die Pazifisten der Klassengesellschaft, aber, um ihres bürgerlichen Grundcharakters willen, eben so halbblutigen Wesens wie die bürgerlichen Pazifisten der internationalen Politik, die heute die Abrüstung fordern und morgen Dreadnoughts bewilligen. Kommt es dennoch

zum Zusammenstoß, kann man sie, wofern sie sich nicht feige drücken, im Heerbanne der wütendsten Sozialreaktion finden, wie dies zuletzt der Eisenbahnerstreik gezeigt hat. In friedlicheren Zeiten indes sind sie für die Taktik des Verzögerens, Vermittelns und Verklebens, mit einem Wort für die Politik der sozialen Verschleimung. Als deren wirksamstes Mittel erscheint ihnen der kriegerische Antiklerikalismus.

Aber deren Epoche ist vorüber. Das werden die Radikalen zweifellos sehr bald erfahren, wenn sie versuchen sollten, wie ihre Gröhen es gestern in einer Versammlung in löblichen Reden verkündet haben, den Bloß zu erneuern. Sider ist die Arbeiterbewegung in Frankreich noch nicht stark genug, um die Bourgeoisie zu einer ausgesprochen konservativen Politik zu treiben. Briand hat die Strömung im Land wohl erkannt, aber sie überschätzt. Daran scheiterte er, aber die Radikalen werden ebenso scheitern, weil sie sie unterschätzen. Die französische Politik der nächsten Zeit wird das Spiegelbild der sozialen und moralischen Verfehlung sein, in der sich neue zukunftsverheißende Kräfte gärend lösringen.

Die Krise.

Paris, 27. Februar. (Privattelegramm.) Nach dem Zeichenbegangnis des Generals Brun fand ein Ministerrat statt, um offiziell die Demission zu beschließen. Die Kammer, die nachmittags zu einer kurzen Sitzung zusammentrat, beschloß auf die Mitteilung der Demission ihre Vertagung.

Präsident Fallières empfing heute den Kammerpräsidenten und den Präsidenten des Senats. Die Lösung der Krise erscheint schwierig. Vielfach wird Poincaré als der kommende Mann genannt. Wahrscheinlich wird eine völlige Neubildung des Kabinetts stattfinden; keines der Mitglieder des scheidenden Ministeriums würde in das neue eintreten.

Briands Klage.

Paris, 27. Februar. In seinem Demissions schreiben an den Präsidenten erklärt Briand, daß die republikanische Mehrheit der Kammer sich in zwei Gruppen gespalten habe. Gewisse Republikaner zeigten gegen den Chef der Regierung eine sich unaufhörlich vergrößernde systematische Feindseligkeit. Sein Appell zugunsten des politischen Ausgleichs und der politischen Wahrung und zugunsten der Weiterführung des Werkes einer vernünftigen und toleranten Verwirklichung der Schule, die jedem Glauben Gerechtigkeit widerfahren lasse, sei nicht verstanden oder entstellt worden. Die daraus gegen ihn hervorgegangene politische Feindschaft mache die Verwirklichung der geplanten Reformen, die das künftige Programm bildeten, das dem Parlament vorgelegt worden sei, unmöglich. Eine unfruchtbare Arbeit inmitten von Fallstricken und Winkelzügen sei ihm zuwider. Die Politik des Kabinetts sei siegreich aus allen Zusammenstößen hervorgegangen, aber in seinen Händen sei sie gegenwärtig in Gefahr. Ein anderes Ministerium werde die notwendige Sammlung herbeiführen und das von dem Kabinetts Briand unternommene Werk in die Tat umsetzen können.

Der „Mittelweg“.

Aus Elsass-Lothringen wird uns geschrieben:

Im Streit um den Statthalter für Elsass-Lothringen, der mehr als die drei Bundesratsstimmen den Angelpunkt der Erörterung über die reichsständische Verfassungsvorlage im gegenwärtigen Stadium bildet, ist die „Straßburger Post“ mit einem Vermittlungsvorschlag hervorgetreten, der bei den Kompromißverhandlungen hinter den Kulissen wohl seine Rolle spielen mag. Der Vorschlag geht dahin, an Stelle des in der Reichstagskommission auf Antrag des Zentrums mit Stimmenmehrheit verlangten Statthalters auf Lebenszeit einen Statthalter mit bestimmter Amtsdauer, etwa auf 10-12 Jahre einzusetzen, wobei allerdings der Beamtencharakter dadurch gewahrt werden soll, daß für eine vorzeitige Ablegung die allgemeinen staatsrechtlichen und disziplinären Ordnungen aufrecht erhalten werden.

Es wird sich fragen, ob jene Kreise, die mit dem Zentrum in der Ersetzung der gegenwärtigen „Karikatur des jederzeit von Berlin aus abzuberufenden Satrapen“ durch einen kaiserlichen Statthalter auf Lebenszeit das „kleinere Uebel“ erblicken, den Lebenslänglichen in dieser Weise zu reduzieren bereit sind. Das elässische Volk macht sicherlich keine Lebensfrage daraus, ob das monarchische System in Elsass-Lothringen durch einen Statthalter auf Lebenszeit, durch einen solchen mit gesetzlich fixierter Amtsdauer oder durch die vollendete Karikatur eines solchen repräsentiert ist. Wir haben das elässische Volk bei seiner anerkannt republikanischen Gesinnung sogar stark im Verdacht, daß es in der allertraurigsten Karikatur des Trägers eines ihm feindlichen Systems das allerkleinste Uebel erblickt. Die Selbständigkeit, die es fordert, muß durch andere Einrichtungen gestiftet werden.

Eines dieser Mittel, und wohl das wichtigste, ist das Wahlrecht zum neuen Landtag. An dieser Stelle gilt es einzusetzen, und da liegt der Prüfling für das Zentrum und die bürgerlichen Linksparteien. Das Alters-Pluralwahlrecht muß fallen und die Wohnsitzklausel für den Wahlkreis mit ihrer Unterscheidung von drei Jahren und einem Jahre zwischen Proletariern und Besitzenden muß beseitigt werden. Schlägt das Zentrum sich hier auf die Seite der Regierung, so macht es sich die Massen zum Gegner, die es benachteiligt hat, und schon die Reichstagswahl bietet Gelegenheit, es dafür ganz gehörig zur Rechenschaft zu ziehen. Das demokratische Wahlrecht muß dem arbeitenden Volke den Zutritt zum Landesparlamente öffnen; das demokratische Wahlrecht bedeutet den Eintritt eines neuen Momentes

in die elass-lothringische Politik, eines Momentes, das beim bisherigen Landesauswahlwahlrecht völlig gefehlt hat. Hier liegt der eigentliche Kern- und Angelpunkt der Reform, nicht im Streit um die Lebenslänglichkeit eines kaiserlichen Statthalters! Bei dem neuen parlamentarischen Dinner im Statthalterpalais zu Straßburg pries Graf v. Wedel in hohen Tönen den „unschätzbaren Vorteil nach innen und nach außen“, der für Elsass-Lothringen darin liege, „unter dem unmittelbaren Schutze und der fürsorgenden Obhut eines mächtigen Staatsoberhauptes zu stehen“. Wo sind sie, die Früchte dieses unschätzbaren Vorteils? Die Regierung mußte ja bei Begründung der Verfassungsvorlage selber zugeben, daß Elsass-Lothringen nicht die Stellung einnimmt, die ihm zukommt.

Sollte die Vorlage im jetzigen Stadium scheitern, so hätte sich das Zentrum, dank der formellen Zustimmung der Linksparteien zur Forderung des lebenslänglichen Statthalters, mit einer billigen Heldenpose aus der Affäre gezogen. Glücklicherweise sieht der Regierungslager in Elsass-Lothringen demachen im Sumpfe, daß die weitere Prüfung dem Zentrum nicht erspart bleiben wird. Wir erwarten es bei den Abstimmungen über das Wahlrecht zum neuen Landtag und über die Einsetzung einer Ersten Kammer! Hier gilt's. Hier sind alle Zweideutigkeiten ausgeschlossen. Hier helfen keine Winkelzüge! Jedes Zugeständnis an die Regierungsgewalt nach dieser Richtung wird sich bei den Massen mit vollem Rechte schwer rächen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 27. Februar 1911.

Nationalliberale und sozialdemokratische Kritik.

Aus dem Reichstag, 27. Februar. Ueber den Titel „Kriegsminister“ ward heute zum letzten Male verhandelt, aber ein ganzer Tag ging doch noch darauf hin. Zunächst sprach Herr Gröber namens des Zentrums sein Mißfallen über die plumpe Antisemitenpause des Abg. Raab aus. Dann schloß sich der nationalliberale Abgeordnete Dsann aus Darmstadt seinem geehrten Vorredner an. Soweit bot seine Rede nichts Unerwartetes. Befremdend wirkte es aber schon, als er sich abmühte aus der Seele der Konservativen eine Erklärung gegen den Antisemitismus herauszulesen. Die Taktlosigkeit, daß der Vertreter einer Partei, die soeben noch von Herrn v. Heydebrand im preussischen Abgeordnetenhaus mit Fußtritt regaliert wurde, sich als Wortführer der Konservativen auszuspielen suchte, wurde noch übertrumpft dadurch, daß Herr Dsann sich dann im Grabe eines Klageweibes mit heftigen Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie wandte. Verstieg er sich doch dabei zu der albernen Behauptung, die Sozialdemokratie erstrebe überhaupt keine Besserung unserer Zustände, sondern übe Kritik nur aus eitlem Lust an der Kritik selbst.

Genosse Schöpflin ließ den würdelosen Anbiederungsverhuf des Herrn Dsann bei der Regierung und den Konservativen mit herbem Spott der verdienten Abstrafung angedeihen. Dann hielt er den Konservativen vor, daß die antisemitische Politik der Junker in eigenartigem Widerspruch stände zu den vielen jüdisch-junkerlichen Ehedheiraten. Dem Kriegsminister trat er wegen seiner Verhuf, den Wisingischen Erlaß abzuschwächen, entgegen und wandte sich schließlich in ausführlicher Darstellung dem unausrottbaren Unwesen der Soldatenmishandlungen zu, indem er betonte, daß gerade die Beschönigungen vieler Militärgerichte wie Aufreizungen zu Mishandlungen wirken müßten.

Nachdem Herr Kopps für die Resolution der fortschrittlichen Volkspartei eingetreten war, die die Gleichberechtigung der Juden im Heere forderte, nahm der Kriegsminister das Wort, verwickelte sich aber, wie ihm das häufig passiert, in untöndbare Widersprüche. So rechtfertigte er den Erlaß gegen den Verstoß der Offiziere mit Abgeordneten damit, daß Parteipolitik nicht in die Armee hineingetragen werden dürfe. Gleich darauf erklärte er das unbestreitbare Vorhandensein antisemitischer Gesinnung im Offizierskorps damit, daß die Offiziere in ihrer Auffassung doch naturgemäß abfärben müßten auf die Anschauungen der Gesellschaftskreise innerhalb der sie lebten. Nach Herrn v. Heeringen versuchten auch noch der baptische und der sächsische Militärbevollmächtigte einzelne Angaben Schöpflins zu entkräften. Schließlich mußte das Haus noch eine zweite Antisemitenpause des Herrn Raab über sich ergehen lassen.

Bei der Abstimmung wurde der fortschrittliche Antrag auf Gleichberechtigung aller Konfessionen im Heere gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums abgelehnt.

Morgen geht die Debatte über den Militärretat weiter.

In Ungnade gefallen.

Ebdow, der ehemalige Reichsschatzsekretär, dem das deutsche Volk die Reichsfinanzreform mit ihrer ungeheuren Teuerung der Lebenshaltung verdankt, hat sich am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus arg in die Reffeln gesetzt. Bekanntlich ist Herr Ebdow, da im Reichsdienst seines Bleibens nicht länger sein konnte, nach Preußen abgehoben, wo er dem Ministerium für Handel und Gewerbe vorsteht. In dieser Eigenschaft hatte er am Montag seinen Etat zu vertreten, und weil er sich einen Augenblick dem Wahn hingab, ein preussischer Minister dürfe eigene Meinungen auch dann ver-

reden, wenn sie mit denen der Junker nicht übereinstimmen, so kam es zu einem recht bemerkenswerten Zusammenstoß zwischen ihm und der Rechten, einem Zusammenstoß, der deutlich den Beweis für die „gottgewollte“ Abhängigkeit preussischer Minister von der Junkertum erbringt.

Zu der Generaldebatte hatte der konservativste Abg. v. Arnim zunächst bewegte Klagen über die Ueberbürdung des inländischen Marktes mit ausländischen Papieren geführt und im Anschluß daran gegen den Hansabund polemisiert und den Minister gerüffelt, weil er Handelskammern den Beitritt zum Hansabund nicht verboten habe. Die von dieser Gründung ausgehende Bewegung ist den Agrariern unangenehm und deshalb fordern sie, weil sie dem Kampf mit geistigen Waffen gewohnheitsmäßig aus dem Wege gehen, ein gewaltsames Eingreifen der Regierung. Dabon aber will der Minister nichts wissen; mit einer Schärfe, wie sie sonst Vertreter der preussischen Regierung der Mehrheitsparteien anzuwenden sich nicht getrauen, lehnte er das Ansinnen des Herrn v. Arnim rund heraus ab. Er vertritt die Anschauung, daß die Handelskammern die Gesamtinteressen der Handels- und Gewerbetreibenden wahrzunehmen haben und daß sie sich deshalb auch an wirtschaftspolitischen Aufgaben beteiligen dürfen, genau so wie das ja auch der Zentralverband deutscher Industrieller tut. Herr v. Arnim und seine Freunde waren ob dieser Widersprüchlichkeit des Ministers einfach baff, sie gaben ihrem Unwillen in Zwischenrufen Ausdruck, aus denen Herr Sydow entnehmen kann, daß, wenn er nicht heizeln einlenkt, seine Tage gezählt sind.

Im übrigen verlief sich die Debatte, die am Dienstag fortgesetzt wird, in Einzelheiten. Der Redner des Zentrums sprach ein paar Worte über die Gewerbeaufsicht, Herr Schroeder (natl.) machte die Regierung scharf gegen die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine und die „Wirtschaft“ der Sozialdemokraten, Abg. Rabardt (fl.) jammerte über die Not des Handwerks und der Minister kündete ein Gesetz über die Regelung der Pflichtfortbildungsschulen an. Der Vertreter unserer Fraktion wird am Dienstag zu Worte kommen.

Was ist der Zweck der Züchtung?

Eine lächerliche Polemik hat sich zwischen deutschen und französischen patriotischen Blättern über die sittlichen Qualitäten der französischen Fremdenlegion entworfen. Kriegsminister v. Heeringen hat bekanntlich bei den Militärdebatten im Reichstage einige Bemerkungen gegen die französische Fremdenlegion gemacht. Etliche chauvinistische Blätter Frankreichs glaubten dieserhalb heftige Ausfälle gegen die deutsche Heeresverwaltung machen zu müssen. Die alldeutsche Presse ergriff diese Gelegenheit mit Vergnügen, Frankreich herabzusetzen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt nun zu dem Vorfall folgende amtliche Note:

„Der Kriegsminister v. Heeringen hat im Laufe der Debatte über den Militäretat, als von anderer Seite die Sprache auf die französische Fremdenlegion gebracht war, mit berechtigter Schärfe seiner Entrüstung über deutsche Blätter Ausdruck gegeben, die für diese, bekanntlich großen Teils aus deutschen Fahnenflüchtigen bestehende Truppe Mißsachen machen. Nicht nur der preussische Kriegsminister, sondern auch jeder gute Deutsche wird über ein solches unpatrisiotische Gebaren entrüstet sein. Der „Tempo“ und einige andere französische Blätter haben sich bemüht, General v. Heeringen wegen seiner Worte anzugreifen, und dabei sogar von Verleumdung der französischen Armee geredet. Wir müssen diese Wortwässer auf das entschiedenste zurückweisen und möchten den „Tempo“ daran erinnern, daß die Art der Rekrutierung der Fremdenlegion und die sich daraus ergebenden Folgen wiederholt die Öffentlichkeit in einer Weise beschäftigt haben, die nicht geeignet war, die Sympathien der gestifteten Welt zu erwecken.“

Wir wissen wirklich nicht, was diese feierliche Erklärung an der Spitze des Kanzlerblattes soll. Ihre Wirkung wird lediglich die sein, die französische chauvinistische Presse zu noch schärferen Ausfällen zu reizen. Fast sollte man annehmen, so ein bißchen Kriegsgeschrei käme gewissen „maßgebenden Kreisen“ ganz passend für die nächsten Reichstagswahlen!

Warum die preussische Regierung ihre Schwertung in der Polenpolitik vollzieht.

Die freikonservative „Post“, die bekanntlich gute Beziehungen zur höheren preussischen Bürokratie besitzt, brachte am Sonntag folgende Mitteilungen über die Gründe, welche die preussische Regierung bestimmen, das Enteignungsgesetz nicht anzuwenden:

„Von besonderer Seite erhalten wir aus Stettin eine Zuschrift, die nicht verschlen wird, das größte Aufsehen zu machen. Zum erstenmal wird in dieser Zuschrift einiges Licht auf die Kämpfe geworfen, die hinter den Kulissen um das Enteignungsgesetz geführt werden. Wir haben die Angaben natürlich im einzelnen nicht nachprüfen können, doch nimmt der Verfasser eine solche Stellung ein, daß an der Zuverlässigkeit seiner Angaben für uns kein Zweifel besteht.“

Stettin, 25. Februar.

Sicherem Vernehmen nach wird an Stelle des im Laufe dieses Jahres wegen hohen Alters zurücktretenden Oberpräsidenten Freiherrn v. Maljahn der Posener Oberpräsident v. Waldow treten. Die Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes in Verbindung mit dem Plane, in dem neuen Posener Schloß einen kaiserlichen Prinzen Hof halten zu lassen, soll die Entfernung des in der Polenfrage fest gebliebenen Oberpräsidenten aus Posen bedingen.

Ueber die Vorgeschichte dieses Oberpräsidentenwechsels verlaute hier folgendes: In Posener deutschen Kreisen wurde schon seit längerer Zeit erzählt, daß der Oberpräsident v. Waldow bei dem Kaiserbesuch zur Einweihung des Kaiserhofschloßes die von einzelnen Berliner Stellen gewünschte Zuziehung und Vorstellung von Damen der eigentlichen „polnischen Gesellschaft“ durch seine entschiedene „Außerstandeserklärung“ verhindert habe. Doch soll es nicht der Kaiser selbst sein, der dieser Art von „gesellschaftlicher Verschönerungspolitik“ zuneigt. Das Vortreten dieses Weges würde aber offenbar mehr oder weniger unvermeidlich werden, wenn eine prinzipielle Hofhaltung in Posen eingerichtet würde. Die Sorge vor dieser Entwidlung ist es bekanntlich gewesen, die anfangs lebhaftesten Bedenken gegen die Bewilligung der Mittel für das Kaiserhofschloß wachrief. Man setzte sich über diese Bedenken erst dann hinweg, als bündige Versprechungen abgegeben waren, daß eine solche Hofhaltung nicht in Frage komme. Jetzt scheinen die Gegner der Durchführung der Bismarckschen Polenpolitik — das heißt der Enteignung — unter Durchkreuzung der offiziellen konservativen Parteipolitik in der Posener Hofhaltung ein geeignetes Mittel zu sehen, um die Ausführung des Enteignungsgesetzes zu verhindern oder wenigstens aufzuhalten. Gleichzeitige enteignung und durch einen prinzipiellen Hofhalt „gesellschaftliche Verschönerungspolitik“ trübten lassen, geht

natürlich nicht, denn dann könnten die polnischen Damen nicht zu Hofe.

Auf diesem Umwege soll also anscheinend der Kaiser zu einer neuen Schwertung in der Polenpolitik veranlaßt werden, die er an sich ungewisselhaft weit von sich weisen würde.“

Darauf ist sofort in der „Nordd. Allg. Ztg.“ das bekannte Dementi erfolgt:

„Eine hiesige Zeitung meldet, daß Gegensätze zwischen dem Oberpräsidenten in Posen und der Staatsregierung, insbesondere die bisherige Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes in Verbindung mit dem Plane, in dem neuen Posener Schloß einen preussischen Prinzen Hof halten zu lassen, die Entfernung“ des Oberpräsidenten aus Posen „bedingen.“ Diese Nachricht entbehrt jeder Unterlage.“

Trotzdem dürfte der Gewährsmann der „Post“ gut unterrichtet sein. Die nächste Zeit wird's lehren.

Krautshou und die Pestgefahr.

Offiziell wird durch das Wolffsche Bureau gemeldet: Das kaiserliche Gouvernament Krautshou meldet aus Tjingtau, daß das Schutzgebiet dank der strengen Durchführung der Absperrungsmahregeln bisher pestfrei geblieben ist. Zum weiteren Schutz gegen die Einschleppung der Pest ist nach Wiederaufnahme des Bahnverkehrs an der Schantungbahn eine Kontrollstation eingerichtet worden. Sie befindet sich bei der Bahnstation der chinesischen Stadt Krautshou, bei Kilometer 81 der Schantungseisenbahn, westlich von Tjingtau, und steht unter Leitung eines Marineartes.

Sobald die durch Durchführung der Absperrungsmahregeln vom Heimtransport zurückgehaltenen Offiziere und Mannschaften ertbehrlich werden, beabsichtigt das Gouvernament, sie mit den nächsten von Ostasien abgehenden Reichspostdampfern beziehungsweise mit dem Abfuhrtransport des Kreuzergeschwaders klappenweise heimzusenden.

Bethmann Hollwegs Optimismus.

Wie der Reichskanzler, ist auch sein Blatt, die „Nordd. Allg. Zeitung“, von einem eigenartig naiven Optimismus besetzt. So meint das Kanzlerblatt in einer Erörterung der Partei- und Stimmenverhältnisse in den rheinisch-westfälischen Wahlkreisen, nichts sei leichter, als dort die Sozialdemokratie zu schlagen. Die bürgerlichen Parteien brauchen sich nur bei den Stichwahlen wieder ebenso zu verhalten wie im Jahre 1907, und die Sozialdemokraten würden durchfallen:

„Es bietet hiernach keine Schwierigkeit, die parteipolitische Seite des damaligen Stichwahlausmarsches zu rekonstruieren, und ebenso wenig unterliegt es dem Zweifel, ob auch nur einer von diesen Wahlkreisen inzwischen schon zu einer sozialdemokratischen Mehrheit für sich gelangt sein könnte. Nach wie vor würden die Sozialdemokraten überall bürgerliche Mißhilfe brauchen, um schließlich durchzubringen. Aus dieser Gewissheit aber ergibt sich die Notwendigkeit für alle beteiligten bürgerlichen Parteien, weitestgehende Vorkehrungen zu treffen. Man hat, zuweilen wohl nicht mit Unrecht, die „Mandatspolitik“ direkten Absehens stark geißelt, kann aber in Fällen gleich diesen doch nicht behaupten wollen, daß der bürgerlichen Sache mit absolutem Zuversicht zur freien Hand gedient würde.“

Das ist zweifellos sehr weise. Die Frage ist nur: werden sich die bürgerlichen Parteien wieder so verhalten? Und ferner: werden sie wieder in gleicher Stärke aufmarschieren? Das Kanzlerblatt scheint das ohne weiteres anzunehmen.

Handwerkerbund und Reichstagswahlen.

Am Sonntag tagte in Berlin die sechste Generalversammlung des Bundes deutscher Handwerker, die sich auch mit den kommenden Reichstagswahlen beschäftigte. Der Vorsitzende führte in seinem Referate: „Das Handwerk und die nächsten Reichstagswahlen“ aus:

„Wir sind national gesinnte Leute, wenn es auch nicht leicht ist, in heutiger Zeit seine nationale Gesinnung zu bewahren. Dem Beamten, der am 1. des Monats weiß, was er zu fordern hat, fällt es nicht schwer, seine nationale Gesinnung zu bekunden, wohl aber dem Handwerker, da die Parteien im Reichstage in erster Linie den Geldsack schützen und sich um die Interessen des Mittelstandes wenig kümmern. Daher müssen wir uns zusammenschließen und fragen, wie die Reichstagskandidaten sich zu bestimmten Forderungen stellen. Von der Regierung haben wir bisher nur Wreden erhalten. Wir wollen die Entlohnung im Handwerk schützen, wir verlangen die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises, wir verlangen den Schutz der Bauforderungen. Man hat uns in der Presse den Vorwurf gemacht, wir seien eine konservativ-agrarische Gründung. Das ist eine haltlose Unterstellung. Wir unterstützen jeden Kandidaten, abgesehen von den Sozialdemokraten, der unsere Forderungen unterschreibt. Wir sind auch für die Erbschaftsteuer und verlangen dafür nur zum Ausgleich eine Kottierungssteuer, die auch das mobile Kapital trifft, die Leute, die ihr Geld auf der Englischen Bank haben. Hier unterscheiden wir uns von den Konservativen und dem Zentrum.“

Die badische Regierung und die Volksvertretung.

Aus Baden wird uns geschrieben: Die im „Vorwärts“ geschilderte Konzeptionierung eines Berliner Unternehmens zur Ausbeutung der Kollager im badischen Rheintale steht im Widerspruch mit der der badischen Regierung erteilten Instruktion der II. badischen Kammer. Im April v. J. faßte die Volksvertretung in Form einer Resolution den einstimmigen Beschluß, die Regierung mit einer Untersuchung über das Vorkommen der Kollager im badischen Oberlande und mit der Abfassung einer Denkschrift an den badischen Landtag zu beauftragen, um dadurch die Erivägung vorzubereiten, ob man den badischen Staat mit der Gewinnung des Kollis und mit dessen industrieller Verwertung betrauen soll. Wie man sieht, hat die Regierung diese einstimmige Kundgebung der II. Kammer ausgeschaltet und das Risiko des Unternehmens in die Hände der Privatindustrie gelegt mit ganz ungewöhnlichen Vorbehalten. Sie ist sich sicher, nachträglich dafür die Indemnität durch die bürgerlichen Parteien zu erhalten; die meisten bürgerlichen Abgeordneten waren nicht für eine staatliche Kostausbeute gestimmt; sie sahen in der Resolution einen Ausweg, die Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag hinauszuschieben. In dem jenseitigen, elsässischen Gebiete hat der Bau der Schächte begonnen; etwa hundert Bergleute aus Westfalen werden erwarret. Es hat sich bereits eine erhebliche Steigerung des Bodenerwerbes bemerkbar gemacht.

Das antimilitaristische Flugblatt.

Am Sonnabend früh 7 Uhr wurde das Mannheimer Gewerkschaftsbüro von einem Aufgebot von Kriminalschleuten umstellt. Um 9 Uhr traf aus Karlsruhe der Verband der Heizer und Maschinisten nach dem antimilitaristischen Flugblatt zu haussuchen, das um Weichmachten in verächtliche süddeutsche Kalorien eingeschmuggelt worden sein soll. Der Verbandsbeamte Ungersicht, Mannheim, und der Gauleiter Hans von Maschinistenverbände in Mainz sollen „dringend verdächtig“ sein, das Flugblatt verbreitet zu haben. Verhör und Jugendvernehmung dauerten von morgens 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Selbstverständlich verlief das hochnotwendige Verhör vollständig ergebnislos, da Ungersicht auf das

bestimmteste nachweisen konnte, mit der Sache nicht das mindeste zu tun zu haben. Ein Telegramm, das Ungersicht gegen Weichmachten an den Gauleiter in Mainz sandte, um Verbandsflugblätter zu erhalten, gab die Veranlassung zu der Hausdurchsuchung, die auch in Mainz in der Wohnung des abwesenden Gauleiters vorgenommen wurde. Die Reichspost scheint der Behörde von dem „verdächtigen“ Dopschenwechsel Mitteilung gemacht zu haben. Außerdem soll Genosse Ungersicht am 23. Dezember 1910 in Mandern im Schwarzwald gewesen sein. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung konnte jedoch ebenfalls nachgewiesen werden. Beschlagnahme wurde im Mannheimer Bureau eine Photographie Ungersichts, die dem Gewährsmann der Untersuchungsbehörde vorgelegt werden soll.

Die preussische Polizei gegen streikende Ausländer.

Zwei Oesterreicher und Italiener, die bei dem Streik am Ochsenschloß im Waldenburger Kreise beteiligt waren, wurden von der Behörde ausgewiesen. Einer erhielt den Ausweisungsbefehl vormittags 10 Uhr und mittags 12 Uhr wurde er bereits unter starker polizeilicher Bedeckung nach dem Bahnhof transportiert. Noch schlimmer erging es einem anderen, den man direkt von der Arbeitsstelle wegholte und nach dem Bahnhof brachte. Dieses Opfer der preussischen Ausweisungspraxis ließ man überhaupt nicht mehr in seine Wohnung. Man holte kurzweg seinen Ueberzieher herunter; die übrigen Sachen und sein eigenes Hausgerät mußte er zurücklassen. Einem dritten wurden seine wenigen Spargegenstände polizeilich von der Sparkasse abgehoben und ausgehängt. Alle wurden von zwei Gendarmen, drei Polizisten und zwei Polizeihunden nach dem Bahnhof gebracht und in den Zug verladen. Bis zur nächsten Grenzstadt begleitete die Polizei die Ausgewiesenen.

Die Mißhandlung der ausländischen Arbeiter.

Die preussische Regierung hat folgende Verfügung erlassen:

1. Die im Jahre 1910 aus dem Auslande neu zugezogenen tschechischen Handwerksgehilfen und Lehrlinge müssen bis spätestens 1. Dezember 1911 in ihre Heimat zurückkehren. Den übrigen tschechischen Handwerksgehilfen und Lehrlingen kann der weitere Aufenthalt im Inlande bis auf Widerruf gestattet werden, so lange sie sich nicht persönlich lästig machen.

2. Die in den Jahren 1909 und 1910 zugezogenen tschechischen Arbeiter haben bis spätestens 20. Dezember 1911 das Inland zu verlassen. Ihre etwaige Wiederanstellung ist nicht vor dem 1. Februar 1912 und nur in den für sie freigegebenen Betrieben und bei Arbeitgebern gestattet, die die hierzu erforderliche Genehmigung des zuständigen Landrates für das betreffende Jahr erhalten haben. Die vor dem Jahre 1909 zugezogenen tschechischen Arbeiter dürfen vorläufig weiter im Inlande bleiben. Diese neuen Bestimmungen sollen künftighin unnahefichtlich durchgeföhrt werden. Aus ihrer Heimat neu zuziehende tschechische Handwerker sind fortan nicht mehr anzustellen.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu:

„Dieser Ullas der österreichischen Leute setzt der preussischen Ausweisungsbarbarei die Krone auf. Aber er ist auch ein Akt der schlimmsten Feindseligkeit gegen das verbündete Oesterreich, daß er selbst den feigen Keurenthal zu einem ganz energischen Protest nötigen mußte. Denn er begnügt sich mit feiner individualen Ausweisung, sondern übt eine ganze Nationalität des österreichisch-ungarischen Staates und ist fastlich nichts anderes, als wenn etwa eine österreichische oder eine ungarische Regierung allgemein verfügen wollte, daß sie den Bayern auf österreichisch-ungarischem Gebiet die Anwesenheit verlege. Es ist eine Schande für Preußen, daß dort so etwas verfügt werden kann, und eine Schande für Oesterreich, daß ihm das angetan werden darf.“

Die Verfügung, wie überhaupt die skandalöse Rechtslosmachung der ausländischen Arbeiter ist eine offenkundige Verletzung der internationalen Handelsverträge. Man muß sich nur wundern, daß die ausländischen Staaten sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Allerdings, es handelt sich ja nur um Arbeiter.

Zum Selbstmord getrieben!

Fahnenstucht und Selbstmord beim Militär etwas Alltägliches. In vielen Fällen wird die Ursache nicht bekannt, aber meist ist es schlechte Behandlung durch Vorgesetzte, was die Soldaten zu diesem Schritt veranlaßt. Ein derartiger Fall beschäftigte dieser Tage wieder das Oberkriegsgericht in Dresden. Verhandelt wurde gegen den Sergeant Dreßler vom Infanterie-Regiment Nr. 103 in Jittau. Am Sonntag, den 6. November stürzte sich der Soldat Riewandt in selbstmörderischer Absicht aus dem zweiten Stockwerk der Kasernen in den Hof. Mit gebrochenen Gliedmaßen, aber nicht tot, wurde er aufgehoben und nach dem Lazarett gebracht. Als Grund für seinen Selbstmordversuch gab er schlechte Behandlung durch den Sergeant Dreßler an. Er erklärte, die letzte Zeit sei er mehrfach beschimpft und schikaniert worden. Der Sergeant habe ihn Laufschnelle, Kniebeuge, Kniebeuge machen lassen. Im ihm Arbeit zu machen, habe der Sergeant die Knöpfe und das Futter vom Waffengürtel abgerissen. Und als er sich die Hufe wusch, habe er ihm den Vorgesetzten gezeigt, sei er nicht zum Dienst befähigt worden. Auch habe er kurz vor dem Selbstmordversuch zwei Tage hintereinander Stubendienst machen müssen. Der Sergeant wurde wegen vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung eines Untergebenen sowie wegen Anmaßung einer Befehlsgewalt angeklagt. Er bestritt das ihm zur Last Gelegte und gab nur zu, den Soldaten bei zwei Gelegenheiten Kniebeuge gemacht zu haben. Trotz der Aussage des Soldaten, der dienstunfähig geworden ist, wurde der Sergeant in den beiden eingestandenen Fällen zu — zwei Tagen Arrest verurteilt.

Dagegen legte der Gerichtsherr Verurteilung ein, es erstrebte Verurteilung auch in den übrigen Punkten, denn durch das Zeugnis der Soldaten sei alles erwiesen. Das Oberkriegsgericht verwarf aber entgegen dem Antrage des Anklagevertreters die Verurteilung! Es sieht mit der Vorinstanz nicht für erwiesen an, daß sich der Angeklagte in weiteren Fällen schuldig gemacht hat.

Frankreich.

Die sozialistische Intervention für die Abrüstung.

Paris, 21. Februar. (Fig. Ber.) Die geeinigten Sozialisten haben gestern mit einem die Erwartungen übertreffenden Erfolg einen Vorkauf gegen den Militarismus unternommen. Trotz der von der Regierung gestellten Vertrauensfrage hat die von Genossen Sembat begründete Resolution für die französische Initiative in der Abrüstungsfrage 187 gegen 354 Stimmen erhalten. Die Resolution lautete:

„Die Kammer fordert die Regierung auf, vor der Beantragung des Bundes neuer Panzerschiffe mit den ausländischen Mächten und namentlich mit England und Deutschland in Vorberhandlungen über die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen einzutreten und setzt demgemäß die Spezialdebatte über das Marinbudget aus.“

Herr Bichon, der Sprecher der Regierung, hielt sich im Parlamentarismus der allgemeinen Staatskanzlerkanzlei; während

Der Verhandlung würden die fremden Staaten weiterrufen und so ihren Vorprung noch vergrößern. Eine starke Armee und Marine — das sei der beste Friedenshort. Doch auch er widerlegte sich nicht einer von den Radikalen der sanfteren Tonart vorgelegenen Tagesordnung, worin die Kommer die Regierung auffordert, sich zu bemühen, im Einvernehmen mit den verbündeten und befreundeten Mächten die gleichzeitige Einschränkung der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz setzen zu lassen. Diese schwächere Formel wurde dann mit 417 gegen 56 Stimmen angenommen. Auch so ist das Resultat nicht gering zu schätzen, ist es doch die erste ausdrückliche Kundgebung eines Parlaments für die Abrüstung und die erste offizielle Absage des französischen Parlaments an die Idee der kriegerischen Revandepolitik.

In dieser Abstimmung und ganz besonders auch in der unerwarteten Stimmzahl, die die sozialistische Resolution erhalten hat, darf man nicht so sehr einen Fortschritt der demokratischen Friedensideologie sehen, wie den Niederschlag der Enttäuschungen, die die russische Allianz gebracht hat. Noch hat die Mehrheit nicht den Mut aufgebracht, mit der Zustimmung zu den von der sozialistischen Tagesordnung geforderten direkten Verhandlungen mit Deutschland den wahren Tatbestand auszudrücken, den die russische Diplomatie in den Potsdamer Verhandlungen umgekehrt offenkundig gemacht hat. Aber die Annahme der Initiative in der Abrüstungsfrage zeigt, daß das mit der Allianz und Gleichgewichtspolitik zusammenhängende System des benachteiligten Friedens nicht mehr als Bürgschaft für die nationale Sicherheit erscheint.

Daß mit dem Vertrauen zur militaristischen Allianzpolitik die Daseinsregeln des Militarismus, die im Boden der kapitalistischen Wirtschaft haften, nicht absterben, darüber geben sich die Sozialisten keine Illusion hin. In derselben Sitzung, wo Sembat die Neugestaltung der auswärtigen Politik auf der Basis des allgemeinen Friedenswillens forderte, zeigte Genosse Goude die skrupellose Ausbeutung, auf der die für die Marine arbeitende Metallindustrie den Staat unterwirft. Und so bleibt denn auch weiter noch wahr, daß der Militarismus nicht durch den Sozialismus, sondern nur durch die organisierte Arbeiterklasse überwunden werden kann, die bis zum errungenen Sieg — nicht abrußt.

Portugal.

Arbeiterforderungen.

Lissabon, 20. Februar. Hier ist eine Abordnung von Streikenden aus der Stadt Setubal eingetroffen, um bei der Regierung gegen das Verhalten der Ortsbehörden Protest zu erheben. Es waren von Infanterie Schüsse in die Luft abgegeben worden und die Kavallerie hatte verschiedene Märsche ausgeführt, um einen Angriff der Streikenden auf Fabriken zu verhindern. Dabei waren einige Personen verletzt worden. Es befanden sich Truppen aus Setubal auf dem Marsch nach Setubal, um die Ordnung wiederherzustellen. Die Streikenden verlangen, daß nur organisierte Arbeiter in den Fabriken arbeiten, was von den Arbeitgebern abgelehnt wird.

Rußland.

Der Kampf der Studenten.

Petersburg, 26. Februar. Die hiesige Polizei hat eine Druckerlei einer sozialrevolutionären Studentenvereinigung entdeckt und Aufrufe an Arbeiter zum Anschluß an den Studentenstreik aufgefunden. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Die Knebelung Finnlands.

Petersburg, 25. Februar. Die offizielle „Rossija“ veröffentlicht über die finnländische Frage einen Artikel, in dem sie, auf die vom finnischen Landtag beschlossene Ueberweisung der Presse- und Vereinsgesetze an die Kommission bezugnehmend, darauf hinweist, daß diese Gesetze, da sie das gesamte Reich betreffen, nur von den Reichsinstitutionen, nicht aber vom Landtage votiert werden könnten, und meint, es sei abzuwarten, wie sich der Landtag selbst zu dieser Frage stelle. Sollte der Landtag wirklich Fragen der allgemein staatlichen Gesetzgebung als innerhalb seiner Kompetenz liegend betrachten, dann werde die Regierung genötigt sein, entsprechende Maßregeln zu ergreifen. Die „Rossija“ schließt: Das ist keine Drohung, sondern eine notwendige Warnung. Im finnischen Landtage sitzen erwachsene ernste Leute, welche wissen, was sie wollen. Es ist für sie auch wichtig, zu wissen, worauf sie rechnen können.

Rumänien.

Ein reaktionärer Gewaltstreik.

Buk., 25. Februar. (Fig. Ver.) Wie die herrschende Oligarchie die überwiegende Mehrheit des Volkes, das Bauerntum, an der Ausübung des Wahlrechts gewaltsam zu hindern sucht, zeigt folgender typischer Vorgang. Als der sozialdemokratische Kandidat Genosse Toma Dragu in einem Hause des Dorfes Gajesti (Kreis Blaschtsa) mit einigen Bauern zu einer Besprechung zusammentraf, wurde das Haus von Gendarmen umzingelt. Genosse Dragu wurde die ganze Nacht in dem Hause als Gefangener überwacht, dann bei einer Kälte von 25 Grad unter Null zu Fuß und gefesselt auf einer Strecke von 25 Kilometer nach Bukarest eskortiert; dort wurde er endlich in Freiheit gesetzt. Der ihn überwachende Gendarm teilte ihm mit, daß Befehl gegeben worden ist, ihn in keinem Ort des Distriktes Blaschtsa weilen zu lassen, und ihn, falls er wiederkehrt, zu erschließen! Innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft herrscht darüber die größte Aufregung. In Bukarest wurde sofort nach Bekanntwerden dieses Schuldenstreikes eine Protestversammlung abgehalten, in welcher auch Genosse Dragu das Wort ergriff und den Arbeitern versicherte, er werde trotz der Gewaltstreike der Regierung der Boykott seine Pflichten als Sozialdemokrat tun und das verfassungsmäßige Recht für seine Kandidatur zu agieren, weiter ausüben. In der Tat ist auch Genosse T. Dragu wieder nach dem Distrikt Blaschtsa abgereist. Er wird seit seiner Absicht auf dem ganzen Wege streng überwacht. Eine Anzahl Wahlauftritte, die er einem Vertrauensmann auf dem Bahnhof Banova (Distrikt Blaschtsa) übergeben hat, wurden von dem Kreisvorsitzenden trotz der energischen Proteste unferer Genossen konfisziert.

Bulgarien.

Eine Ministeranfrage.

Sofia, 26. Februar. Die Sobranje hat beschlossen, die früheren stambulowitschen Minister Gadow, Petrow, Obrenablow, Samow und Galabidew wegen systematischer Gesetzesverletzungen aus persönlichem Interesse in den Anklagezustand zu versetzen. Der Beschluß erfolgte mit großer Mehrheit, nämlich mit 112 bis 151 von 159 Stimmen. Die Minister enthielten sich der Abstimmung.

Serbien.

Ein „Erfolg“ der deutschen Diplomatie.

Zwischen dem deutschen Gesandten v. Reichenau und dem serbischen Kriegsminister Gostowitsch ist ein Konflikt entstanden, der folgende Ursache hat: Der Kriegsminister wurde in der Hauptsache angegriffen, weil er eine Beschäftigung bei der Firma Krupp bestellt hatte, obwohl auch ein billigeres Angebot vorgelegen hatte. Der Kriegsminister erwiderte, daß sich für die Vergütung der deutsche Gesandte aus privaten Gründen interessiert habe. Herr v. Reichenau erhob gegen diese Behauptung Protest, worauf der Kriegsminister gestern in der Hauptsache erklärte, die Haltung des deutschen Gesandten sei vollkommen korrekt und weder von privater Seite noch irgendwelchen anderen Mächten geleitet gewesen. Er bedauere, daß der hierauf bezügliche Passus der Rede mißverstanden und in bezug auf den deutschen Gesandten ungünstig aufgefaßt worden sei.

Diese Erklärung bezeichnete Gesandter v. Reichenau in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung als ungenügende Genugtuung und forderte, daß der Kriegsminister zurücktrete. Er stellte auch für den Fall, als seine Forderung nicht erfüllt werden sollte, ernste Maßnahmen der deutschen Regierung in Aussicht.

Diese Energie hat gestruht und der Kriegsminister hat nun wirklich seine Demission geben müssen.

Australien.

Gegen die Truists.

Melbourne, 27. Februar. Der Bundesminister für Handel und Zölle hat eine Denkschrift veröffentlicht, in der er ausführt, es sei seit mehreren Monaten ein offenes Geheimnis, daß Vertreter der amerikanischen Fleisch-Exportfirmen nach Australien gekommen seien mit der offensiblen Absicht, ihre Unternehmungen auszudehnen. Die Regierung sei entschlossen, sofort energisch vorzugehen, um den Unternehmungen in Australien entgegenzutreten und sie, wenn nötig, zu unterbinden. Er sei im Begriff, den Justizminister zu Rate zu ziehen, um das bestehende Gesetz in seiner vollen Ausdehnung zur Anwendung zu bringen und, wenn nötig, weitere Gesetze zu erlassen. Das Vorgehen der Regierung werde sich auf Truistunternehmungen in Australien erstrecken, ob sie direkt oder indirekt verfaßt werden sollten. Sie werde nicht dulden, daß sich in Australien die skandalösen und rückwärtsigen Geschäftsmethoden wiederholen, welche die Monopole in anderen Teilen der Welt kennzeichneten.

Amerika.

Zoll- und imperialistische Politik.

Washington, 26. Februar. Präsident Taft hat beschlossen, den Kongress zur Erlebung des Reziprozitätsabkommens mit Kanada für den 4. April zu einer außerordentlichen Session einzuberufen.

Senator Bailey, der Führer der Demokraten, hielt gestern eine Rede, die die Absicht der Demokraten angeht, die außerordentliche Session zu benutzen, um eine Ermäßigung der Tarifsätze für alle Artikel, die den Lebensunterhalt betreffen, herbeizuführen.

Die Bewilligung der Kosten für die Befestigung des Panamakanals erfolgte im Repräsentantenhaus mit 123 gegen 81 Stimmen. Damit ist die Frage entschieden, da die große Mehrheit des Senats ebenfalls für die Befestigung ist.

Aus der Partei.

300 000!

Der „Wahre Jacob“ kann in seiner soeben erschienenen Fastnachnummer mitteilen, daß er die stätliche Auflage von 300 000 erreicht hat. Aus dem Inhalt der 16 Seiten starken Fastnachnummer seien folgende Beiträge erwähnt:

Bilder: 300 000 Abonnenten! Von R. Vanselow (mit Gedicht). — Der „Verkehr“ in der Berliner Friedrichstraße. Von Erich Schilling. — Der Acheronmüch des Reichsverbandes. Von R. Vanselow. — Steuerscheu. Von G. G. Jenisch. — Der heilige Bureaucratismus. Von Rich. Rosl. — „Familienstern“. Von Rich. Rosl. — Fasching im Reichstag. Von R. Engert.

Text: Trauriger Karneval. Von Johannes. — In Memoriam! Von L. — 300 000 Abonnenten! Von Ernst Scherz. — Mitteilung an unsere Leser. — Der Gefandte. Von P. E. — Redner, der Redner. Von Al. — Proletariatsgröße. Von E. M. — Die Rede. Von P. E. — Ein neuer Kaiserdenkstein. — Nieber Jacob! Von Jottilf Kaufe. — Brutus. Eine Faschinggeschichte. Von P. E. (Muzriert). — Essen. Von P. E. — Stimmen zum Offener Prozeß. Von Tobias. Und so weiter.

Die sozialistischen Stimmzahlen in den Vereinigten Staaten.

Mit einiger Sicherheit läßt sich die Zahl der im November abgegebenen Stimmen leicht angeben, wenn gleich eine absolute Genauigkeit wahrscheinlich überhaupt nicht möglich sein wird, da einige südliche Staaten keine zuverlässige Stimmzählung haben. Zum erstenmal wurden sozialistische Stimmen im Jahre 1889 abgegeben. Die Entwicklung stellt sich folgendermaßen dar: 1888 2068, 1890 13 704, 1892 21 512, 1894 30 020, 1896 36 275, 1898 82 204. Seitdem besteht die Spaltung. Es erhalten:

Jahr	Soz. Partei	Soz. Arbeiterpartei	Zusammen
1900	96 921	83 405	180 326
1902	228 494	58 783	287 277
1904	408 280	83 548	491 828
1906	831 043	20 265	851 308
1908	424 488	14 021	438 509
1910	605 000	15 000	620 000

Mit Ausnahme des Rückganges von 1906 also eine stetige Zunahme, die aber nicht so gewaltig ist, als unter dem Eindruck der ersten Erfolge vom Herbst erwartet wurde. Wohl aber zeigen auch die seitdem erfolgten Wahlen örtlichen Charakters, wie die Erfolge auf dem Gebiet der Organisation und Propaganda, daß die Bewegung über die Zeit der Gelegenheitsfolge hinaus ist und dauernd im Volksbewußtsein festgehalten hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheidungen der Presse.

Wegen einer Notiz „Ein Bildchen aus dem Reichstag“, in der das Vorgehen der Oberfeld der Polizeiverwaltung in einem Prozeßverfahren wegen Mißhandlungen besprochen worden war, wurde Genosse G. Müller von der „Düsseldorfer Volkszeitung“ zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Behauptung der Anklage, den Polizisten sei Meinois vorgeworfen worden, wurde vom Gericht verurteilt.

Redakteurfreunden.

Genosse Feldmann vom Langenbühlauer „Proletarier aus dem Gulendebirge“ hat am 21. Februar das Gerichtsamt in Reichenbach aufgesucht. Er wurde wegen einer Kritik der Polizeisten bei der Waldenburger Straßendemonstration zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, bis er nun abgiltig hat.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 4 heben wir hervor: Jungs, halt fast! — Eine Degenmacht. Von A. Ullinger. — Die Hermannschlacht. Von J. Borchardt. — Die Freude am Sternenshimmel (Muzriert). Von Felix Linke. — Aus der Jugendbewegung (Wuppertal, Südbürdingen). — Die Segner an der Arbeit. — Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Ein Bus. Erzählung. — Magim Gorki (Mit Bild). Von Nabja Straher. — Was Mädchen lesen sollen. Von Therese Schiefinger. — Beethoven als Erzähler (Schluß). Von A. Quist. — Das Lied vom Falken. Von Maxim Gorki (Uebersetzt von Nabja Straher). — Ueberhand kurzweil für unsere Jugendheim (Mit Illustrationen).

Soziales.

Hungerlohnvereinbarung ist nichtig.

Nach ausdrücklicher Vorschrift des § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ein Rechtsgeschäft nichtig, durch das jemand unter Ausbeutung der Notlage eines anderen sich für eine Leistung Vermögensvorteile versprochen oder gewährt läßt, welche den Wert der Leistung übersteigen, daß den Umständen nach die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen. Sind Hungerlöhne vereinbart, liegt eine Lohnwucherabrede vor, auf die die Voraussetzungen des § 138 zutreffen oder die sonst gegen die guten Sitten verstößt, so ist diese Abrede nichtig und statt des vereinbarten Preises der übliche zu zahlen. So ist von Gerichten wiederholt, zuerst wohl vom Stuttgarter Gewerbegericht vom 20. April 1900, entschieden. Eine gleiche Entscheidung traf gestern das hiesige Gewerbegericht.

Die für die Firma Schwengberg u. Moser im eigenen Heim beschäftigt gewesene Näherin K. klagte vor der 1. Kammer des Gewerbegerichts auf Zahlung von 11,25 M. rückständigen Lohnes. Sie hat 10 Kleider gemacht, für die ihr einer der Mitinhaber einen Stücklohn von 1,25 M. zugesichert haben soll, während ihr die Direktrice als Stücklohn 60 Pf. angegeben hatte. Die Firma hat auch die Arbeit nur nach dem niedrigen Lohnsatz bezahlt und die höhere Lohnvereinbarung bestritten.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo hielt den von der Direktrice zugesicherten Lohnsatz für so niedrig, daß er als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnet werden müsse. Es hielt einen Lohnsatz von 1,00 M. für das Stück für angemessen und empfahl der beklagten Firma, den danach zu wenig gezahlten Lohn im Vergleichsweg anzuerkennen. Das wurde von dem Mitinhaber, der die Firma vertrat, mit dem Bemerkten abgelehnt: „Wir können die Preise stellen wie wir wollen.“ Die Näherin ermahnte, da sie die höher vereinbarte Lohnvereinbarung nicht beweisen konnte, ihren Anspruch auf 7,00 M. Die Beklagte wurde zur Zahlung des Betrages verurteilt.

Nichtbestätigung eines Bezirksvorsichters.

In Frankfurt a. M. ist es zu einem neuen Konflikt zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gekommen. Im Oktober vorigen Jahres wählte die Stadtverordnetenversammlung den Genossen Stadtverordneten Flabung einstimmig zum stellvertretenden Bezirksvorsichters in einem Stadtteil. Dem Magistrat steht hierüber das Bestätigungsrecht zu. Er verweigerte die Bestätigung Flabungs, weil dieser Sozialdemokrat ist. Der Magistrat — so wurde begründet gesagt — sei nicht in der Lage, bei der politischen Stellung Flabungs ihn als Bezirksvorsichters zu bestätigen und ihm eine solche beamtenähnliche Stellung als Verträuensmann des Magistrats zu übertragen. Der Magistrat berief sich dabei auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zu dem § 2 des Gesetzes betreffend die Dienstvergehen der nicht-richterlichen Beamten. Die Entscheidung besagt, daß der Beamte die sozialdemokratische Partei, die notorisch die Grundlagen der bestehenden Staats- und Rechtsordnung grundtätig bekämpft, in keiner Weise unterstützen darf; nicht durch Ueberlassung von Sälen zu Versammlungen oder einer Wohnung an einen sozialdemokratischen Agitator. Auch dürfen sozialdemokratische Wahlen zu politischen Körperschaften weder öffentlich noch durch private Neuzugänge gefördert werden, und die Bewegung der persönlichen Achtung durch Händedruck dem Agitator u. a. m. wird der Beamte vermeiden müssen.“ Auf diese ultrareaktionäre, mit der preussischen Verfassung unvereinbare Entscheidung stützte sich der Magistrat der ehemaligen freien Reichstadt. Die Stadtverordnetenversammlung mißbilligte fast einstimmig diese rückständige Haltung des Magistrats. Unter anderem wurde dargelegt, daß er an die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts — die übrigens auf diesen Fall gar nicht zutrifft — nicht gebunden ist, da nach der Frankfurter Gemeindeordnung der Magistrat in der Bestätigung absolut frei ist und sich seiner Korrektur einer oberen Behörde zu unterwerfen hat. Die Stadtverordnetenversammlung verwies die Sache an einen Ausschuss und dieser beschloß einstimmig, der Stadtverordnetenversammlung die Wiederwahl Flabungs vorzuschlagen. Das Stadtverordnetenkollegium wird zweifellos diesen Vorstoß akzeptieren. Es wird nun interessant sein, zu sehen, ob der Magistrat dem wiederholten Beschluß der Stadtverordneten Rechnung trägt, oder die Bestätigung wieder verweigert und dadurch den Konflikt zwischen Stadtverordneten und Magistrat verschärft.

Die Tuberkulose als Todesursache in Chemnitz.

Nach den Feststellungen des Direktors Schädel vom Chemnitzer statistischen Amt ist, wie in Deutschland überhaupt, so auch in Sachsen und in Chemnitz die Tuberkulose als Todesursache stetig im Rückgang begriffen. In Chemnitz ist der Rückgang ganz bedeutend, denn im Jahresrück 1881/82 starben von 10 000 Einwohnern 30,88 an Tuberkulose, im Jahresrück 1906/10 aber nur noch 13,5. Ein trübes Bild zeigt aber heute noch die Statistik, wenn sie die Sterblichkeit an Tuberkulose innerhalb einzelner Berufe beleuchtet. Verhältnismäßig am meisten Todesfälle waren in den letzten vier Jahren festzustellen bei den Galvanisierern: von 100 Geforderten starben 50 bei den männlichen, 58 bei den weiblichen an Tuberkulose! 45 bis 60 Proz. aller Todesfälle wiesen Tuberkulose als Todesursache auf im Verufe der Verkäufer, Kommiss, der Gehilfen im Bekleidungs- und Reinigungsgerber, der Arbeiterinnen in der Textilindustrie; 40 bis 45 Proz. die Wäcker sowie die Handlungs- und Bureaugehilfen; 35 bis 40 Proz. das kaufmännische Kontorpersonal; Reisende, Versicherungs- und Bankbeamte, Lehrerinnen, Erziehenden, Krankenpflegerinnen, Künstlerinnen und in freien Berufen tätige weibliche Personen. Am günstigsten zeigten sich die Verhältnisse in den Berufen der höheren Beamten und Lehrer, der Geistlichen, Offiziere, Rechtsanwälte, Ärzte und Apotheker; da wiesen nur 5 von 100 Tuberkulose als Todesursache auf! 5 bis 10 Proz. waren es bei den Volksschullehrern, selbständigen Industriellen, Landwirten, Ökonomen, Verwaltern und Leitern industrieller Betriebe; 10 bis 15 Proz. bei Schanwirten, unteren öffentlichen Beamten, unselbständigen gewerblichen Meistern, bei den Kaufleuten, Textilarbeitern, Gehilfen in der Landwirtschaft und im Gartenbau, bei den selbständigen Gewerbetreibenden, Wäsch- und Scheuerfrauen und anderen Tagelöhnerinnen. Alle anderen Berufe stehen in der Mitte dieser höchsten und niedrigsten Prozentsätze der Sterblichkeit an Tuberkulose: 15 bis 20 Proz. Am allgemeinen steht das weibliche Geschlecht schlechter als das männliche nach dieser interessanten statistischen Arbeit. Diese Statistik bestätigt wieder, daß die Tuberkulose in der Hauptsache eine Krankheit der Armen und Armuten ist. Schlechte Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse sind der Nährboden der Tuberkulose; durch Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse bekämpft man am besten die Tuberkulose!

Bewerkschaftliches.

Die Entwicklung der Zahlstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes

wird in einer interessanten, für die Entwicklung der Gewerkschaften überhaupt typischen zahlenmäßigen Aufstellung dargestellt. In einem Zeitraum von 10 Jahren (1901 bis 1910) ist die Mitgliederzahl von 22 374 auf 79 854 gestiegen, allein im letzten Jahre betrug die Mitgliederzunahme rund 12 500. Die männlichen Mitglieder leisteten an ordentlichen Beiträgen 3 098 354, die weiblichen 273 854 und die jugendlichen 52 529 Mark. Der Lokalkassenbestand beträgt rund 1 078 000 M. Die Zahl der in der Bibliothek vorhandenen Bücher beträgt 10 378, ausgeliehen wurden Bücher an 64 525 Mitglieder.

Berlin und Umgegend.

Die Fahrstuhlmonteure und Helfer besprachen in einer Versammlung, die sie am Sonntagmorgen in den „Rustfäden“ abhielten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrer Branche. Im September 1910 gelang es, mit einer Reihe von Firmen zu tariflichen Vereinbarungen zu gelangen. Die tägliche Arbeitszeit sollte neun Stunden betragen. Der Mindestlohn für Monteure war auf 70 Pf. pro Stunde festgesetzt, der aber nach dreimonatlicher Tätigkeit 75 Pf. und nach sechs Monaten 80 Pf. betragen sollte. Für Schlosser, die anfangen, selbständig zu arbeiten, war der Lohn auf 55 Pf. bis 70 Pf., für Helfer auf 45 Pf., 48 Pf. bis 50 Pf. festgesetzt. Eine Lohnerhöhung von 5 Proz. sollte sofort eintreten. — Nicht überall waren die Abmachungen so günstig, mit vielen Firmen sind überhaupt noch keine Abmachungen getroffen worden. Gegen diese Firmen energisch Stellung zu nehmen, betrachteten die Versammelten als eine der nächsten Aufgaben ihrer Organisation. Mit Nachdruck wurde betont, daß die Monteure es in der Hand haben, sofort Verbesserungen einzuführen, und zwar durch eine bessere Organisation. Wo die Unternehmer sehen, daß sie es mit organisierten Monteuren zu tun haben, da sind sie auch zu besseren Bedingungen bereit. Die Lohnbewegung von 1910 hat manches genützt, aber die Abmachungen von damals können nur durch den Verband aufrechterhalten oder verbessert werden. Einige Unternehmer stellen sich auf den Standpunkt, daß sie nur mit den Leuten, die zurzeit im Betriebe waren, Vereinbarungen getroffen haben. Neueingestellten Leuten gegenüber hätten sie keine Verpflichtungen. Eine Firma hat ein „Monteur-Reglement“ herausgegeben, worin verlangt wird, daß die Monteure sich die Helfer anstellen, also als Zwischenmeister auftreten. Die Versammelten protestierten dagegen und wiesen solche Zumutungen zurück. — In der Diskussion wurde gezeigt, daß Monteure bei manchen Firmen für ganz erbärmliche Löhne arbeiten, daß aber diese Leute zugleich am schwersten für die Organisation zu gewinnen sind. Die Versammelten waren sich einig darüber, daß zu einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Monteure der Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband die erste Vorbedingung ist und jedem Monteur und Helfer empfohlen werden muß.

Die Handtuchfahrer und Rutscher aus den Wäscheverleihgeschäften Berlins beschäftigten sich am Sonntag mit dem Stand der Verhandlungen zwischen ihrer Tarifkommission und den Unternehmern wegen Abschluß des neuen Tarifvertrages. Die von der „Vereinigung der Berliner Wäscheverleihgeschäfte“ gemachten Zugeständnisse wurden von den Versammelten als zu gering und deswegen unannehmbar erklärt. Das Verhalten der Unternehmer der neuangehenden freien Vereinigung Berliner Handtuchverleiher wurde ebenfalls einer scharfen Kritik unterzogen. Die Kommission teilte mit, daß bereits mehrere Firmen den eingereichten Originaltarif anerkannt haben und für mehrere Firmen noch Verhandlungen angefangen sind, welche einen Erfolg versprechen. In der lebhaften Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche die Tarifkommission beauftragt, nur unter der Voraussetzung weiterer Verhandlungen mit den beiden Unternehmergruppen zu verhandeln, wenn dieselben zu neuen annehmbaren Vorschlägen bereit sind.

Die Lohnbewegung in der Straßauer Glasfabrik, die sich bekanntlich auch auf die Filialbetriebe in Rednitz und Rauschau erstreckt, hat bis jetzt zu keinem irgendwie annehmbaren Ergebnis geführt. Nachdem die drei Zahlstellen des Glasarbeiterverbandes am 8. Februar ihre Forderungen eingereicht hatten, wurde zwei Tage später der Straßauer der Bescheid, daß eine Lohnzulage von 5 Pf. pro 100 Flaschen gewährt werden sollte. Das war alles, was man bewilligen wollte. Die Hauptforderung, Regelung des Tarifs, sowie die übrigen Forderungen wurden abgelehnt. In Rednitz sind den Glasarbeitern ebenfalls jene 5 Pf. Zulage angeboten und sonst nichts. Aber in Rauschau hat man auch das nicht einmal zugestanden, mit der Begründung, daß die Flaschenmacher dort so wie so schon mit ihren Löhnen voraus seien, was aber den Tatsachen nicht entspricht. Am Sonntag fand nun bei Schiefer in Nimmelsburg eine zahlreich besuchte Versammlung der Zahlstelle des Glasarbeiterverbandes statt, in der über den Stand der Lohnbewegung berichtet wurde, worauf eine lebhaftere Diskussion folgte. Dabei trat eine starke Enttäuschung über das Angebot der Firma, das kaum als eine Lohnzulage gelten kann. Es wären vielleicht 75 oder 80 Pf. Mehrverdienst, die in der ganzen Woche dabei herauskämen. Nicht besser als den Flaschenmachern ist es den Schürern und den Pflegern mit ihren Forderungen ergangen. Den Schürern will man alle drei Wochen einen freien Tag bewilligen, wie sie ihn früher schon hatten, irgendwelche Lohnzulage aber nicht. Die Pfleger, die Arbeiter, die für die allmähliche Einführung der Flaschen zu sorgen haben, sollen ein läzliches eingeführtes Prämienystem, das ihnen ungefähr 3 bis 30 Pf. Mehrverdienst die Woche einbringt, als Lohnzulage betrachten. Diese beiden Gruppen sind selbstverständlich ebenso wenig wie die Flaschenmacher mit dem Angebot zufrieden. Die Rauschauer Zahlstelle des Glasarbeiterverbandes hat bereits am Donnerstag beschlossen, den Hauptvorstand um die Zustimmung zur Einreichung der Kündigung zu ersuchen. Die Versammlung in Nimmelsburg kam mit allen gegen nur 3 Stimmen zu demselben Beschluß.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterstreik und arbeitswillige Revolverhelden.

Auf dem „Frankfurt-Pinkenscheider Braunkohlenwerk“ zu Pinkenscheid brach im Januar plötzlich ein wilder Streik aus. Die Arbeiter hatten über allerhand Mißstände, geringen Verdienst und häufige Strafen zu klagen. Auf Eingreifen der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes führten die Streikenden jedoch nach zwei Tagen wieder an. Die Werksleitung nahm Rücksicht und entließ den Vertrauensmann des Verbandes, kündigte einer Anzahl anderer Arbeiter und machte durch Aushang eine Herabsetzung des Gehaltelohnes bekannt. Darauf legten erneut circa 100 Grubenarbeiter die Arbeit nieder, während etwa 20 Mann weiter arbeiteten. In Anbetracht der gefährlichen Prostration der Arbeiter durch das Werk nahm sich der Bergarbeiterverband nun der Streikenden an und übermittelte deren Forderungen der Verwaltung. Sie lauteten: Zurücknahme der Entlassungen und Kündigungen, Zurücknahme der Lohnkürzung, Aufhebung der Schichtlöhne mit der Maßgabe, daß sie auch bei Gebirgsarbeit als Mindestlöhne gelten, vertragliche Vereinbarung der Arbeitsbedingungen. Das Werk wollte nur mit dem Arbeiterschuß verhandeln, der aber besteht nur aus zwei Mann, wovon einer noch arbeitswilliger ist. Die Streikenden lehnten daher eine Verhandlung durch den Ausschuß ab. Die Werksleitung setzte mit Maßnahmen gegen die Streikenden ein, die in der Kantine wohnenden Ausständigen wurden ermittelt und anderen die Werkwohnungen gelündigt. Arbeitswillige kamen zwar viele an, doch zogen sie nach erhaltener Aufführung wieder ab. Nur ein Trupp von etwa 15 Mann, der von Hamburg vermittelt war, hielt Stand. Wie sich bald zeigte, gehörten sie den modernen Landsknechten „Hänscher Couleur“ an. Sie führten Revolver bei sich, betrugten

sich äußerst herausfordernd und hielten Schießübungen im Tagebau ab. Natürlich machten sie von ihren Revolvern auch gegen die Streikenden Gebrauch. Die bürgerliche Provinzpresse, die von der Werksleitung genau so fleißig mit Berichten versehen wird, wie unser Parteiblatt mit Berichtigungen, weiß zu erzählen, es wäre auf beiden Seiten geschossen worden. Das ist un w a h r. Zwei streikende Arbeiter haben bereits Schußwunden am Kopf erhalten. Der Streik dauert fort.

Die Bergarbeiter im Oberlausitzer Braunkohlenrevier befinden sich in einer Lohnbewegung für den Abschluß von Lohnverträgen. Es arbeiten auf den 14 Werken des Bezirks etwa 700 Arbeiter, die zum größten Teil organisiert sind; die Christlichen haben nur geringen Anhang unter den Vergleuten. Am 18. Februar haben die Bergarbeiter durch den alten Bergarbeiterverband ihre Tarifvorschläge an sämtliche Werke eingereicht. Sie verlangen als Schichtzeit unter Tage 8 Stunden, über Tage 10½ Stunden inkl. Pausen. Der Schichtlohn, der zugleich als Mindestlohn für Gebirgsarbeit zu gelten hat, soll betragen: auf den Reichenauer Schächten für Dauer- und Förderleute 3,70 M., in Wiesmannsdorf, Soriau und Obersdorf bis zu 4,20 M. Ferner soll bei Gebirgsarbeit das Verbauen, Zimmern und Schienenlegen extra bezahlt werden, was bisher meist nicht der Fall war. Bei niedrigen Gehältern unterließ sich dann diese so notwendige Arbeit zum Schutze der eigenen Sicherheit der Arbeiter oder sie wurde nur mangelhaft ausgeführt. Die Folge waren häufige Unfälle. Die Werksbesitzer werden sich der Bewilligung dieser beschiedenen Forderungen nicht entziehen können, andernfalls müßten die Bergarbeiter ihre gerechten Forderungen mit Nachdruck betreiben, was ihnen angesichts der guten Organisationsverhältnisse nicht schwer fallen dürfte.

Die Ladiere der Adler-Fahrradwerke (vorm. Heint. Meyer) in Frankfurt a. M. legten am 25. Februar die Arbeit nieder, nachdem die Direktion eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Proz. abgelehnt hatte. Die Firma, die an ihre Aktionäre 30 Proz. Dividende für das vergangene Geschäftsjahr verteilen will, wollte nur noch eigenem Ermessen, nach und nach, die Stundenlöhne verbessern. Damit waren die Ladiere aber nicht einverstanden, sie reichten die Kündigung ein, die dann zur Arbeitsniederlegung von 65 Ladiere führte. Nur einige Vorarbeiter blieben stehen. — Die Direktion hatte bereits nach der erfolgten Kündigung eine Bekanntmachung an die Arbeiter erlassen, worin mit der Stilllegung des ganzen Betriebes gedroht wird, wenn es zu keiner Einigung mit den Ladiere kommt. — Da die Direktion alles daran setzen wird, Arbeitskräfte von außerhalb zu holen, so wird dringend eruchtet, jeden Zugang von Ladiere, Malern und Anstreichern fernzuhalten.

Sämtliche Arbeiter der Lindenthaler Metallwerke (Allright) streiken seit dem 22. Februar wegen Erneuerung des abgelaufenen Tarifes im Streik. Da die Direktion beabsichtigt, von auswärtigen Arbeitswilligen zu beziehen, so warnen wir hiermit dringend vor Arbeitsannahme nach den Allright-Fahrradwerken in Köln-Lindenthal.

Deutscher Metallarbeiterverband, Köln a. Rh.

Die in den vielen Leipziger Privatlithographien beschäftigten Lithographen stellten Forderungen bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie in den meisten Anstalten mit Drudereien längst eingeführt sind. Verlangt wurde: die tägliche achtstündige Arbeitszeit, ein Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahre von 21 M., ein Zuschlag für Überstunden in der Woche von 25 Proz., Sonntags 50 Proz., Bezahlung der Feiertage, eine Kündigungssfrist von 14 Tagen, Regelung des Lehrlingswesens, auf 1—5 Gehilfen kann ein Lehrling gehalten werden, der Arbeitsnachweis der Gehilfenorganisation ist in erster Linie in Anspruch zu nehmen usw.

Nach wiederholten Verhandlungen mit dem Schupverband deutscher Steindruckereibesitzer wurden Vereinbarungen getroffen für diejenigen Privatlithographien, die diesem Schupverband angehören, wodurch ein größerer Teil Lithographen aus der Bewegung ausschied. Hiernach erhalten diejenigen Arbeiter, die wegen Mangel an Arbeit nicht während der vollen wöchentlichen Arbeitszeit beschäftigt haben, diese Zeit bezahlt. Die Kündigungsfrist ist eine vierzehntägige. Ueber eventuelles Aussehen bei Arbeitsmangel soll auf Antrag des Prinzipals eine Verständigung mit den Gehilfen herbeigeführt werden. Die Leipziger Mitglieder des Schupverbandes (Anstalten mit Drudereien) sollen bei Vergebung von Arbeiten nur solche Privatlithographien bevorzugen, die diese Bedingungen einhalten.

Von den anderen Privatlithographien, die dem Schupverband deutscher Steindruckereibesitzer nicht als Mitglieder angehören, hat der größte Teil die Forderung der Gehilfen bewilligt. Die übrigen, die sich bisher ablehnend verhielten, sind gesperrt und werden mit allem Nachdruck zur Anerkennung veranlaßt. Deshalb soll alle aus Leipziger Privatlithographien kommende Arbeit vor der Weiterverarbeitung erst genau kontrolliert werden.

Ausland.

Die seit kurzem organisierten Wiener Bahnhofskleiter haben ihren Chefs ein Ultimatum zum 8. März gestellt. Falls ihre Forderungen, darunter eine 20prozentige Lohnerhöhung, bis zu diesem Zeitpunkt nicht erfüllt sind, wollen dieselben vorläufig einen 12tägigen Streik inszenieren. Da der Streik in die beste Saison fallen würde, hoffen sie, daß die Chefs nachgeben werden.

Separatistischem Streikbruch erliegen sind die streikenden organisierten Schneider der Firma Kornblüh und Schnaubell in Olmütz. Es handelte sich um Aufrechterhaltung der Vertragsbestimmung, wodurch die Beschäftigung von Heimarbeitern verboten ist. Der tschechisch-separatistische Schneiderverband unter Führung des tschechisch-sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Fölber hat offen den Streik gebrochen und Streikbrecher vermittelt. Diesen Tatbestand geben 68 organisierte Schneider in einem Flugblatt mit den genauesten Daten an.

Der Streik der Arbeiter an der Turiner Weltausstellung dauert fort. Zwei Regimenter Genietruppen sind nunmehr mit der Fortsetzung der Arbeiten beauftragt worden, da sonst die Beendigung der Ausstellungsarbeiten in Frage gestellt werden würde. Man erwartet durch das Eingreifen der Truppen erste Kündigungen. Die Streikenden ersuchen, namentlich den Zugang von Bauarbeitern aller Branchen fernzuhalten, da ohne qualifizierte Bauarbeiter an eine Fertigstellung der Ausstellung nicht gedacht werden kann.

Aus Industrie und Handel.

Die Eisenbahnverwaltung als Retter der Preisdreier.

Mit großer Spannung ist diesmal die Vergebung der Lieferungen für Kohlenöl von Seiten der preussischen Staatsbahnen verfolgt worden. Um diese Lieferungen haben sich das Eisenbahnen-Kohlenkartell und eine Reihe von Kohlenleitern dieses Kartells beworben. Das Eisenbahnenkartell hat nun seine Lieferungen an das Kartell vergeben und damit den Kohlenleitern für lange Zeit wohl die Luft verklebt, wieder zu konkurrieren. Das ist um so bemerkenswerter, als sich die Preise der Kohlenleiter bei der ersten Submission wesentlich unter denen des Kartells bewegt hatten und weil sich das Kartell erst nachträglich zu einer weiteren Herabsetzung seiner Forderungen bereit erklärte. Die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen haben sich vor nicht langer Zeit von dem Kartell freigemacht und an die Kohlenleiter vergeben. Das preussische Eisenbahnenkartell dagegen unterstützt das Kartell, rettet es vor dem Zerfall. Das Kohlenkartell hat seine Mitglieder verpflichtet, ihren Bedarf an Kohlen allein von zwei Firmen zu beziehen und dafür die geforderten Preise zu zahlen. Es ist sehr zu bedauern, daß von der Eisenbahnverwaltung die Preisdreier in dieser Weise unterstützt wird.

Dividendensagen.

Das Jahr 1910 hat den Aktionären wieder erhöhte Dividenden gebracht. Die „Papierarbeiter“ haben die Krise im allgemeinen wieder überstanden. Trotzdem vernimmt man aus der Scharfmacherpresse ein Jammen und Klagen, als ob hohe Arbeiterlöhne den armen Aktionären gar keinen Profit ließen. Was von derartigen Behauptungen zu halten ist, veranschaulicht die folgende Dividententafel. Es verteilten:

	1909	1910
	Dividende in Proz.	
Hoffmanns Stärkefabriken	10	12
Verein Chemischer Fabriken, Mannheim	20	20
Kochreimer Cellulose- u. Papierfabr. A. G.	12	14
Reimendorfer Linoleum	13	20
Magdeburger Bergwerksverein	33 1/2	35
Dalserische Maschinenfabrik	30	30
Varziner Papierfabrik	8	12
Vogeländische Zuckfabrik	15	15
Deutscher Eisenhandel, A. G.	4	6
Essener Bergwerks-Verein	10	15
Vorzugs-Akt.	20	25
Deutsche Reichsbank	5,88	6,48
Berliner Handelsgesellschaft	9	9
Sächsische Kartonnagenfabrik	11	12 1/2
Rheinische Webstoffweberei A. G., Barmen	6	11

Diese Stichproben erlauben ein Urteil über die allgemeine Entwicklung. Sie enthüllt das Geschehen über die sozialen Lasten und über die ruinösen hohen Löhne, gegen welche ein Sechsmonatsfunder-Schutzgesetz helfen soll, als elende Heuchelei: Schutz bedarf die ehrliche Arbeit, Schutz gegen die schamlose Plünderer und gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Scharfmacher mit ihren Geldblingen.

Die Verteuerung der Baumwolle durch die bekannten Börsenmonder hat einer Reihe der kleineren Webereien, die von der Hand in den Mund leben, den Todesstoß verleiht. So macht sich zum Beispiel in der Hochholter Weberei zurzeit der Pleitegeier höchst unangenehm bemerkbar. Eine Weberei hat ihren Betrieb ganz stillgelegt. Andere Betriebe sehen sich zu Entlassungen genötigt. Welchen Umfang die Krise annehmen wird, ist noch nicht abzusehen.

Agrarische Wache auf Aktien. In Posen ist, wie das Posener Handelsregister ausweist, vor einiger Zeit die Firma „Nidestische Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. G.“ gegründet worden. Gegenstand des Unternehmens ist, neben anderen derartigen Gesellschaften ähnlichen Geschäftes, die Herstellung von Tageszeitungen. Welcher Art diese Tageszeitungen sein werden, geht, wie die „Deutsche Export-Revue“ bemerkt, aus dem Verzeichnis der Gründer der Gesellschaft hervor. Wir finden da unter anderen den Hochagrarien Herrn von Heydebrand und der Laie, dann den Landeshauptmann von Posen Herrn v. Dziembowski, den Landrat v. Lütz, Posen usw., eine Reihe von Namen, bei deren Lesen man unwillkürlich an das „Unter uns ist keiner mang, der nicht . . .“ denken muß. Auf die neuen Tageszeitungen darf man gespannt sein, sie sollen wohl gegen das Vordringen der Industrie im Posenischen protestieren und schnell noch vor den Reichstagswahlen für die armen Agrarier Stimmung machen.

Ausperrung — 15 Proz. Dividende. Die Rauchwaren-Zurichterei und Färberei A. G. in Wroklaw verteilte für 1909 wieder 7 Proz. Dividende, nachdem die Aktionäre einige Jahre auf Ausschüttungen hatten verzichten müssen. Dafür scheint man sich jetzt gründlich entschädigen zu wollen. Nach Pressemeldungen machte der Vorsitzende der Gesellschaft in der letzten Generalversammlung unter anderen folgende Ausführungen:

Was die Arbeiterfrage anlangt, so habe, wie bekannt, ein Teil der Leute ausgesperrt werden müssen. Die Gesellschaft könne vermöge eines Bestandes von unorganisierten Arbeitern ihren Betrieb ziemlich in vollem Umfange aufrechterhalten. Es seien gegenwärtig noch etwa 300 Arbeiter gegen die Höchstzahl von 370 beschäftigt.

Dazu muß noch erläuternd bemerkt werden, daß für 1910 eine Dividende von 15 Proz. zur Verteilung gelangt. War die Ausperrung nun notwendig, um ein noch stärkeres Hinansehen der Dividende zu verhindern, oder will man durch Lohnsperrerei eine weitere Erhöhung der Gewinne erzielen?

Letzte Nachrichten.

Die Wahl in Allenstein-Rössel.

Allesstein, 27. Februar. (B. L. B.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreise Allenstein-Rössel wurden bis 11 Uhr abends gezählt für Rittergutsbesitzer Orłowski-Ruhborn (Zentrum) 10 733, für Barren Barczewski (Polen) 6793 und für Rechtsanwalt Gajse (Sozialdemokrat) 303 Stimmen. Eine Anzahl Bezirke steht noch aus, doch gilt die Wahl Orłowski als gesichert.

Die Wahl im Jahre 1907 hatte folgendes Resultat: Zentrum 12 944 Stimmen, Polen 5380 Stimmen, National-liberale 3133 Stimmen, Sozialdemokraten 76 Stimmen. Unser Stimmenzuwachs bei der jetzigen Wahl ist sehr bedeutend, wenn man beachtet, daß es unseren Genossen dank des Terrors der Reaktionäre aller Schattierungen nicht möglich war, auch nur eine Wählerversammlung abzuhalten. Auch in diesem reaktionären Kreise beginnt es zu dämmern dank der Wachenschaften des schwarz-blauen Blodes.

Stichwahltermin.

München, 27. Februar. (B. L. B.) Die Stichwahl in Rempten-Zinnenstadt-Lindau ist auf Dienstag, den 7. März, angesetzt.

Juderin-Schmuggel.

Girschberg, 27. Februar. (B. L. B.) Wegen umfangreichen Juderinschmuggels sind die Gastwirte Müller zu Kummerdorf und K e u m a n n zu Schmiedberg verhaftet worden. Bei letzterem ist, dem „Boten aus dem Riesengebirge“ zufolge, Juderin im Werte von etwa 9000 M. beschlagnahmt worden. Weitere Verhaftungen seien bevor.

Ins Meer getrieben.

Karwa, 27. Februar. (B. L. B.) Von den 500 Fischern, die sich auf der Eisfläche befanden, die sich bei der Insel Lewensari losgelöst hat, befinden sich etwa 200 Gerettete auf der Insel Seiskær.

Die Pest.

Peking, 27. Februar. (B. L. B.) Es kommen täglich etwa 200 Todesfälle an der Pest in der Manschurei vor, aber die Zahl der Todesfälle nimmt weiter ab. Die Vorbeugungsmassnahmen der chinesischen Regierung sind von überraschender Wirkung. Da es schwierig geworden ist, die erforderlichen Ausgaben weiterhin zu decken, hat der Kaiser die Regierung um die Ueberweisung von drei Millionen Taels zur Durchführung der weiteren Bekämpfung der Seuche ersucht.

Charbin, 27. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Gestern ist eine russische Schwester und heute ein russischer Feldscher an der Pest gestorben. In den letzten beiden Tagen sind acht Chinesen der Seuche erlegen. Ein chinesischer Sanitätsbeamter ist unter pestverdächtigen Erscheinungen gestorben.

Reichstag.

186. Sitzung. Montag, den 27. Februar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen.

Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliefern im Kaiserlichen Patentamt

bis zum 31. März 1914 wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Kirck (3.) in dritter Beratung angenommen. Dann wird die

zweite Beratung des Militär-Etats

beim Titel „Gehalt des Kriegsministers 50 000 M.“ fortgesetzt.

Abg. Gröber (3.): Die Sozialdemokraten machen den bürgerlichen Parteien den Vorwurf, sie hätten die Löhnung der Soldaten nicht erhöht; dabei lehnen die Sozialdemokraten alle Steuern ab. (Sehr wahr! im Zentrum.) Auch wird den Soldaten jetzt das Putzeug von der Verwaltung geliefert, was auch eine Ausgabe von 5 Millionen Mark ausmacht und für den einzelnen Mann mehr ist als ein paar Pfennige Soldatlohn. — Der Redner verbreitet sich dann mit leiser, auf der Tribüne nicht verständlicher Stimme über die Ehrengerichte. — Das ehrengerichtliche Verfahren entbehrt aller Garantien, die die bürgerliche Rechtspflege gewährt. Im Grunde ist das ganze Ehrengerichtsverfahren nichts als ein in unsere Zeit hineinreichendes Stück Rabinettjustiz — es ist in Wirklichkeit gar kein gerichtliches Verfahren, entbehrt aller Kennzeichen und Garantien eines solchen. — Die Rede des Abg. Raab am Sonnabend mit ihren guten und schlechten Seiten war in keiner Weise geeignet, die ernste Frage zu klären, die in der fortschrittlichen Resolution angeschnitten ist. In der österreichisch-ungarischen Armee sind die Juden längst zu Offiziersstellen zugelassen, ebenso in Frankreich, Italien, England. Wie kann man angesichts der Tatsache, daß in den Freiheitskriegen 378 jüdische Soldaten das eiserne Kreuz erhalten haben, behaupten wollen, daß den Juden die militärische Tüchtigkeit fehlt? (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist natürlich nicht in einzelnen nachzuprüfen, aus welchen Ursachen die Zurückweisung jüdischer Aspiranten im Einzelfalle erfolge; aber die Tatsache, daß seit Jahrzehnten ungetaufte Juden nicht zu Offizieren zugelassen worden sind, ist bezeichnend genug. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir Katholiken haben allen Grund, gegen die Zurückweisung eines Teiles der Nation aufzutreten. Was heute den Juden passiert, kann morgen uns geschehen. Die Gehässigkeit, die manche Juden gegen die katholische Kirche an den Tag legen, kann und wird uns nicht verhindern, für die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der jüdischen Mitbürger einzutreten. (Lebhafte anhaltender Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Mann (natl.): Auch wir protestieren auf das Schärfste gegen die verletzende Rede des Abg. Raab. Gleich dem Vordredner treten auch wir unbedingt für die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger ein und mißbilligen jede Zurücksetzung aus Gründen der Religion oder der Abstammung. Freilich müssen sich die Juden durch feste Staatsgesinnung der Zulassung zu allen militärischen und zivilen Ämtern würdig zeigen. — Der Redner polemisiert darauf gegen die Sozialdemokratie, der er die Negation vorwirft.

Abg. Schäpflin (Soz.):

Die eben gehörte Rede sollte wohl beweisen, daß die National-Liberalen der Regierung alle Militärerberechtigungen bewilligen. In der Budgetkommission wollten sie zwei Militärinspektoren streichen; aber es kostete den Kriegsminister ein Wort — und die Nationalliberalen knappten um wie ein Taschenmesser und lagen alle auf dem Bauch. (Gr. Heiterkeit.) Dr. Osann wirt und vor, und sei die Kritik Selbstzweck. Wie kommt er dazu? Wir wollen unser ganzes ungeheures Agitationsmaterial preisgeben, wenn Sie die von uns gerügten Mißstände abstellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Der Kriegsminister sagt, was würde uns eine Niederlage kosten! Nun, es ist noch fraglich, ob mehr als der bewaffnete Friede. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Ich werde mich zur „Judenfrage“. Was da von der Militärverwaltung für das Rückfördern der Juden angeführt wird, ist nur ein unwürdiges Herumreden um die Sache. (Zustimmung links.) Ich habe weder Reizung noch Auftrag, für den jüdischen Teil der Bourgeoisie zu reden, die ihre Söhne gern als Reserveoffiziere sehen möchten; von dieser Epidemie sind auch die jüdischen Bourgeois befallen. Aber wir nehmen Stellung dazu wegen der Gesetzesverletzung, die gegenüber den jüdischen Aspiranten von den Reserveoffizieren, also meist Richtern und Staatsanwälten geübt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-

kraten.) Der Kriegsminister sagt, wenn die Regimenter nicht wollen, kann die Verwaltung nichts machen. Das glaubt niemand. Die Verwaltung will eben nicht. Nicht kriegerisch sollen die Juden, wohl aber der Adel sein — als ob noch nie ein Adelsprobi ein Rebellchen nach Hause führte (Große Heiterkeit), um sein verrottenes Wappenschild zu vergolden. Uebrigens könnte dem preussischen Adel und seiner geistigen Befähigung nur von Nutzen sein, wenn jüdisches Blut in ihn hineinkäme. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß Herr Raab am Sonnabend den Reichstag mit einer antisemitischen Rede

vertauschte, ist nur bezeichnend für ihn. Herr Raab klagte über den Geschäftssinn der Juden — ausgerechnet Herr Raab. (Heiterkeit.) Wenn eine Partei, so hat die antisemitische Geschäftsinn betwiefen, sie, die alle drei Jahre

ihre politische Firma wechselt,

weil die alte Bankrott gemacht hatte; schlimmer kann es kein Ramschbazar treiben. (Heiterkeit.) Und was für Leistungen hat der preussische Adel im Jahre 1806 vollbracht! So weit würden es die Juden noch immer bringen. (Sehr gut! links.) Damit lasse ich Herrn Raab schwimmen. (Heiterkeit.)

Ueber das badische Flugblatt hat der Kriegsminister uns gesagt, auch er sei überzeugt, es sei das Produkt eines Wahnsinnigen. Die der Regierung nahe stehende Presse hat es anfangs sehr ernst genommen. Aber er hat uns eine merkwürdige Geschichte von einem Manne erzählt, der in einem dunklen Wald gestochen ist, und dem man die Flugblätter geben wollte. Warum nennt man den Mann nicht? (Ruf bei den Sozialdemokraten: Wahrscheinlich ist es ein Spieß!) In welchem Wald ist denn die beinahe ge-

große Moritat

passiert. (Heiterkeit.) Die Geheimnisthätigkeit verstärkt den Verdacht, daß es sich um Polizeispioneleien handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber der Sozialdemokratie schaden sie damit nicht, die Riedergerittenen von 1807 reiten. Zum Fall Vissing sagte der Kriegsminister, der Erlaß richte sich nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen jeden Aufwiegler. Es ist also eine Mobilmachung gegen „unbekannt“. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Verhaftung von Abgeordneten, ohne Rücksicht auf ihre Immunität, hat er ja preisgegeben, und er sagt, der Abzug ist gestrichen. Der springende Punkt ist aber, daß ein preussischer General derartiges niederschreiben kann, daß er offen sagt, er würde auf Recht und die Verfassung nicht achten. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Was ist ihm geistchen?) Ach, ein General, der solchen Erlaß herausgibt, wird vielleicht noch befördert. Aber die proletarische Bewegung können Sie auf solche Weise nicht hindern; eine Armee kommt vielleicht in Verlegenheit, wenn man ihr die Führer nimmt, nicht aber die proletarische Bewegung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Ich wende mich nun zu den

Soldatenmißhandlungen.

Der Minister sagt, wir sollen nicht verallgemeinern. Er selbst aber behauptet, jeder Offizier verurteilt die Soldatenmißhandlungen. Wenn das wahr wäre, wären sie längst beseitigt. Ein Unteroffizier Reiter von der 5. Kompanie des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments ließ die Leute in aller Frühe, bei der größten Kälte aufstehen und malträtierte sie in der gemeinsten Weise. Einen Mann ließ er mit dem Kopf nach unten an einem Gerüst aufhängen, bis der Mann erschöpft herunterfiel. Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht aber meinte, Rekruten sind keine jungen Mädchen, Kanoniere könne man etwas derber anfassen und erkannte auf zwei Wochen Mittelarrest. Wenn ein Gericht sich derartig ausdrückt, so muß das geradezu wie eine

Anreizung zu den Soldatenmißhandlungen

wirken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Ein anderer Unteroffizier befahl einem Mann, der den Namen des kommandierenden Generals nicht wußte, unter das Bett zu kriechen und von dort zu singen: „Aus tiefer Not schrei ich zu dir“. Nachher mußte er auf das Spind klettern und singen: „Dem Himmel hoch da komm ich her“. Dieser Soldatensinder erhielt drei Jahre Gefängnis. Bei einem Leutnant, der mit Säbelhieben und Ohrfeigen fast alle seine Leute traktiert hatte, griff das Gericht einmal härter zu. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. (Hört! hört! rechts.) Ja, wenn einmal ordentlich bestraft wird, muß es auch erwähnt werden; selten genug ist es. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Soldat wurde wegen Mißhandlungen fahnenflüchtig. Er kam dann wieder zurück und gab an, daß er wegen der Mißhandlungen desertiert sei. Der mißhandelnde Unteroffizier erhielt zehn Tage Mittelarrest, aber der Soldat ließen

Monate Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Unteroffizier, der Unterschlagungen und Erpressungen begangen hatte und dem 200 Fälle von Mißhandlungen nachgewiesen waren, wurde allerdings stark bestraft — mit 3 Jahren Gefängnis, aber ein Sergeant, der sich in 292 Fällen Mißhandlungen von Soldaten hatte zuschulden kommen lassen, wurde nur, weil das Kriegsgericht minder schwere Fälle annahm, zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt.

In Sachsen war nach dem bekannten Erlaß des Prinzen Georg, des späteren Königs, eine Zeitlang Ruhe mit den Soldatenmißhandlungen. Sie hatten unstreitig stark abgenommen. Neuerdings sind aber wieder sehr arge Fälle vorgekommen. Es ist auch zu Kriegsgerichtsverhandlungen gekommen, in denen geradezu schauerliche Einzelheiten enthüllt wurden. Einem Sergeanten eines Mannen-Regimentes wurde nachgewiesen, daß er gewohnheitsmäßig die Soldaten mit der Lanze schlug. (Hört! hört!) Die Urteile fielen natürlich wieder sehr milde aus. Wenn es gegen Unteroffiziere wenigstens noch Gefängnisstrafen gab, so gingen die Offiziere, die mindestens arger Verletzung ihrer Aufsichtspflichten schuldig waren, so gut wie straffrei aus. Wir müssen aber mit allem Nachdruck erklären: wo solche Fälle vorkommen, da trifft im allgemeinen die Regimentskommandeure die Schuld. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Mannen, die Fusarenuniformen sehen ja recht gut aus und der Kriegsminister erzählte uns neulich von der Freude an der schönen Uniform. Die Freude wird stark herabgedrückt, wenn der schmutzige hunte Rock grüne oder blaue oder gelbe Flecken deckt, die von Mißhandlungen herrühren, die die Soldaten widerstandslos zu erdulden haben. Ja wohl, widerstandslos! Denn in demselben Dischazer Mannenregiment, in welchem die argsten Mißhandlungsfälle vorgekommen sind, wurde ein Soldat schwer bestraft, weil er bei einem Befehl eines Unteroffiziers etwas vor sich hingemurmelt haben sollte. (Hört! hört!) — Der Kriegsminister sagt uns, er mißbilligt die Soldatenmißhandlungen. Daran zweifeln wir nicht. Wohl aber werden seine Ausführungen im Lande und in den Kasernen — denn auch in Kasernen dringen Zeitungen, wenn auch keine sozialdemokratischen (Heiterkeit) — so verstanden werden, daß er die Soldatenmißhandlungen nicht so scharf mißbilligt, wie sein Vorgänger. Gerade im Interesse des deutschen Heeres, dessen Ansehen im Auslande durch die ungenügend bestraften Soldatenmißhandlungen sicher nicht gewinnt, sollte der Kriegsminister darauf bedacht sein, das Heer von den Leuten zu befreien, die so bestialische Untaten begehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (Sp.): Der Abg. Raab hat hier vorgestern eine Rede gehalten, die den Antisemitismus in Reinkultur zeigt. Der Kriegsminister möge daraus seine Lehre ziehen, der nicht mit derselben erfreulichen Entschiedenheit, wie sein Vorgänger v. C. einem dem Antisemitismus gegenüber den Grundlag Staatsbürgerlicher Gleichberechtigung vertreten hat. — Im übrigen tut man eigentlich dem Abg. Raab zuviel Ehre an, wenn man ihm mit Gründen antwortet. (Lebhafte Zustimmung links.) Von ihm gilt daselbe, was Eugen Richter von Raabs Parteigenossen Liebermann v. Sonnenberg sagte: Er belustigt die Rechte mit den Wigen, die die Herren selbst zu machen zu vornehm sind. (Sehr gut! links.) Der Abgeordnete Raab leistete sich den Satz: „Wir wollen unsere Söhne nicht in Gefahr bringen, sich gegenüber jüdischen Vorgesetzten strafbar zu machen.“ Hätte das ein sozialistischer Redner gesagt, aber statt „jüdische“, „adelige“ Offiziere gesagt, so hätte diese Aufreizung zur Gehoramsverweigerung einen Sturm der Entrüstung im ganzen Hause hervorgerufen. (Sehr richtig! links.) — Redner tritt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen für größtmögliche Sparsamkeit ein und verlangt Streichung der Gouverneurposten, der fürstlichen Adjutanten und des Feldjägerkorps, und wendet sich dann gegen den Militärbojott, der kleinlich, gehässig und parteiisch gehandhabt werde. — Mit der Erhöhung der Mannschafstlöhne will man warten, bis Dedung da ist; man sollte die Liebesgabe dazu benutzen. — Der Redner wendet sich sodann gegen die Schwierigkeiten, die man — in Gegenlag zu Sachsen usw. — in manchen Gegenden den Volksschullehrern bei der militärischen Beförderung mache. — Der Kriegsminister hat auf die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner über Soldatenmißhandlungen mit dem Ausdruck seiner entschiedensten Mißbilligung der Soldatenmißhandlungen geantwortet. Mit der Mißbilligung allein aber ist es nicht getan. Die Mißhandlungen müssen aus der Armee verschwinden. Es ist bedauerlich, daß die Rechte vielfach die Aufzählung der Mißhandlungsfälle mit Heiterkeit begleitete. (Hört! hört! rechts.) Für die Leute, deren Söhne als einfache Soldaten zu dienen haben, ist die Sache nicht lächerlich. (Sehr

Kleines feuilleton.

Bekanntnisse Spielhagens. Der letzte große liberale Zeitdichter, dem die Kunst nicht bloß eine Formsache, sondern ein heiliger Kampfberaub war, hat sich über die Beziehungen seines Schaffens zu seiner Zeit in seiner autobiographischen Schrift „Kinder und Erfinder“ ausgelassen. In einer Zeit, da Sozialisten die alte ästhetische Spielbürgerweisheit neu zu galvanisieren versuchten, daß der Dichter ein über den Klassen stehendes, fleisch- und blutloses Wesen sei, mag es besonders angemessen sein, die Meinung eines ganzen Mannes und Künstlers darüber zu hören. Spielhagen faßt den Inhalt seines Lebenszieles dahin zusammen:

„Wenn meinem Streben irgendein Verdienst beizumessen sollte, so kann es, drückt mir, nur nach dieser Seite liegen (d. h. den Menschen ganz und gar in den Dienst einer Sache zu stellen, die recht betrachtet und recht geübt, eine höchste der Menschheit ist); und ich meine, daß es sich da mit dem Streben gerade der heutigen Menschheit berührt. Denn, tragen nicht alle Völker, so nähern wir uns immer mehr einer Zeit — und stehen vielleicht schon mit einem Fuße in ihr — welche ihre Ziele nur erreichen kann dadurch, daß sie das Individuelle dem Generellen opfert oder es doch nur soweit gelten läßt, als es sich tauglich erweist, dem letzteren zu dienen.“

Sein politisches Glaubensbekenntnis, wie es in seinen Romanen lebt, hat Spielhagen selbst einmal in folgenden knappen Worten formuliert: „Er war ein geborener Tyrannenhasser, Hasser alles dessen, was nach Autokratie ichmet. So war nicht der einzelne Adelige, der vielleicht sein lieber Freund war, wohl aber die Adelsinstitution als solche ihm gründlich widerwärtig. Daß die Republik der Panacö für alle sozialen Schäden sei, glaubte er keinen Augenblick, dennoch sah er in ihr die einzige, eines mündigen Volkes würdige Staatsform. Religion war für ihn Privatsache, wie für die ersten Christen. Ueber die seelisch-sittlichen Qualitäten, die den Menschen zum Christen machen, hatte er seine besonderen Ansichten, die von denen der Kirche gerade in den entscheidenden Punkten beträchtlich abwichen. Alles in allem war sein politisch-religiöses Programm das des linkesten Flügel der Radikalen der Paulskirche von 1848, modifiziert durch die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts, die ihn aber nicht weiter nach rechts, sondern nach links gedrängt hatten, so weit, daß er mit den Sozialdemokraten die bestehende staatliche und wirtschaftliche Ordnung ohne die einschneidendsten Veränderungen auf die Dauer für unaltbar anfaß.“

Man hätte von Spielhagen erwarten können, daß er auch im Drama, das ja noch unmittelbarer und kräftiger wirkt als der Roman und leichter in die Massen dringt, zu seinen Zeitgenossen gesprochen hätte. Indes hat er es bei einigen Kleinigkeiten bewenden lassen. Ueber die Gründe, die ihn von einer regen dramatischen Produktion abhielten, hat er Felix Philippini in einem Briefe (aus

dem Jahre 1884) aufgeföhrt. Er wird soeben im „Berliner Tagebl.“ veröffentlicht. Eine Stelle verdient hier um so eher wiedergegeben zu werden, als sie von Heinz Sperber hier entwickelte Ansichten vollaus bekräftigt. Spielhagen schreibt u. a.:

„Ja, wenn ich dürfte, wie ich möchte, ich hätte schon ganz andere Streifzüge in dies (dramatische) Gebiet unternommen, ich meine: mit mehr Nachdruck, mit größerer Konsequenz und Energie ausgeführt, und es würde mir an Erfolg vielleicht nicht gefehlt haben. Aber darf ich denn, wie ich möchte? Darf ich, darf irgendwer die großen Zeitfragen, wie ich sie in meinen Romanen aufzufassen verucht habe, auch nur versuchen, auf die Bühne zu bringen? Wo ist das Publikum, das dergleichen sehen und anhören möchte? Wo sind die Schauspieler, die solchen Aufgaben gewachsen wären? Sagen Sie nicht: Vietet uns nur Dramen, in denen das Herz unserer Zeit mächtig klopt, in denen wir das Ringen, Streben, Jren des jetzt atmen den Geschlechts wahrhaft verkörpert sehen — das andere würde sich finden. Sämtliche Hoftheater würden ihre Türen gegen den Friedensförderer und Hochverräter dreifach verriegeln, er würde zu den kleineren Theatern flüchten müssen, die ihm sagen würden: Lieber Freund, wozu der Lärm? Du kennst unser Publikum nicht. Das will sich amüfieren nach des Tages Laft und Mühe, will lachen, wenn es menschenmöglich ist. . . . Und deine Menschen! Ja, lieber Himmel, was soll der Schauspieler mit denen anfangen? Die passen ja in keine unserer Rollen. . . . Das sind ja veritable Menschen, ganz unweitert von einem penetranten Hauch des Lebens da draußen, der in unserer Schminke- und Puderatmosphäre ganz ungeschödig und unerträglich ist! Rein, lieber Freund, du kennst das Theater und seine Bedürfnisse nicht. Bleibe auf deinem Felde, wo dir ja, wie ich höre, äppige Saat“ wachsen; hier findest du einen Boden, der für dich und Deinesgleichen „unfruchtbar“ ist und immer so bleiben wird.“

Theater.

Reffingtheater: „Die Kinder“, Komödie von Hermann Sahr. Mit seinem glanzvollen Vorgänger, dem „König“, kann sich das neue, inzwischen schon auf einer ganzen Reihe von Provinzbühnen aufgeführte Wahrsche Lustspiel künstlerisch nicht messen. Ihm fehlt die Handlung, der Autor hat es sorglos zu früh in die Kulissenwelt hinausgeschickt. Schade drum! Die Einfälle, auf denen die Komödie sich aufbaut, wären einer psychologisch vertiefenden Konzentration und feilender Ausgestaltung in hohem Maße wert gewesen. Es steckt in ihnen und der skeptisch ironischen Beleuchtung des Ganzen ein gut Teil des spezifisch Wahrschen Geistes. Die Spannung im „König“, die Komik im „König“ schiebt vornehmlich auch aus der originellen Art, wie er die Reflexionen und das Handeln eines rein verstandesmäßig philosophierenden Individuums mit den hergebrachten Anschauungen über Liebe und Liebesleben kontrastiert. Die Dinge, derenwegen

im Leben und noch mehr auf der Bühne soviel tragische Pathos vorausgesetzt wird, lassen sich — das ist die Wahrsche Quintessenz — auch alle mit ganz anderen Augen ansehen.

Am den Reiz einer solchen unliegenden Beleuchtung war es Wahrsch ursprünglich auch in seinem neuen Lustspiele zu tun. Er daß die Ansätze nicht frei und ruhig entfaltet, Läden der Erfindung durch Ansehen bei einer billigen, uniduellen Theaterschablone gestopft wurden. Dem ersten Akt fehlt alle Farbe. Im Schloß eines alten Medizinalprofessors, der stolz auf das Kauerablut in seinen Adern ist, macht der Sohn des gräflichen Hausfreunds, ein lebenswürdig frischer Junge, dem Professorstochterlein die Kur. Das kleine Fräulein soll wohl moderner Typ oder doch Karikatur eines modernen Typus sein. Sie höst allerhand emponiert klingende Schlagworte hervor, belustigt sich über den Stammbaum ihres Liebhabers und rennomiert mit ihrer geistigen Freiheit und Ueberlegenheit. Aber die Dummheiten, die sie zutage fördert, sind so übertrieben, so programmatisch angeordnet, daß die Figur, auch nur als Parodie betrachtet, eine plappernde Theaterpuppe bleibt, wie ihr Gegenstück, der ganz naiv verliebte Badfisch alter Observanz. In der Verzeichnung dieses Typs liegt die Hauptschwäche des Stückes. Die Unmöglichkeit, Anna irgend ernst zu nehmen, läßt auch im zweiten Akt — da sie erfährt, daß der Geliebte ein illegitimer Spröbling ihres eigenen Vaters — ihre Aufsehnung gegen das Verbot der Geschwisterei ganz ohne Resonanz verpuffen. Immerhin treten in dem zweiten und dritten Aufzuge allenthalben Spuren Wahrscher Eigenart hervor. Sehr eht in diesem Genre ist die Episode, in der ein unehelicher Sohn aus der Studententzeit des Herrn Professors, von dessen Dasein dieser keine Ahnung hatte — ein rotbäugiger Rheinländer — sich auf der Fahrt dem Vater vorstellt. Kein Ton von anklagerischem Pathos, von Tragik und Sentimentalität, aber in dem Stolz, mit dem der arm aufgewachsene Bursche jede nachträgliche Hilfe des Geheimrats abweist, zittert durch alles tolerante Philosophieren etwas von tiefer Erbitterung, vom Schmerz der Kinderjahre nach. An diese Szene schließt sich, gleichfalls still und ohne große Worte, unmittelbar die andere, in der der Professor dem Grafen, der ihn um die Hand der Tochter bittet, das Geheimnis seiner Abstammung und damit die Unmöglichkeit einer solchen Ehe nach der geltenden Sitte auseinandersetzt. Annas gegen jede autoritäre Sühnung rebellierender Sinn scheint auch den jungen verständigen Menschen, für den nach der Enthüllung der Verzicht auf seine Wünsche selbstverständlich war, mehr und mehr zur Auffälligkeit umzustimmen. Aber eine wichtige Wendung des Schlußaktes hilft über das peinliche Dilemma hinweg. Wie der Professor sich als Vater des angehenden Grafensohnes, entpuppt der alte Graf sich als Erzeuger des Professorenmaßels, und das Mädchen kann die Ringe ohne Skrupel tauschen. Brillant wurde der bärbeißig eigensinnige Professor von Marx, der robust gesunde uneheliche Proletariatssohn von Otto Gebühr dargestellt. Fräulein Somaß war reizend, soweit es die Vorheiten ihrer Rolle zuließen. H.

gut! links.) Wir wollen ein wirkliches Volksgesetz haben und in einem solchen darf es keine Mißhandlungen geben. (Lebhafter Beifall links.)

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen polemisiert zunächst gegen den Abg. Knopf und verteidigt dann den Ministererlass, der den Offizieren verbietet, sich mit Parlamentariern in Verbindung zu setzen. Wir wollen doch keine parteipolitischen Offiziere in der Armee haben. (Abg. Ledebour ruft: Die gibt es doch in schwerer Menge!) Ich habe doch auf das allermaßgebendste erklärt, daß ich völlig auf dem Standpunkt der Gleichberechtigung stehe. Ich habe ebenfalls erklärt und wiederhole es, daß ich es auf das entschiedenste mißbillige, wenn die Zurückverweisung jüdischer Aspiranten aus bewußtem oder unbewußtem Antisemitismus erfolgt. Ich leugne auch nicht, daß ein bewußter oder unbewußter Antisemitismus im Heere vorhanden ist. (Hört! hört! links.) Ich bedaure das, aber ich kann doch nichts dafür. Es ist klar, daß diejenigen, die im Volke vorhanden sind, auch auf die Armee abfärben müssen. (Sehr richtig! beiden Soz. — Heiterkeit.) An der Freiheit der Offizierkorps, sich selbst zu ernähren, darf nicht getüßelt werden im Interesse der Homogenität der Offizierkorps. Wenn die Grundzüge der Gleichberechtigung greifbar verlegt werden, wird Remede geschaffen. Die Hebung des Abgeordneten Schöpflin über die Mobilmachung gegen Unbekannt beweist nur, daß er von diesen Dingen nichts versteht. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Es ist einfach unsere Pflicht, und gegen Zukunft vorzubereiten. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Stelle mit der Immunität der Abgeordneten in dem Gesetz des General v. Wisting stand, bedauere ich; aber beachten muß man doch auch, daß unter den Juristen Zweifel darüber bestehen, ob der § 31 der Verfassung von der Strafhaft oder von der Präventivhaft spricht. (Hört! hört! links.) — Den Namen des Mannes, dem die Flugblätter übergeben werden sollten, will ich dem Abg. Schöpflin gern nennen; es ist der Erdarbeiter Ludwig Stell aus Weller. — Die Mißhandlungen in der Armee sind ja eine unangenehme Sache, und jeder Offizier ist bestrebt, sie einzuschränken, der Herr Abgeordnete brauchte mich an diese verdammte Pflicht und Schuldigkeit nicht zu erinnern. (Waboi! rechts.) Tatsächlich sind auch die Mißhandlungen ganz erheblich zurückgegangen. — Für die Vorbereitung der jungen Leute durch die Sozialdemokraten zum Militärdienst danken wir, sie begleiten die jungen Leute sehr wohl bis an die Kasernen und empfangen sie mit derselben Agitation. Zwei bis drei Jahre sanftionierte Freiheitsüberzeugung wird im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“ vom 8. Januar 1910 die Dienstzeit genannt. (Hört! hört! rechts.) Der Landtagsabgeordnete Liebknecht hat ja auch offen auf einem Parteitag zugeworfen: „Wir wollen dem Proletariat den Kasernendreck verschlecken.“ Kritik haben wir gern, denn sie fördert uns (Lachen bei den Sozialdemokraten), aber sie darf nicht verkehrt sein und das Vertrauen zwischen Offizieren und Mannschaften untergraben. Nach der sozialdemokratischen Kritik muß das Ausland unsere Armee ja für eine verlotterte Bande halten, und das kann ihren Respekt vor uns nicht stärken und trägt nicht zur Wahrung des Friedens bei.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Generalmajor Freiherr v. Salza und Richter: Bei den Mißhandlungen in 17. Ulanenregiment ist eingeschritten worden; der König selbst hat sich Verleht erlassen lassen. Mit den Unteroffizieren, die sich Mißhandlungen hatten zuzuschulden kommen lassen, ist die Kapitulation nicht erneuert worden. (Waboi! rechts.) Das ist wohl die härteste Strafe, welche sie treffen konnte. Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Generalleutnant v. Gessert: Der Abg. Schöpflin sprach von einem geistlichen Vorbereitungsdienst für Soldaten in einem bayerischen Regiment. Es handelte sich um Vorträge an junge Leute, die noch nicht militärisch verpflichtet waren, und zwar durch Jesuiten; ob es Jesuiten waren, weiß ich nicht; doch möchte ich es bezweifeln; so viel ich weiß, sind im Deutschen Reich solche nur ganz vorübergehend anwesend. (Große Heiterkeit.) Die Militärverwaltung hat mit der ganzen Sache weiter nichts zu tun, als daß sie, wie es auch bei anderen Vereinen, z. B. Turnvereinen geschieht, für die Teilnehmer an den Vorträgen Strohsäcke und wolene Decken hergegeben hat. (Stürm. Heiterkeit.)

Abg. v. Derken (Sp.): Ich weise es zurück, daß wir bei der Erzählung von Soldatenmißhandlungen gesagt haben, keine Partei verurteilt sie mehr als wir. Antisemit bin ich nicht, ein anständiger Jude ist mir ebenso lieb wie ein anständiger Christ. Aber ein Offizier muß eine gute Erziehung und Takt haben, und daran fehlt es bei Juden oft. Das erklärt sich aus ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung und wird mit der Zeit besser werden. — Sozialdemokraten dürfen auf keinen Fall Offiziere werden, und deshalb muß die Resolution der Volkspartei, die eine Durchscheidung aus politischen Gründen nicht will, abgelehnt werden. (Zustimmung rechts.)

Kriegsminister v. Heeringen bittet ebenfalls um Ablehnung der Resolution, die Begründung dafür sei in seinen früheren Reden enthalten.

Abg. Raab (Wirtsch. Bgg.) warnt vor der Vermischung von Ariern mit Juden, denn schließlich kommen da immer nur junge Juden heraus. Herr Schöpflin warf mir Schäftsinn vor. Ich lebe noch heute von meiner Arbeit; aber wie viele der Herren von der äußersten Linken sitzen nicht an der Portierkrippe. (Sehr gut! rechts.) Die Fortschrittspartei hat mir wohl dadurch ihre Mißachtung zum Ausdruck bringen wollen, daß sie mir Herrn Knopf entgegen schickte. (Zärmender Beifall bei den Antisemiten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der antisemitische Antrag auf der fortschrittlichen Resolution wird gegen die Antisemiten, die Resolution selbst gegen Fortschrittler, Sozialdemokraten und Nationalliberale abgelehnt. Das Gehalt des Kriegsministers wird bewilligt und die weitere Beratung des Militäretats auf Dienstag 1 Uhr vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Eine Bienenkundegebung der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter von Berlin und Umgegend.

Nizza 6000 Eisenbahnhandwerker und -arbeiter füllten am Sonntag den gewaltigen Raum der „Neuen Welt“. Auf der Tagesordnung stand das Thema: „Ausdrücke über das Resultat der letzten Lohnaufbesserung.“ Die Landtagsabgeordneten Ströbel, Kuhr und Runge waren erschienen. Auf die Anfrage eines der Vorstandmitglieder erklärte Ströbel, daß ihm eine Einladung nicht zugegangen sei, daß er aber Kenntnis von dem Stattfinden der Versammlung erhalten und es für seine Pflicht gehalten habe, zu erscheinen, um die Wünsche und Beschwerden der Eisenbahner kennen zu lernen. (Stürmischer Beifall.) — Schon während des Referats, welches das Mitglied Spanner, Berlin hielt, trat die tiefgreifende Erörterung, die auch in dieser Kategorie von Arbeitern Wurzel gefaßt hat, zutage. Unter stürmischen Beifallsäußerungen ging der Referent auf die Lage der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter und die erfolgte Lohnzulage ein. Die höchsten Löhne seien zwar aufgebessert, bei den Akkordlöhnen jedoch Verschlechterungen vorgenommen worden. Der Höchsthohn von 4 M. trete erst nach 15 Jahren Dienstzeit ein. Bei diesem Einkommen sei es nicht möglich, eine Familie zu ernähren. Redner betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß man bei den kommenden Wahlen diejenigen Volkswertreter wählen müsse, die jederzeit auch ein warmes Herz für die Staatsarbeiter gezeigt hätten. (Stürmischer Beifall.) Die nachfolgenden Redner ergänzten das Referat noch in mancher Hinsicht recht wirksam und förderten eine Unmenge von Wünschen und Tatsachen hervor, die es beargwünigen machen, daß selbst diesen Arbeitern endlich der Gebührende reißt. Als ein Redner erklärte, wenn bis jetzt die Sozialdemokraten unter der Kollegenchaft noch keinen Eingang gefunden hätten, so sei dies nicht dem Verdienst der Verwaltung zuzuschreiben, sondern dem Parteilosismus der Eisenbahnhandwerker, wurden lebhaft, vielstimmige Zwischenrufe laut, wie: „Na, na, warte mal erst ab bis zur Wahl!“

Der Redner fuhr dann fort: Die maßgebenden Personen hätten alle Mühe, diese patriotische Gesinnung aufrechtzuerhalten; die Verwaltung möge aber auch dafür sorgen, daß ihre Arbeiter nicht mit Weid und Hind zu hungern brauchen! (Lebhafter Zustimmung.)

Ein anderer Redner meinte: „Wir müssen unsere Frauen bewundern, die mit solchen Löhnen auskommen.“

Besonders wurde das in einzelnen Werkstätten betriebene Akkordsystem kritisiert und dessen Beseitigung verlangt. Die betreffenden Arbeiter wählten vorher niemals, was sie verdienen haben und seien auf Schöpfung und Mutmachung angewiesen. Ein fester Stundenlohn sei das einzige Mittel hiergegen. Desgleichen traten immer wieder lebhaft Klagen über das Antreiberystem zutage. Die Leute würden ausgepreßt bis zum äußersten. Eine Steigerung der Arbeitsleistung sei nicht mehr möglich, trotzdem werde beständig getriezt und angetrieben. Die Verarmung beständige diese Angaben durch losende Zustimmung. „Wir sehen es als eine Ehre an, fleißig und pflichtgetreu zu sein, aber wir wollen nicht fortwährend als Faulenzger hingestellt werden,“ rief ein Arbeiter aus.

Hierauf nahm Landtagsabgeordneter Pfarrer Runge das Wort: Ich habe mit großem Interesse Ihre Klagen und Forderungen vernommen. Wir Abgeordnete können gar nicht genug hören. Ich und meine Fraktionskollegen sind der Ansicht, daß wir uns assenthalten zeigen und auch das wir reden sollen. Meine Herren, Ihr höchster Chef, der Herr Minister, hat zum Ausdruck gebracht, daß er es nicht für wünschenswert halte, wenn wir Abgeordnete in die Versammlungen gehen. Wir sehen es aber als unsere Pflicht an, hinzugehen. Ich stehe täglich im Menschenleben und gerade mit den Arbeitern in engster Fühlung. Meiner Fraktion liegt es sehr am Herzen, daß Sie zu Ihrem Recht kommen. (Beifällige Zurufe aus der Versammlung: Na, na! Beweise! Beweise!) Meine Herren, ich scheine bei Ihnen auf Zweifel zu stoßen. Als aber ein Fraktionskollege von mir, bei einer Rede für die Staatsarbeiter eine scharfe Kritik anlegte, wurde von konservativer Seite erklärt, daß das zu scharf gewesen wäre. (Stürmische Heiterkeit.) Ja, meine Herren, es wurde mir hier soeben gesagt, gerade die Konservativen hätten sich Ihrer sehr warm angenommen. (Wunderndes Hochgelächter.) Ich habe mich in der betreffenden Debatte über den Eisenbahnetat zweimal um Worte gemeldet, sogar 3 Tage zuvor, ich konnte aber nicht aufkommen gegen „Schwarzblau“, genau so erging es dem Abgeordneten Leinert, der vor mir auf der Liste stand. Aber es kommt ja noch die dritte Lesung, dann werde ich Ihre Zweifel beseitigen. (Lebhaftige Zurufe: „Aber Wort halten!“) Ein Notstand ist vorhanden und Abhilfe nötig. Aber ein Streikrecht kann es nicht geben, die Gefahr wäre zu groß. Meine Herren, denken Sie an Paris! (Stürmische Unterbrechungen: Mehr, mehr Geld, bessere Löhne! Wir haben genug gebungert!) Meine Herren, Gerechtigkeit muß sein; die Härten müssen beseitigt, die Akkordlöhne revidiert... (Allseitige Unterbrechungen: Nein, weg, ganz weg, nicht revidieren!) Na, dann muß die Akkordarbeit eben beseitigt werden. Ich werde Wort halten. (Großer Beifall.)

Der nächste Redner klagte bitter über die Verhältnisse im Bahnunterhaltungsbezirk, wo die Arbeiter allen Unbilden der Witterung ausgesetzt seien und die noch mehr hungern müßten wie ihre Kollegen in den anderen Betrieben. Die Nachtarbeit müsse höher vergütet werden.

Das Referat, sowie die Diskussionreden haben übereinstimmend ergeben, daß tatsächlich Löhne von 26 bis 28 Pfennig (!) die Stunde vorherrschen. Ein Arbeiter, der 3 Jahre dort beschäftigt ist, und mit 25 Pf. anfing, kam dann auf 27 Pf. und jetzt durch die erfolgte Zulage auf 28 Pf. Große Wutstimmung herrscht auch über die ungleiche Verteilung der Zulage. Besonders böses Blut hat der Umstand hervorgerufen, daß die Vorgesetzten (sogenannte Schieber), die schon 6-7 M. pro Tag hatten, noch 2 Pf. die Stunde zugelegt erhielten, diemeil die am schlechtesten Entlohnten leer ausgingen.

Inzwischen mehrten sich die Ströbel, der sich zwar vorgebeugt, aber noch nicht das Wort ergriffen hatte, solle sprechen. Vergebens wies der Vorsitzende darauf hin, daß noch andere Redner eingezeichnet wären und der Saal um 2 Uhr geräumt werden müsse. Die Versammlung forderte unter großer Erregung, Ströbel solle reden. „Wenn Ströbel nicht spricht, verlassen wir alle den Saal!“ rief es von allen Seiten. Run erhub sich Ströbel, von draußendem Jubel begrüßt und hielt eine kurze Ansprache. Er führte aus: Ich habe mich absichtlich nicht zum Worte gemeldet, weil mir von seiten des Vorstandes nahegelegt worden war, nicht zu sprechen, um die Veranstaltung nicht zu diskreditieren, eine Befürchtung, die bei der bekannten Stellungnahme der Regierung immerhin einen Schein von Berechtigung hat. Dies der Grund, warum ich nicht zum Worte gemeldet habe. Zu sagen hätte ich sehr viel, doch setze ich voraus, daß Sie die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage verfolgt haben. (Stürmische, allseitige Zustimmung.) Versicherungen und Versprechungen brauche ich Ihnen deshalb nicht zu geben, da wir allezeit mit ganzer Kraft für Ihre Interessen eingetreten sind und auch weiter ebenso eintreten werden! Diesen Worten folgte ein Sturm des Beifalls, der sich erst nach und nach wieder legte.

Wegen den Verhandlungsmodus Heißner, der am dem Tage außerhalb Berlins weilte, aber von vornherein gegen die Veranstaltung war, machte sich ein starker Rißmut geltend. Rufe, wie: „Wo ist er denn? Wäre er nur hier, wir würden ihm den Kopf schon gehörig waschen!“ wurden allenthalben laut.

Balentin, vom Telegraphenarbeiterbund, der in Vertretung Heißners erschienen war, kam nicht mehr zu Worte.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute, am 28. Februar, in der „Neuen Welt“ versammelten circa 6000 Eisenbahnhandwerker und -arbeiter sprechen, angesichts der zunehmenden Verteuerung aller Lebensbedingungen, ihr größtes Bedauern über die Enttäuschung aus, die die mit so großer Hoffnung erwartete Lohnzulage gebracht hat. Die wirtschaftlich am schlechtestgestellten Handwerker, Oberbau- und Betriebsarbeiter, die in dem Alter stehen, in welchem die höchsten Anforderungen bei Gründung eines eigenen Haushalts gestellt werden, die zum Teil mit einer starken Familie belastet sind, wurden bei der Lohnaufbesserung wenig oder gar nicht berücksichtigt. Viele dieser Arbeiter sind vielmehr durch Herabsetzung des Akkordprozentsatzes erheblich geschädigt worden. Die Versammlung spricht zugleich die bestimmte Erwartung aus, daß diese von den Dienststellen vorgenommenen Maßnahmen bei der sehr verprochenen Lohnregelung nunmehr durch ein recht baldiges und schnelleres Aufsteigen in die höheren Lohnsätze, unter Vermeidung aller Ausnahmen und Ungleichheiten, beseitigt wird.“

Aus der Frauenbewegung.

Feindschaft zwischen der Frau und der Reaktion.

Von der Lebensmittelverteilung, von der indirekten Steuer wird die Frau härter getroffen als der Mann. Als Arbeiterin muß sie bei schlechterer Entlohnung die gleichen Lasten tragen; als Hausfrau und Mutter soll sie, trotz Verteuerung fast aller zur Haushaltung erforderlichen Artikel, mit dem gleichen oder nur unbedeutend erhöhten Einkommen den Tisch wie bisher decken, die Kinder nicht schlechter leiden, sie soll es an nichts mangeln lassen. Die Quelle der gehäuften Qualen der Frau ist die Politik, die Befehlsgebung. Aber obwohl man dem weiblichen Geschlecht alle Staatsbürgerpflichten aufbürdet, hält man es von der Mitwirkung an der Befehlsgebung und der Verwaltung des Staates fern. Die Frau ist rechtlos als Staatsbürgerin und in der Gemeinde! Solcher Zustand muß ändern, die Objekte der Ungerechtigkeit zu bewußten Feinden der Regierungsklasse machen.

Die indirekten Steuern, der tägliche Raub an jedem Wissen Brot, geben der aufgklärten Frau reichlich Gelegenheit, ihre noch in Indifferenz lebenden Arbeitsgenossinnen aufzurütteln. Wie dem Volke die Lebenshaltung verteuert wird, dafür einige Angaben. Es betragen die indirekten Steuern für je ein Kilogramm Roggenbrot 5,8 Pf., Weizenbrot 6,4 Pf., Speck 36 Pf., Schmalz 10 Pf., Butter 20 Pf., Margarine 20 Pf., Käse 15 Pf., Reis 4 Pf., Zucker

12 Pf., Kaffee (roh) 80 Pf., (gebrannt) 80 Pf., Tee 100 Pf., Salz 12 Pf., 1 Liter Bier 4 1/2 Pf., Branntwein 47 Pf., Petroleum 8 Pf., 1 Zigarre (zu 5 Pf.) 1 Pf., 10 Zigaretten (zu 2 1/2 Pf.) 3 Pf., usw. Alle direkten und indirekten Steuern zusammen ergeben pro Kopf der Bevölkerung das Stümmchen von 94 M. Auf eine Durchschnittsfamilie (4,7 Personen in Deutschland) entfallen daher pro Jahr an direkten und indirekten Steuern rund 442 M. Natürlich ist nicht jede Familie gleichmäßig belastet. Im Verhältnis zu ihrem Einkommen tragen jedoch die Arbeiterfamilien am schwersten, da ihnen ein weit größerer Teil des Gesamteinkommens durch die indirekten Steuern verloren geht, als den Wohlhabenden, den Familien mit hohem Einkommen. Und wozu dienen in der Hauptsache die dem Volke abgeprehten Millionen? Zur Speisung des Molochs Militarismus! Für Heer und Marine werden nämlich für das Jahr 1911 gefordert: für das Reichsheer 615,7, für die Marine 458,3, für Pensionen 153,8, für Verzinsung der Schuld 280,2, für die Kolonien 61,8, insgesamt 1769,6 Millionen Mark.

Dem gegenüber steht eine wirkliche Einnahme von: 1. Zöllen, Steuern und Gebühren 1482,8, 2. Abfindungen 46,2, 3. Verschiedene Verwaltungen 54,2, 4. Ueberschuß der Postverwaltung 71,8, 5. Ueberschuß der Reichseisenbahnen 18,8, 6. Ueberschuß der Reichsdruckerei 3,7, 7. Ueberschuß der Reichsbank 15,8, insgesamt 1692,4 Millionen Mark.

Also 1692,4 Millionen Mark Einnahmen, stehen 1769,6 Millionen Mark Ausgaben für den Militarismus gegenüber. Trotz der sogenannten Finanzreform ein ungeheures Defizit! Obwohl der Schnapsblock die arbeitenden Massen in unerhörter Weise durch indirekte Steuern gebrandschatzt hat, bleibt es bei der alten Schuldenwirtschaft. Und wer ist für diese Politik verantwortlich? Natürlich die Regierung! Diese ist aber nur das Instrument der volksfeindlichen Parteigruppen, als da sind: Konserervative, Nationalliberale, Freisinn und vor allem das Zentrum. Die letztere Partei ist die allergefährlichste. Sie predigt den irreführenden Arbeitern eine Weltanschauung, die sie zwingt, sich ausplündern und unterdrücken zu lassen, weil das dem Willen eines Gottes entspreche. Das ist das schlimmste, das gemeinste Verbrechen am Volke, das man systematisch in Dummheit erhält, das man von jeder Aufklärung fernhält. Wie es mit der Volksfeindschaft der Ultramontanen, wie es mit deren Erziehungsfolgen aussieht, dort wo sie das Nest in Händen haben, davon kann man in Obersachsen eine Vorstellung gewinnen. Hier, wo menschenunwürdige Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse den Mann in die Schenke treiben, spielt der Alkohol schon für das Kind im frühesten Alter eine unheimliche Rolle. Es ist keine Seltenheit, daß Mütter ihren Kindern Alkohol mit heißem Wasser verdünnen, als Morgengetränk vorsehen! Wie solche Mütter der Schreiberin dieses sagten, geschah das, weil dieser Kranz billiger sei als Milch oder Kaffee! Soweit hat das ultramontane Verdummungssystem es gebracht.

Offentlich wird der Frauentag am 19. März d. J. so kräftig aufreißend wirken, daß nicht nur die Frauen in den weniger rückständigen Gegenden aufgemuntert werden, daß der Wellenschlag seiner Agitation und Aufklärung vielmehr auch bis in die dunkelsten Ecken der schwarzen Domänen dringt.

Gaben wir überall die Frau gewonnen, dann ist es trotz der Rechtslosigkeit des weiblichen Geschlechts mit der geistigen und materiellen Unterdrückung des Volkes vorbei. Darum: Ruf zum Frauentag!

Leiseabend.
Börsendorf (Wannseebahn). Mittwoch, den 1. März, 8 Uhr, bei Midler, Potsdamer Straße: Vortrag der Genossin Frau Reichert-Berlin über „Die Geschichte der Verfassung“.

Versammlungen — Veranstaltungen.
Brieg-Buskow. Dienstag, den 28. Februar, 1/2 9 Uhr, im Lokal des Herrn S. Domnid, Chausseestr. 92: Frauen-Versammlung. Vortrag der Genossin Frau R. Demming über „Der Wahllampf und die Frauen“.

Gerichts-Zeitung.

Vorteil der Verurteilung.

Eine sehr empfindliche Strafe hatte das Schöffengericht am 24. Oktober über den Ingenieur Wilhelm Keil verhängt, der wegen Betruges zur Verantwortung gezogen worden war. Im August 1908 gründete er mit dem Ingenieur Schürhoff unter der Firma Schürhoff u. Keil ein Geschäft zwecks Ausnutzung von Patenten. Keil, der angeblich ein Vermögen von 30 000 M. besaß, sollte das Geld, Schürhoff aber die zu verwertenden Patente einbringen. Es kam aber sehr bald zu Differenzen zwischen beiden und im Juni 1909 schickte Herr Schürhoff dem Angeklagten einen Brief mit der Mitteilung, daß er mit ihm nichts mehr zu tun haben wolle und die Firma für aufgelöst erachte. Keil antwortete, daß er damit einverstanden sei und ließ auch Zirkulare drucken, welche die Kundenschaft von der Auflösung der Firma in Kenntnis setzen sollten. Ehe dies geschah, trat er an seinen bisherigen Sozios heran und suchte ihn zu bewegen, die Firma doch neu entstehen zu lassen, wobei er die Versicherung abgab, daß er ein Wertpapier über 15 000 M. auf einer Bank deponiert habe. Herr Schürhoff erklärte sich im Prinzip nicht abgeneigt, unter der Voraussetzung, daß der Angeklagte gewisse Bedingungen erfüllen könnte. Inzwischen gelang es dem Angeklagten, den Kaufmann Schwidob zum Abschluß eines notariellen Vertrages zu bestimmen, dessen Inhalt demnach durch die falsche Angabe erreicht haben soll, daß er vertretungsberechtigter Inhaber der Firma Schürhoff u. Keil sei. Nach dem Vertrage wurde dem Angeklagten ein unverzinsliches Darlehen von 4000 M. gewährt und Herr Schwidob als Entschädigung ein kleiner Anteil von dem Bruttoertragnis aus der Verwertung der Patente zugesprochen. Als der Angeklagte seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkam, ging Herr Schwidob Klage gegen ihn vor, er erreichte auch ein obliegendes Urteil, zu einer Vollstreckung desselben kam es aber nicht, da der Angeklagte den Offenbarungsbeid geleistet hatte. Auf eine erhaltene Strafanzeige wurde sodann das Strafverfahren eingeleitet, in welchem das Schöffengericht Berlin-Tempelhof den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilte. Wegen des Urteils legte der Angeklagte Berufung ein, die gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II verhandelt wurde. Wegen die tatsächlichen Feststellungen des Schöffengerichts kämpfte Rechtsanwalt Dr. Donner mit dem Aufgebote mehrerer Entlastungszeugen an und beantragte die Freisprechung unter Verweisung der verchiedenen etwas verzwickten zivilrechtlichen Momente. Der Staatsanwalt beantragte Verweisung der Berufung. — Das Gericht hielt die Sache für nicht genügend aufgeklärt, hob das erste Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Diebstähle auf Kirchhöfen.

Der vielfach vorbestrafte Robert Waberste stand wegen späteren Diebstahls vor der Strafkammer des Landgerichts II. Er verfiel auf den Gedanken, den Kirchhöfen Besuche abzugeben und dort Diebstähle auszuführen. Am 11. Januar ließ er sich auf dem Luisenkirchhof in Rixdorf nach Schluß der Besuchzeit einschließen und braubte ein Grabgitter aus den bronzenen Ketten im Werte von 200 M. Von diesem Kirchhofe aus gelangte er durch Ueberklettern einer Mauer auf den daneben gelegenen St. Michael-Kirchhof und hier stahl er gleichfalls Ketten im Werte von etwa 200 M. Am 14. Januar ließ er sich wieder auf dem alten Jakobkirchhof einschließen und wartete dort die Dunkelheit ab. Hier hatte er schon 6 Ketten und kupferne Sterne im Werte von 1000 M. von den Grabgittern entfernt und war gerade dabei, über den Zaun zu klettern, um sich mit seiner Beute zu entfernen, als er von einem Vorarbeiter gefaßt wurde. Er war gefählig. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehr-

2 billige Pelerinen-Angebote

Loden-Pelerinen

für Herren, Damen, Knaben und Mädchen

Pos. 1: Grau oder grünlicher imprägnierter Strichloden, vorzüglich im Tragen

Längen: 70 80 90 cm

Preis: 4.50 Mk.

Längen: 100 110 cm

Preis: 6.— Mk.

Längen: 120. 125. 130 cm

Preis: 7.50 Mk.

Pos. 2: Grau, olive oder grünlicher Strichloden, „Imprägniert“ unverwüstlich. „SPEZIAL-MARKE“

Längen: 70 80 90 cm

Preis: 7.50 Mk.

Längen: 100 110 cm

Preis: 10.— Mk.

Längen: 120. 125. 130 cm

Preis: 13.25 Mk.



Englische Regenmäntel

Große Partien modern. Gummimäntel direkt aus England importiert 36.— 22.50 18.— 11 Mk.

BaerSohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30



11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Straße 20



Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Pelz-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Wiederverkäufer * Kantinen.

Zu Engrospreisen liefern wir unsere alten reellen Zigarrenfabrikate, weißer Brand und vorzügliche Qualitäten, so daß Umsatzvergrößerung gesichert.

Sport Regalia MILL. 46 M.

Für 5 Pf.-Verkauf 1000 Stück 33 bis 35 M. | Für 7 1/2 Pf.-Verkauf 1000 Stück 48 bis 50 M.
Für 6 Pf.-Verkauf 1000 Stück 40 bis 42 M. | Für 10 Pf.-Verkauf 1000 Stück 60 bis 65 M.
Einzelne Musterkisten zum Engrospreis. Bei 1000 Stück auch sortiert 5 Prozent Rabatt.
Postversand nur per Nachnahme.

Krause & Sachs, Zigarren-Fabrik-Lager und Import.
Berlin, Krausenstraße 30 * Hamburg, Stadthausbrücke 3.



Erstklassige
Herrengarderobe
nur nach Maß
anerkannt best. Aus-
führung, garantiert
tadellos. Eig. liefert
auf Teilzahlung
zu Kassapreisen
monatlich 10 M.,
wöchentlich 2,50 M.

Martin Katz,
Schneidemeister,
76 Dresdener Straße 76
nahe Thalia-Theater.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Sanjeztrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Greit-Apothek., Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek., Stuttgarter: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Die reellsten und billigsten

Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Selowsky - Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!



Conrad Tack & Cie.

Schuhfabrik :: Burg b. Magdeburg

Unsere erste Konfirmanten-Woche

vom 1. bis 8. März inklusive

bietet eine neue und aussergewöhnliche Gelegenheit zu hervorragend preiswertem Einkauf.



Herabgesetzte Preise.

Elegantes Schuhwerk für junge Mädchen:

Schnürstiefel:

f. Chromleder, Lackkappen, Derbyschnitt, Randsohle, genäht Gr. 36-40 5⁹⁰

f. Boxleder, Randsohle, genäht . Gr. 36-40 4⁹⁰

Ia Chevreau mit Lackkappe, Randsohle, genäht, bequeme, niedrige Absätze Gr. 36-38 7⁹⁰

Herabgesetzte Preise.

Elegantes Schuhwerk für Jünglinge:

Schnürstiefel:

f. Chromleder, mit u. ohne Lackkappen, Randsohle, genäht Gr. 39-42 6⁴⁵

Ia Boxkallleder, mit u. ohne Lackkappen, Randsohle, genäht Gr. 38-40 8⁴⁵

Knopfstiefel, echt Chevreau, Lackkappe, Randsohle, genäht Gr. 40-45 7⁹⁰



125 eigene Filialen. Davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (im Tellhaus)
C., Rosenthalerstraße 14
W., Potsdamerstraße 50
W., Schillstraße 16
NW., Turmstraße 41
NW., Wilsnackerstraße 22

NW., Beusselstraße 29
N., Friedrichstraße 127
N., Müllerstraße 3
N., Reinickendorferstraße 23
N., Brunnenstraße nur 37

N., Danzigerstraße 1
O., Andreasstraße 50
O., Frankfurter Allee 125
SO., Oranienstraße 32
SO., Oranienstraße 2a

SO., Wrangelstraße 49
SW., Friedrichstraße 240-241
Charlottenburg: nur Wilmersdorfer-
straße 122-23
Rixdorf: Bergstraße 30-31
Potsdam: Brandenburgerstraße 54

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins

tagte am Sonntag in Kellers Saal. Nach Eröffnung der Versammlung nahm der Vorsitzende Eugen Ernst das Wort zur Erstattung des Halbjahresberichtes.

Das Jahr 1910 hat in die Reihen der Berliner Parteigenossen sich merkwürdige Lücken gerissen. Neben Hunderten von Genossen, die ungekannt und ungenannt ihr Leben lang ihre Pflichten in der Partei taten, hat der Tod auch eine Reihe bekannter Genossen hingerissen. Ich erinnere an die Genossen Basewitz, Rajchke, Siegerist, Bernhard Jost, Männer, die jahrzehntelang die Verfolgungen durch unsere Gegner bitter zu kosten und allen Gefahren im Dienste der Partei trohten. Ihre Andenken. (Die Versammlung hatte sich während dieser Ausführungen erhoben.)

Zu Anfang dieses Jahres wurden der Partei durch den Tod auf neue schwere Wunden geschlagen. Anfang Januar starb die Genossin Emma Jhrer, die unsere Ideen schon verfocht, als unsere Zahl noch klein war. Sie trat namentlich für die Gleichberechtigung der Frauen ein zu einer Zeit, wo die bürgerlichen Weltblätter Spott und Hohn über die „Emanzipation“ ausgoßen. Manche ungerechten Angriffe hat sie ertragen, um die Rechte der Frauen im Kampf gegen Antisemitismus und Unterdrückung zu verteidigen. Kurze Zeit nach dem Tode Emma Jhrers verloren wir den Genossen Voigt, einen alten Kämpfer im vierten Wahlkreis. Dann aber holte der Tod zu einem Schläge aus, der nicht nur die Arbeiterschaft Berlins, sondern das Proletariat der ganzen Welt traf. Am 31. Januar starb der Genosse Paul Singer. Was Paul Singer und gewesen ist, brauche ich nicht erst zu sagen. Sein Andenken ist eingetragener in unser aller Herzen und lebt unvergänglich fort in unserem Gedächtnis. Paul Singers Name ist unzertrennlich verknüpft mit der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Von allen Verdiensten, die er sich um die Partei erworben hat, hebe ich nur hervor, daß er in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes und des „Berliner Volksblatt“ schuf und damit eine Waffe im Kampf, ein Mittel zur Verbreitung von Aufklärung gab. Aber auch in vielen anderen Fällen hat er der Partei große Opfer gebracht und die Tränen Rufeibender getrocknet. Was ihn aber besonders auszeichnete: Er blieb bis an sein Ende der einfache schlichte Mann, der allen Gefahren trotzte, daß und Verfolgung der Gegner auf sich nahm. Wir können ihm unseren Dank nicht besser abtun als dadurch, daß wir, wie es dem Charakter des Verstorbenen entspricht, rastlos für die Partei kämpfen und mit der ganzen Blut unserer Seele eintreten für das entrechtete und geknechtete Proletariat. — Ich konstatiere, daß Sie sich zum Zeichen der Verehrung von den Plätzen erhoben haben.

Nun komme ich zu dem geschäftlichen Teil des Berichtes. Was dem letzten Halbjahr das eigentliche politische Gepräge gab, das war das Verlangen, Abrechnung zu halten mit dem schwarz-blauen Blod. Unter diesem Gesichtspunkt wurden die kleineren Kämpfe im Herbst 1910 ausgefochten. — Am 30. August hielten wir 35 Versammlungen ab. Sie waren alle überfüllt und legten Protest ein gegen das volksverwundende Verhalten der Regierung zu der drückenden Pleißnot. Gleichzeitig nahmen die Versammlungen Stellung zu der Königsberger Kaiserrede, die neben der Betonung des Gottesgnadentums den Frauen den Rat gab, sich von der Politik fernzuhalten, ein Rat, der selbst in bürgerlichen Kreisen Widerspruch fand. — Am 8. Oktober wurde im vierten Landtagswahlkreis die Ersatzwahl der Wahlmänner vollzogen mit dem Erfolge, daß bei der Hauptwahl am 8. November für unsere Partei 13 Stimmen mehr abgegeben wurden als bei der vorigen Wahl. Wir haben Protest gegen die Wahl eingelegt, der anscheinend Erfolg haben wird, denn wir führen uns hier auf dieselben Gründe, mit denen die Freistimmen seinerzeit die Ungültigkeitserklärung unserer vier Berliner Landtagsmandate durchsetzten, nämlich, daß der Magistrat bei Aufstellung der Wählerlisten einen Formfehler gemacht hat. Wir erwarten also einen neuen Wahlkampf im vierten Landtagswahlkreis. Wir hoffen aber auch, daß es uns bei den nächsten allgemeinen Landtagswahlen gelingen wird, unsere Fraktion um die Stärke zu bringen, daß sie selbst unter der neuen Geschäftsordnung zu den Kommissionen zugelassen werden muß.

Am 11. November fanden die Gewerbetagswahlen der Arbeitgeber statt. Unsere Stimmen stiegen um 137, die der Gegner nahmen um 1854 ab. Von 70 Mandaten erhielten die Gegner 49, wir 21. Am 18. November wurden die Beisitzer der Arbeitnehmer gewählt. Unser Stimmengewinn betrug 6800, von 68 Mandaten erhielten wir 64. Ein achtunggebietender Erfolg.

Am 4. Dezember hielten wir eine außerordentliche Generalversammlung ab, welche mit 642 gegen 49 Stimmen die Erhöhung des Beitrages auf 40 Pf. beschloß. — Am 18. Dezember nahm eine Konferenz der Gemeindevorsteher Groß-Berlins Stellung zur Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsvermittlung. Das von der eingesehten Kommission vorgeschlagene Statut wurde mit wenigen Änderungen angenommen. Am 15. Januar fand wieder eine Gemeindevorsteherkonferenz statt. Sie nahm eine Resolution an zu dem Gesetzentwurf über kommunale Zwangs-gewerbetände.

Am 18. November wurden 884 000 Flugblätter verbreitet, die zum Eintritt in die Organisation aufforderten. Es muß von dieser Stelle aus gesagt werden, daß es Pflicht der Parteigenossen ist, sich an den Verbreitungen von Flugblättern zahlreicher zu beteiligen als es in letzter Zeit geschehen ist. Jeder muß bedenken, daß die Arbeit um so schneller und leichter erledigt wird, je härter sich die Genossen daran beteiligen. — Einem Wunsch der polnisch sprechenden Genossen sind wir dadurch nachgekommen, daß wir das Flugblatt des Genossen Dąziński: „Gepräche über den Sozialismus“, den Kreis in genügender Anzahl zum Zweck der Agitation unter den polnisch sprechenden Genossen zur Verfügung stellten.

Von der Abhaltung von Vortragskursen durch den Zentralvorstand nahmen wir Abstand. Diese Aufgabe wurde den Kreisen zugewiesen und mit gutem Erfolge erfüllt. — Unter Leitung der Genossen Zich lehen wir Unterrichtskurse für Parteigenossinnen abhalten, um diese heranzubilden für die Leitung der Lesende der Frauen und zum Halten kleiner Vorträge. Die lebhafteste Beteiligung an diesen Kursen ist ein ehrendes Zeugnis für den Bildungstrieb, von dem unsere Parteigenossinnen erfüllt sind. — Am 7. Dezember hielt Genosse Zich vor den weiblichen Funktionärinnen einen Vortrag, der hauptsächlich darlegte, auf welchen Gebieten sich die Frauen in der Kommunalverwaltung beteiligen können. — Im Dezember und Januar beschäftigten wir uns mit Beratungen über den Raifonds, der heute als besonderer Punkt auf unserer Tagesordnung steht.

Von gerichtlichen Verfolgungen blieb unsere Partei auch in diesem Halbjahr nicht verschont. Bei unseren Demonstrationen hat die Polizei bemerkt, daß die Parteigenossen keine Hefte hatten und wieder daraus sangen. Die kleinen Niederbühler wurden mit Beschlag belegt und Genosse Böcke als Herausgeber derselben zu einer Geldstrafe von 120 M. verurteilt. Der Erfolg dieser Polizeität muß der sein, daß die Genossen die wieder auswendig lernen, damit sie ohne Einsicht in die Hefte gesungen werden können. Das wird unsere Demonstrationen noch imponierender gestalten. — Einen wahren Herzensabbai führten die Reaktionen auf aus Anlaß der belanglosen Reibereien, die sich an den Streik der Kupferischen Arbeiter knüpften. Eine mobilorganisierte Hege wurde von den Scharmachern ins Werk gesetzt, um mit allen Mitteln Stimmung zu machen gegen unsere Organisationen.

Nedner gibt eine eingehende Darstellung der Koalitioner Verhältnisse.

Anlaßlich des Streiks der Schlächter bei Morgenstern auf dem Wedding haben wir darauf hingewiesen und möchten den Hinweis bei dieser Gelegenheit wiederholen, daß für die Verhängung eines Boykotts die vorherige Zustimmung der Partei und Gewerkschaftsinstanzen erforderlich ist. Es ist unbedingt notwendig, daß die Stellen, welche die Verantwortung für die Folgen zu tragen haben, auch über die Verhängung des Boykotts beschließen.

Die Geschäfte des Verbandes im letzten Halbjahr wurden erledigt in 3 Generalversammlungen, 8 Sitzungen des Zentralvorstandes, 8 Sitzungen des Aktionsauschusses, 24 Sitzungen mit anderen Körperschaften und zahlreichen Besprechungen. 251 Referenten wurden vermittelt. Die Zahl der Eingänge betrug 2209, der Ausgänge 5222. Das Mitteilungsblatt erscheint in einer Auflage von 5000.

Die Agitationskommission veranfaltete am 11. September die Provinzialkonferenz, welche zeigte, daß unsere Ideen auch in der Provinz feste Wurzeln gefaßt haben. Wir haben in der Provinz Brandenburg 21 000 männliche und 2300 weibliche Mitglieder. Ein Erfolg, der uns alle freut, war die Wahl des Genossen Faber im Wahlkreis Frankfurt-Rebus. An Agitationsmaterial wurden verbreitet 42 000 Exemplare der „Kadet“, 6200 Kalender für Schiffer, 7750 Kalender in polnischer Sprache, 310 000 Kalender „Märkischer Landbote“. Alle Kalender wurden gern angenommen und gern gelesen.

Die Preßkommission hatte einige Beschwerden sowie den Ansehlich des gesamten Expeditionswesens an die Expedition zu erledigen. Die Antragsgründerinnen bekommen jetzt 23,50 M. pro hundert Exemplare. Der „Vorwärts“ hat über 160 000 Abonnenten. Die Zahl ist immerhin noch klein im Verhältnis zur Zahl unserer Anhänger. Für weitere Verbreitung des „Vorwärts“ zu sorgen ist Ehrenpflicht jedes Parteigenossen.

Die Ainderschulskommission hatte vollauf zu tun, um den trafensten Fällen von Ainderausbeutung entgegenzutreten. Geklagt wird darüber, daß viele Lehrer der Ainderausbeutung gleichgültig gegenübersehen. Um das Interesse weiter Kreise für die Verbreitungen der Ainderschulskommission zu wecken, wurden am 27. November 885 000 Flugblätter verbreitet und zwei Tage später 23 Versammlungen abgehalten, wo zum erstenmal nur Frauen referierten. Ein Beweis, daß die Aufklärung der Frauen gute Fortschritte gemacht hat.

Im letzten Halbjahr wurde in der Frankfurter Straße das zweite Jugendheim eröffnet, eine Stätte der Bildung und Erziehung der Arbeiterjugend. Wie die Arbeiterbewegung im allgemeinen, so wird auch die proletarische Jugend in verstärktem Maße verfolgt und drangsalirt. Im Oktober hat das Oberverwaltungsgericht die freie Jugendorganisation Berlins für einen politischen Verein erklärt. Dann folgte im November die polizeiliche Auflösung der Jugendorganisation in Lichtenberg, im Dezember in Nordorf-Brich usw. Ja, sogar der Jugendausschuh für Groß-Berlin ist vom Polizeipräsidenten für einen politischen Verein erklärt worden. Gegen diese Verfügung ist natürlich Klage erhoben, die noch schwebt. — Die Regierung fordert jetzt eine Million zur Bildung eines Reptilienfonds gegen die Aufklärung der Jugend. Wir werden dafür sorgen, daß die Arbeiterjugend erzogen wird zu Menschen, die frei sind von Knechtsinn und die in reiferem Alter treue Soldaten im Freiheitskampfe des Proletariats werden.

Rassenbericht. gab Genosse Böcke. Es betragen die Einnahmen. Monatsbeiträge der Kreise 50 150,— M. Beitragsmarken für Männer 48 550,— „ für Frauen 7 857,— „ Eintrittsmarken 1 600,— „ Sonstige Einnahmen aus den Kreisen 69 714,21 „ Summa 177 871,21 M.

Ausgaben. An den Parteivorstand 74 000,— M. die Agitationskommission 7 600,— „ Preßkommission 150,— „ Lokalkommission 50,— „ Kommunale Verwaltung 5 580,15 „ für Bildungszwecke 5 000,25 „ Allgemeines 4 685,34 „ Drucksachen 20 667,21 „ Rechtschutz 13 779,45 „ Verwaltung 4 504,43 „ Summa 138 026,83 M.

Bilanz. Bestand am 1. Juli 1910 31 611,67 M. Einnahme 177 871,21 „ Ausgabe 209 482,88 M. Bestand 138 026,83 M. Ausgabe 78 456,08 M.

Der Bestand ist durch Ausgaben in letzter Zeit etwas zusammengefallen, doch wird das nächste Halbjahr infolge der Beitragserhöhung größere Einnahmen bringen. Hierauf wird die

Diskussion

eröffnet.

Piel stellt und begründet folgenden Antrag: Die Generalversammlung hält in Anbetracht der systematischen Unterdrückung der Jugendorganisationen durch die Behörden die Errichtung von Jugendheimen für dringend erforderlich und beauftragt den Zentralvorstand, besondere Mittel für diesen Zweck dem Jugendausschuh zur Verfügung zu stellen.

Mehrere Nedner bezeichnen den Antrag als unannehmbar. Sie betonen, sie seien nicht etwa der Meinung, daß bereits genug getan sei für die Jugend, aber die Mittel, welche der Zentralvorstand zu gewähren habe, sollten der Jugendbewegung dienen. Die Errichtung von Jugendheimen sei Aufgabe des Vereins „Arbeiterjugendheim“, der ja gerade zu diesem Zweck gegründet sei.

Ernst wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß an der Tätigkeit des Vorstandes keine Anstellungen gemacht worden seien. Eine Unterdrückung der Jugendheimen durch Verbotsmittel sei nicht möglich. Es sei schon bei Gründung des Vereins „Arbeiterjugendheim“ davon Abstand genommen, den Verein als Unterabteilung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine zu errichten, damit nicht verjagt werden könne, mit Hinweis auf diese Verbindung die Jugendheimen zu schließen. Der Verein sei deshalb ein vollkommen selbständiger. Wenn die Mittel des Vereins für die Zwecke der Jugendheimen nicht ausreichten, so seien diese durch den Verein selbst zu beschaffen, aber nicht nur selber Mitglied des Vereins werden, sondern auch dafür sorgen, daß dem Verein immer neue Mitglieder und dadurch größere Mittel zur Erreichung seiner Zwecke zugeführt werden.

Auf Antrag der Revisoren wird der Kassierer einstimmig entlastet. — Der Antrag Piel wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Hierauf folgt die

Beratung der vorliegenden Anträge.

Berlin IV und Niederbarnim beantragen: Groß-Berlin möge auf das Erscheinen einer Montags-Abendausgabe des „Vorwärts“ hintwirken, insbesondere während der Reichstagswahlperiode.

Rubig (Niederbarnim) begründet den Antrag. Da den seit Jahren wiederkehrenden Anträgen auf Verbilligung des „Vorwärts“ nicht stattgegeben werde, so solle den Genossen ein Montagsblatt geboten werden, um dem „Vorwärts“ auf diese Weise die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung zu geben. Die Parteigenossen, in deren Auftrage der Nedner spricht, verkennen nicht die Schwierigkeiten, die der Herausgabe eines Montagsblattes entgegenstehen, darum wünschen sie die Herausgabe nur für die Zeit des Wahlkampfes, gewissermaßen in Form eines erweiterten Flugblattes.

Weis: Zentralvorstand und Preßkommission haben zu dem Antrage Stellung genommen. Von einem erweiterten Flugblatt ist in dem Antrage keine Rede. Daß das Montagsblatt nur in der Zeit des Wahlkampfes herausgegeben werden soll, ist wohl nur in guter Absicht vorgeschoben. Wenn wir das Montagsblatt, sei es auch nur während des Wahlkampfes, erst eingeführt haben, dann ist es außerordentlich schwer, es wieder zu beseitigen. Dann ist das Blatt eben da und wird beibehalten. (Zustimmung.) Mit Rücksicht darauf haben Preßkommission und Zentralvorstand die finanzielle Seite der dauernden Herausgabe eines Montagsblattes geprüft. Die Notwendigkeit, den „Vorwärts“ auszugestalten, haben wir immer anerkannt. Nur die finanziellen Schwierigkeiten haben uns von der Ausführung dieses Gedankens abgehalten. Wir halten auch eine Montagsausgabe für notwendig. Es fragt sich nur, wie sich dieser Gedanke durchführen läßt. Wenn eine Montag-Abendausgabe hergestellt werden soll, daß sie den Vergleich mit anderen am Montagabend erscheinenden Blättern aushalten kann, dann wird sie so spät fertig, daß die Leser in den entfernteren Gegenden das Blatt erst spät erhalten können. Deshalb empfiehlt sich die Abendausgabe nicht. Der Zentralvorstand ist deshalb für die Herausgabe eines Montag-Morgenblattes, das aber ebenso wie die anderen am Montag morgen erscheinenden Blätter aus technischen Gründen etwas später herauskommt wie an den übrigen Tagen. Ein Blatt, welches am Montagmorgen 2 Bogen stark erscheint, verursacht unter Berücksichtigung des Umstandes, daß dafür an der Dienstadtnummer ein Bogen erspart wird, eine jährliche Ausgabe von 190 480 M. Diese Verrechnung stützt sich auf die bisherigen Ausgaben. Es ist dabei noch nicht berücksichtigt, daß die Druckerei für die Sonntagsgararbeit Lohnzuschlag berechnen wird und daß die Lohnbewegung der Buchdrucker anlässlich des Tarifablaufes eine allgemeine Erhöhung der Löhne zur Folge haben wird. Etwas Einnahmen aus dem Straßenverkauf sind sehr unsicher. Auf eine Erhöhung der Einnahmen aus Inseraten für die Montagsausgabe ist nicht zu rechnen, wie ein Blick auf die Inserate der bestehenden Montagsblätter zeigt. Sonst aber stehen den Anträgen keine Vorschläge betreffs Deckung der Kosten zur Seite. Die Ueberschüsse, welche der „Vorwärts“ bis jetzt erzielt, würden also durch die Kosten der Montagsnummer ausgezehrt werden, vielleicht würden sie noch nicht einmal zur Deckung der Inkosten reichen. Der einzige Weg, um die Herausgabe einer Montagsnummer finanziell zu ermöglichen, ist die Erhöhung des Abonnementpreises von 1,10 auf 1,20 M. monatlich. (Bewegung.) Dadurch würde sich bei der gegenwärtigen Abonnentenzahl von 160 000 eine Mehreinnahme von 192 000 M. ergeben. Unter dieser Voraussetzung stößen dem Erscheinen des Montagsblattes keine erheblichen Schwierigkeiten entgegen. Ohne Erhöhung des Abonnementpreises ist die Herausgabe einer Montagsnummer undurchführbar. Aus diesen Gründen beantragt der Zentralvorstand:

Die Genossen in den Kreisen mögen darüber beraten, ob der „Vorwärts“ eine Montag-Morgenausgabe einführen und gleichzeitig den Abonnementpreis auf 1,20 M. erhöhen soll.

Lange (Berlin IV) ist der Meinung, daß wir auf das Montagsblatt verzichten müssen, wenn kein Erscheinen nicht ohne Abonnementerhöhung möglich ist. — Küter (Teltow-Weesow) befinnort die Herausgabe eines Montag-Morgenblattes. — Weisner (Berlin VI) ist gegen das Montag-Morgenblatt wegen der dadurch notwendig werdenden Sonntagsarbeit.

Der Antrag des Zentralvorstandes wird mit großer Mehrheit angenommen.

Teltow-Weesow und Niederbarnim beantragen:

Die Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteigenossen ist, um den Beschlüssen des Wannheimer Parteitages nachzukommen, erneuter Prüfung zu unterziehen.

Weder (Niederbarnim) begründet den Antrag und führt aus, wenn das Resultat der Feststellung über die Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteigenossen vorliegt, nach Ansicht der Antragsteller die nächste Generalversammlung dazu Stellung nehmen soll.

Der Antrag wird angenommen. Ebenso ein in der Diskussion von Aubert gestellter Antrag, welcher besagt:

Den Einladungsformularen zum Ballabend ist hinzuzufügen: Verbandsbuch und „Vorwärts“-Quittung sind mitzubringen.

Berlin IV und Niederbarnim beantragen:

Die Zeitungskommissionen sollen auch für die Zukunft bestehen bleiben, resp. als Besatzverdeckungskommissionen wieder eingeführt werden.

Käse (Niederbarnim) begründet den Antrag damit, daß auch für die nichtorganisierten Abonnenten des „Vorwärts“ eine Stelle vorhanden sein müsse, wo sie Beschwerden über unpünktliche Zustellung usw. anbringen können.

Wittorf wendet sich namens des Zentralvorstandes gegen den Antrag, weil derselbe infolge der Zentralisation des Expeditionswesens praktisch undurchführbar sei. Dagegen empfiehlt der Nedner, daß als Besatzverdeckte im Sinne der Antragsteller in Berlin die Abteilungen der Wahlvereine und in den Vorortkreisen die örtlichen Wahlvereine fungieren sollen.

Der Antrag Niederbarnim wird angenommen.

Ein von Käse begünstigter Antrag Berlin II:

„Um eine stärkere Beteiligung an Parteiarbeiten herbeizuführen, sind Tätigkeitsmarken oder eine andere zweckentsprechende Kontrolle einzuführen“ wird abgelehnt.

Niederbarnim beantragt:

Parteigenossen dürfen nicht Mitglieder von Haus- und Grundbesitzervereinen sein.

Nach einer kurzen Erklärung des Genossen Lucher (Niederbarnim) wird der Antrag zurückgezogen.

Folgende Resolution des Zentralvorstandes liegt vor:

Die Vorstände der Berliner Gewerkschaften haben in ihrer Sitzung vom 21. Februar beschloßen:

Zur Bildung eines Raifonds wird vom 1. Mai ab eine allgemeine freiwillige Sammlung vorgenommen, zu welcher Marken im Werte von 50 und 25 Pfennigen herausgegeben werden. — Diese Marken sind durch die Vertrauensleute der einzelnen Organisationen abzugeben und unterliegt es dem freien Willen jedes einzelnen Abnehmers, mit welcher Anzahl Marken er zum Raifonds beisteuern will. — Es wird jedoch von jedem Organisierten, gleichgültig ob Mann oder Frau, erwartet, daß er sich an der Sammlung zum Raifonds beteiligt.

Der Zentralvorstand des Verbandes schließt sich dieser Deklaration an mit der Maßgabe, daß die Parteigenossen und Genossinnen moralisch verpflichtet sind, Raifonds im Betrage von nicht unter einer Mark für Männer und nicht unter 50 Pfennig für Frauen zu entnehmen.

Schliche beantragt namens der Delegierten von Teltow-Weesow, die Resolution den Kreisen zur Stellungnahme zu überweisen.

Weis widerspricht der Verweisung an die Kreise, weil dadurch so viel Zeit verloren würde, daß die Angelegenheit vor dem 1. Mai kaum noch erledigt werden könne.

IV. Wahlkreis.

Dienstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Otto Buehner.
2. Aufstellung des Kandidaten zur Reichstagswahl.
3. Aufstellung der Kandidaten für den 11. und 13. Gemeindevahlbezirk.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 1. März 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes.
2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute.
3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler.

Süden bei Giesing, Wasserstr. 69.
Südwesten in Fabrik Bräueri, Bergmannstr. 5-7.
Südosten I u. II in den Rannyn-Festsälen, Rannynstr. 6.
Osten I bei Klinge, Langestr. 63.
Osten II bei Bieh, Warkauer Str. 60.
Osten III bei Bergmann, Vordagener Straße 26.
Westliche Vororte bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 47, Gde. Schammweberstraße.
Nordosten: 8 1/2 Uhr bei Voeter, Weberstr. 17.
Jede Sitzungsperiode muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Obilo, Schwebler Straße 24.
Wedding und Moabit bei Kaczorowski, Kadenstr. 6.
Weißensee im Prälaten, Reberstr. 122.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grakhoff, Admiralstraße 180.
Bezirk 2: Osten bei Bieh, Warkauer Straße 61.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Giesche, Roppenhagenstr. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Zentke, Lindowstr. 26.

Laden-, Kontormöbelbranche im „Englischen Garten“, Wiegandstraße 27c.

Küchenmöbelbranche bei Drews, Holzmarktstr. 8.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

Osten bei Voeter, Weberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 180.
Bezirk Norden bei Gantzer, Brunnenstr. 90.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche 8 1/2 Uhr bei Voeter, Weberstr. 17.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei Stramm, Mittelstr. 123.

Klavierarbeiter pünktlich um 8 Uhr bei Mühs (Schrend), Wanteuffelstr. 95.
Modelltischler bei Walde, Pfingststr. 5.

Einsetzer im Gewerkschaftshaus, Engelischer 15, Saal 11.
In dieser Versammlung sind sämtliche Kollegen der Firma Paul eingeladen.

Stellmacher im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12.

Bodenleger im Gewerkschaftshaus, Engelischer 15, Saal 2.

Jalousiearbeiter bei Walter, Wabersstr. 62.

Vergolder im Gewerkschaftshaus, Engelischer 14/15, Saal 5.

Kisten- und Koffermacher bei Baubach, Warkauer Straße 65.

Korbmacher bei Böhm, Koppenstr. 47.

Bürstenmacher bei Preuss, Holzmarktstraße 65.

Kammacher bei Preuss, Holzmarktstr. 65.

Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Ratteroth, Mittelstr. 92.

Stockerarbeiter um 6 Uhr bei Lehmann, Neue Friedenstr. 1.

Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter um 7 Uhr
Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 4. März:

Großes Winterfest

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.

Billets a 50 Pf. werden von den Beitragsamtlern und im Bureau ausgeben.

Die Eintassierung der Beiträge erfolgt am Sonnabend, den 4. März, in allen Zahlstellen von 7-9 Uhr.

H. & P. Uder, Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
Amt IV, 3014.

Bettfedern Pfund von M. 0,50 an
Echt chinesisches Exzellenzdaunen gesch. M. 2,75
3-4 Pfd. genügen zu einem großen Oberbett
Grosse Betten stand von 12,- Mk. an
Brauchbetten m. Daunenfüllung u. Daunenkörper 36 Mk.
Spezial-Bettstellen mit Federmatratze von M. 10,00 an
Fenster-Bettstellen von 5,50 M. an
Berliner Bettfedern-Versandhaus
Berlin O, Warschauer Str. 74, Eing. Kommandanten Str.

Schnelle Hilfe für Leidende.
Von allen Krankheiten sind am meisten verbreitet, die flüchtigsten und folgenschwersten, die Erkrankungen der Atmungsorgane.
Mit „ein bißchen Husten“ fängt es an, wer achtet auf ein „bißchen Husten“! Dann wird der Schlaf schlechter: man wirft Schweiß aus, der Kopf ist benommen, der Appetit schlecht, die Gesichtsfarbe fahl, das Auge krankhaft glänzend, man fühlt sich unfähig zur Arbeit, hat Atembeschwerden, ist betrübt bis zur Verzweiflung — und erfährt dann schließlich, daß man an einer schon weit vorgeschrittenen Erkrankung der Atmungsorgane leidet, die den ganzen Körper in Mitleidenhaft gezogen hat.
Nun wird alles mögliche getan, um der Krankheit Einhalt zu gebieten, Geld spielt keine Rolle mehr, und es wird alles probiert. Wer sich's leisten kann, geht nach Davos, um dort dünne, sehr sauerstoffreiche Luft zu atmen!
Da — leider — nicht jeder in Davos leben kann, haben die Aerzte zu Sauerstoff-Inhalationen gegriffen und aus eisernen Flaschen dem in eine Saug-Maske gesteckten Patienten Sauerstoff zugeführt. Das Verfahren ist umständlich, teuer und eine Qualerei für den Kranken, aber man hat zweifellos Erfolge gehabt.
Jetzt aber ist es gelungen, aktive Sauerstoff-Inhalationen zu bewerkstelligen ohne Stahlflasche, ohne Maske, überhaupt ohne

Jeden Apparat, auf billigste Weise durch die ganz neuen Dr. Schleitmers aromatischen katal. Sauerstoff-Inhalationen (patentamtlich geschützt), bei denen der Sauerstoff aktiv in statu nascondi eingeatmet wird.
Die Versuche haben ergeben, daß die Inhalation von aktivem Sauerstoff auf Asthma, Katarakte der Luftwege, Lungenleiden, Influenza und Keuchhusten eine wunderbar wohltuende Wirkung ausübt. Auffallend und unverkennbar ist schon nach der ersten Inhalation die Erleichterung der Atmung: dieses Gefühl der Befreiung wächst mit jeder neuen Inhalation.
Es ist somit allen Leidenden jetzt die Möglichkeit geboten, durch Inhalation aktiven Sauerstoffs ohne Apparate ihr Leiden zu lindern und wieder gesund zu werden. Unbedingt sollte jeder Leidende einen Versuch machen, zumal dieser Versuch nichts kostet. Man schreibt nur eine Postkarte an die Berliner Chemische Fabrik, Charlottenburg 5 D, 419, auf der man seine genaue Adresse deutlich angibt, und man erhält umgehend gratis und franco eine Probe-Inhalation zugesandt, so daß man sich ohne Kosten von der Wirkung dieses wirksamen Mittels überzeugen kann.
Man zögere nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genau Gebrauchsanweisung und ärztliche Gutachten usw. liegen der kostenfreien Probensendung bei.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche politische Versammlung

in den „Vorussälen“, Uckerstr. 6/7.

Tages-Ordnung:

1. Die Verschärfung des freien Geländes in der Umgegend von Berlin.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Georg Ledebour.**

2. Freie Diskussion.

Der Einberufer: Wilhelm Baumann, Bernauer Str. 9.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler
Tor. Billigste Bezugsquelle!
Besuch f. zur dauernden Rundschau!

1903 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 1909

Ein interessantes Wachstum!

Dieses Bild zeigt - in genauen Maßen - die enorme Umsatzsteigerung von PALMIN (Pflanzenfett) und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) in Deutschland innerhalb der letzten 7 Jahre. - Ein stärkerer Beweis für das Bedürfnis nach PALMIN und PALMONA und für die Beliebtheit unserer Produkte ist kaum denkbar.
H. SCHLINCK & CIE., A.-G.

Gelegenheitskauf!
Wollene
Schlafdecken
St. 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ M.
Fries für dicke Portieren
alle Farben
Meter 1,75, 2,50 bis 4,50.
Abgepaßte Friesmütel 2,25-5 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefevre,
Berlin, Oranienstraße 158.

Fett ohne Schwarze
und ohne Ragerfleisch 60 Pf.,
2 Pfund 1.15 Mark.
Kaffee ohne Knochen, 9/10, 85 Pf.
und Voll. Weinstock 90 Pf.
als Beigabe zum Rot- u. Weißbrot.
Vorzügl. gemaltete Rot- und Leber-
wurst, 9/10, 90 Pf., 2 9/10, 95 Pf.
Jeden Dienstag u. Freitag abend:
Frische Buttermilch, 9/10, 80 Pf.
Reberwurst, Stück 10 Pf., 80 Pf.
Preisliste franco.
Versand n. auswärts geg. Nachnahme.
F. Nietsch, Friedrichstraße 245,
Wilhelmstr. 109-110.
Pollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummivarren etc.
Berlin N., Voßringstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
Eigene Werkstatt.

Zur **Einsegnung!**

Anzüge
aus schwarzen
Kammgarnstoffen
14, 17, 19, 21
25, 28, 40 M.
Anzüge
aus dunkelblauen
Cheviotstoffen
16, 18, 20, 24,
28, 32, 36⁰⁰ M.

Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.
M. Schulmeister
BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4



Die Neueinteilung der Gemeinde-Wahlbezirke.

Die Magistratsvorlage über die Neueinteilung der Gemeinde-Wahlbezirke ist jetzt der Stadtverordnetenversammlung zugegangen. Mit der Neueinteilung der Bezirke der dritten Abteilung entspricht der Magistrat endlich dem Stadtverordnetenbeschluss vom Jahre 1909. Die Neueinteilung der Bezirke auch der zweiten und der ersten Abteilung war von den Stadtverordneten nicht ausdrücklich gewünscht worden, der Magistrat will aber aus eigener Entscheidung auch diese vornehmen.

Für die Abgrenzung der neuen Bezirke legt er die Wählerlisten von 1910 zugrunde. Im Prinzip sollen die Wählerzahlen der neuen Bezirke den aus diesen Listen zu berechnenden Durchschnitt möglichst nahekommen, es muß aber auf die in den nächsten Jahren noch zu erwartende Zu- oder Abnahme der Bevölkerung in den verschiedenen Stadtteilen die nötige Rücksicht genommen werden. Den Bezirken in den neueren, noch nicht voll bebauten Stadtteilen, die noch auf eine Bevölkerungszunahme rechnen dürfen, wird zunächst eine unter dem Durchschnitt liegende Wählerzahl gegeben. Andererseits werden in den älteren, bereits voll bebauten Stadtteilen und besonders in den sich immer weiter entvölkernden Geschäftsvierteln der inneren Stadt die Bezirke so abgegrenzt, daß sie bis auf weiteres noch eine über dem Durchschnitt liegende Wählerzahl haben. Diese Vorsicht ist nötig, weil wir sonst schon in wenigen Jahren wieder die frühere Ungleichheit der Wählerzahlen in all ihrer Kraft sich entwickeln sehen könnten.

Der Durchschnitt pro Wahlbezirk würde in der ersten Abteilung, die im Jahre 1910 nur noch 927 Wähler hatte, bei 16 Bezirken sich auf je 57 Wähler stellen. Nach der Neueinteilung sollen die Wählerzahlen hier zwischen 34 und 92 liegen. Das ist immer noch ein recht erheblicher Abstand, aber nach der bisherigen Einteilung lagen die Wählerzahlen zwischen 24 und 130. Die zweite Abteilung hatte im vorigen Jahr 31 999 Wähler, das ergäbe für jeden ihrer 16 Bezirke durchschnittlich 1999 Wähler. Nach der Neueinteilung soll ihre Wählerzahl nur zwischen 1810 und 2153 schwanken, während nach der bisherigen Einteilung das Minimum 754, das Maximum aber 5164 war. Von besonderem Interesse ist die Neueinteilung der dritten Abteilung, die nach der Liste von 1910 die gewaltige Zahl von 347 393 Wählern hatte. Da diese Abteilung in 48 Wahlbezirke zerlegt ist, so kämen auf jeden Bezirk durchschnittlich 7237 Wähler. Die Neueinteilung ist aber so geplant, daß der kleinste Bezirk 3662 Wähler hätte, während dem größten Bezirk 8930 Wähler zugeordnet sind. Das sind, wie gesagt, die Wählerzahlen nach der Liste von 1910, aber selbstverständlich wird schon 1911 der Abstand nicht mehr so groß sein. Der kleinste Bezirk ist nämlich der äußerste Zipfel des Wedding, wo eine rasche Bevölkerungszunahme zu erwarten ist. Der größte Bezirk ist die Gegend zwischen Alexanderplatz und Königstor, die in der Umwandlung zum Geschäftsviertel begriffen ist, während das innerste Berlin diese Entwicklung bereits durchgemacht hat. In der dritten Abteilung schwanken im vorigen Jahr nach der bisherigen Einteilung die Wählerzahl zwischen 2751 (Bezirk 2) und 23 960 (Bezirk 26), und der Abstand würde in den nächsten Jahren sich noch weiter vergrößern, wenn der nachgerade zum Skandal gewordene Zustand der bisherigen Entwicklung weiter beibehalten würde. Nach der neuen Einteilung sollen aus dem bisher größten 26. Bezirk ungefähr drei neue werden, während aus dem bisher kleinsten 2. Bezirk und dem fast ebenso kleinen 3. Bezirk und noch einem Teil eines Nachbarbezirks ein einziger neuer gebildet wird.

Die Mandatsdauer der jetzt amtierenden Stadtverordneten wird durch die Neueinteilung nicht berührt. Erst nach Ablauf eines Mandates wird die Wählerchaft des neuen Bezirks, der dem betreffenden Stadtverordneten zugeteilt ist, zur Neuwahl zu schreiben haben. Der Wunsch, bei der Neueinteilung dem alten Bestand der Bezirke im wesentlichen zu erhalten, hat sich nur in sehr geringem Maße erfüllen lassen. Auch der Grundgedanke, daß jedem Stadtverordneten aus den neuen Bezirken derjenige zugewiesen wird, der einen möglichst großen Teil seines früheren Bezirks enthält, ist nicht immer nach Wunsch durchzuführen gewesen. Manche Stadtverordnete sollen sogar vollständig von ihrem alten Bezirk getrennt werden. In der bürgerlichen Presse wird über die weitgehende Verschiebung, ohne die die Neueinteilung nicht möglich ist, ein lautes Geschrei erhoben. Aber der wütende Eifer, mit dem da gegen die Neueinteilung Sturm gelaufen wird, hat offenbar einen ganz anderen Grund. In der dritten Abteilung hat mancher der Freisinnigen, die hier unter der alten Bezirkseinteilung sich noch behaupten konnten, unter der neuen Einteilung auf keine Wiederwahl mehr zu rechnen. Das ist, wie sich denken läßt, verdrießlich für die, die es trifft. Daher jene Tränen!

Der Magistrat erachtet die Stadtverordneten nicht um ihre Zustimmung, sondern überreicht ihnen den Plan der Neueinteilung nur zur Kenntnisnahme. Es wird aber zweifellos in der Stadtverordnetenversammlung noch zu lebhaften Debatten über die Vorschläge kommen, die der Magistrat ihr macht. Der Berliner Stadtverordnete wird den Schmerz der Trennung von der „bewährten“ alten Wahlbezirksgeometrie, die ihm bei den Wahlen immer noch einige Bezirke der dritten Abteilung sicherte, in einer Aktage gegen den Magistrat auszutoben versuchen.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Reisinger Straße 8: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Frank, Mannheim über: „Reichspolitik und Wahlkampf.“ 2. Bericht von der Generalversammlung des Kreises und Groß-Berlins. 3. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Steglitz. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung. 1. Vortrag des Genossen Hermann Hilpert über: „Rationalität und Internationalität.“ 2. Berichte von der Kreis- und Verbands-Generalversammlung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Hosenrod.

Die Mode ist tot, es lebe die Mode. Noch ist der Hosenrod, dieses wahrnehmbare Produkt der Zuschneiderei und Näharbeit, nicht ganz tot, aber lange wird er nicht mehr leben. Vielleicht siegreich ist aus Paris, der Metropole aller Modetorheiten der Hosenrod im Anmarsch. Seltene Aufregung herrscht in jenen Frauenkreisen, die ihre Zeit in Essen, Schlafen, Bergnügen und Moderevue einteilen. Das alte biffige Wort, daß manche unserer lieben Frauen die Hosen anhaben, soll also nun wirklich zur Wahrheit werden. Poiret heißt der geniale Kleiderkünstler, dem der große Wurf nach Ruhm und Portemonnaie gelang. Ein ehemals armseliges Schneiderlein vom Seinestrand, das mit Geschäftstalent und einer Portion Glück auf dem Weltmarkt der Damenkonfektion seit Jahren den Ton angibt. Der wahre Erfinder ist natürlich irgend ein patentierter, halbverhungertes Modezeichner aus einer Pariser Dachkammer, aber Meister Poiret setzt den Lorbeerkranz auf und steckt den Heidenverdienst in die Tasche. Der Hosenrod ist keine Pumphose, wie solche noch von manchen Stadlerinnen und anderen Sportjungfrauen getragen wird. Lose und beengt fällt das Kleid in weiten Falten von der Hüfte bis über das Knie, um sich erst hier in ein paar bauchige Anhängsel zu spalten, die mit Hosenbeinen entfernte Ähnlichkeit haben. Der ganze Unterkörper ist frei und zwanglos bis zum Knöchel, kann sich ungeniert regen und bewegen. Der Wind setzt sich nicht mehr unter den altmodischen Frauenrod, um profanen Männeraugen intimste Geheimnisse zu enthüllen, und unbefragt kann die Hosenberockte auf dem glatten Parkett oder im freien Purzelbäume schiefen, ohne für ihre Sittlichkeit fürchten zu müssen. Wird die neue Mode, aus der man schon eine Revolution in der Damenkleidung prognostizieren will, sich halten? Wird auch sie wieder die Unsitte der Unschicklichkeit auf den Plan rufen? Vor liberalen Heuchlern und Pharisäern ist ja nichts sicher, weder das harmloseste Sportgewand noch das Kstloch im Saum des Frauenbades. Manche Schwarzröde, die selbst frauenhafte Kleidung tragen und von der Kanzel herab gegen die zunehmende Entfittlichung heulen wie Kettenhunde, haben seine Bitterung für das Evasostium ihrer Weichkinder. Bei Hofe dürfen und müssen sogar couragöse Damen deskolleiert sein fast bis zum Gürtel, aber die volkstümliche Sommerbluse mit Oberlicht ist natürlich „unzüchtig“. Unser keuscher Polizeipräsident hat sich vorläufig noch nicht gemeldet. Wenn er das tiefschwarze Trikot einer Schwimmschwimmerin für anstößig hält und zünftige „Verfrachtung“ der schwellenden Körperformen anordnet, ist ihm zuzutrauen, daß er auch eine Säulenphilippika gegen den Hosenrod vom Stapel läßt.

In Berlin hat der Hosenrod vorerst nur geringen Anklang gefunden. Nicht mal die bessere Halbwelt, die nach alter Erfahrung jede neue Mode auf Probe spazieren führt, will sich begeistern. Vielleicht ist ihr der Hosenrod zu anständig. Ob er schön aussieht oder nicht, soll eine Sache für sich bleiben.

Im wesentlichen werden es nur exklusive Kreise sein, auf welche diese neueste Modetorheit Eindruck machen wird und denen es nicht ums Geld zu tun ist.

Als Kerstin für die Geschlechtskrankenklinik im städtischen Obdach wählte die Deputation für das Arbeitshaus und das städtische Obdach in ihrer gestrigen Sitzung: Fräulein Dr. med. Schönberger.

Eine Bureau-Ausstellung ist wieder in den Ausstellungshallen des Zoologischen Gartens eröffnet worden; sie dauert bis 5. März.

Der Verkehr über die Tegeler „Sechserbrücke“ gab im vorigen Sommer wiederholt zu lebhaften Beschwerden aus dem Publikum berechtigten Anlaß. Die Brückenverwaltung und der ihr nahestehende „Tegeler Anzeiger“ wollten damals die Verechtigung der Beschwerden absolut nicht anerkennen. Namentlich das Amtsblättchen überpurzelte sich obendrein noch in Ausfällen gegen das Publikum, dessen Sechser man so gern in die Tasche steckt. Inzwischen scheint die Brückenverwaltung, vielleicht erst durch Druck von vorgefertigter Amtsstelle, etwas mehr Verständnis für die Sachlage gewonnen zu haben. Es sind vor dem Brückenzugang eine Anzahl Automaten aufgestellt worden, denen Durchfahrkarten entnommen werden können. Man hofft, daß sich auf diese Weise im Sommer der starke Verkehr glatter abwickelt und Störungen vermieden werden.

Der Zusammenbruch des Rabattsparsvereins „Norden“.

Ueber die finanziellen Schwierigkeiten des Rabattsparsvereins „Norden“ gehen uns folgende Mitteilungen zu:

Allem Anschein nach dürfte die Unterbilanz, die den Verein am 24. d. M. zwang, in Liquidation zu gehen, die Summe von 500 000 Mark noch übersteigen. In erster Reihe trägt daran die Risikowirtschaft, die der Vorstand getrieben, die Schuld. Seit dem Jahre 1902, in dem der Rabattsparsverein „Norden“ in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden war, herrschte im Geschäftsbetrieb des Unternehmens eine ungläubliche Willkür seitens der Leiter. Die Mitglieder hatten bei ihrem Eintritt 10 Mk. zu zahlen, erhielten dafür aber keine Rechte, die es ihnen ermöglicht hätten, Einsicht in die Geschäftsführung zu nehmen. Ebenso wenig stand ihnen das Recht zu, Rechenschaft von dem Vorstand über die Anlage der Kapitalien, die aus ihren Einlagen und dem Gewinn aus dem Rabattmarkensystem bestand, zu fordern. Versuchte dies einmal ein Mitglied, so wurde ihm bedeutet, daß, wenn er mit der Geschäftsführung nicht einverstanden sei, jederzeit austreten könne. Da die Mitglieder des Rabattsparsvereins ausschließlich aus kleinen Leuten bestehen, so wagte niemand, sein Geld zurückzugeben, um so mehr, als dies mit einem Verlust von 10 Proz. der Einlagen verbunden war. Die Lieferanten, kleinere und größere Geschäftsleute im Norden wagten gleichfalls nicht, derartige verhängliche Fragen an den Vorstand zu richten, weil ihnen dann mit der Entziehung der Lieferantenchaft gedroht wurde. Bekanntlich beteiligte waren auch die Lieferanten insofern, als gewissermaßen Rationen zu stellen waren, die zwischen 200 bis 500 Mk. schwankten. Schon bei der letzten betragsmäßigen Auszahlung zu Weihnachten haperte es mit dem Gelde. Nur mit knapper Not gelang es damals, alle Ansprüche zu befriedigen, doch konnte der Vorstand es nicht hindern, daß im Januar bereits zahlreiche Mitglieder sich zusammensetzten und nun in ständiger Zahl von dem Vorstand Rechenschaft verlangten. Es wurden Verhandlungen gepflogen, bei denen es sich herausstellte, daß der Vorstand Kapitalien in wenig sorgfältiger Weise angelegt hatte. Die Leiter des Rabattsparsvereins „Norden“ hatten ein Bureau in der Charlottenstraße gegründet, von dem aus die Transaktionen für den Verein ausgeführt wurden. Es wurden für das Geld der kleinen Spitzer Mien und Anzei-

lsche u. a. von galizischen Petroleumgruben, Naphtafeldern und Zalkumgruben gekauft, Papiere, die sehr schwer realisierbar sind. Der Vorstand hatte auch eine Bäckerei in Berlin eingerichtet, die aber nicht florierte. Auch hatten die Leiter 6 Grundstücke im Norden der Stadt erworben, die an und für sich nicht unrentabel sind, für die sich aber, als Geld gebraucht wurde, so schnell kein Käufer fand. Die pekuniären Schwierigkeiten verdichteten sich mehr und mehr, so daß der Vorstand nicht mehr aus und ein wußte, als das Gerücht von seiner Zahlungsunfähigkeit immer stärker unter den Sparern auftrat. Er beschloß nunmehr eine Liquidation, nahm aber bis zum Tage der Veröffentlichung in einer hiesigen Tageszeitung noch ständig Gelder von Sparern an und gab auch an die Lieferanten weiter Rabattmarken aus. Am vorigen Freitag abend fand eine Mitgliederversammlung statt, in welcher auch der Vorstand erschienen war und in der es zu sehr erregten Szenen kam. Namentlich waren es die Lieferanten, die für die zuletzt ausgegebenen und nunmehr wertlosen Rabattmarken Vergütungen bis zu 500 Mk. hatten leisten müssen. Da auch in dieser Versammlung der Vorstand über die Regelung der Auszahlungen noch keine volle Auffklärung gab, sah sich ein Mitglied, ein Kaufmann R., veranlaßt, am Sonnabendnachmittag Strafantrag gegen die G. m. b. H. zu stellen. Wie verlautet, hatte sich der Vorstand zwecks Sanierung seiner Finanzen an eine hiesige Großbank gewandt, ohne jedoch Erfolg zu haben.

Das Ergebnis des Preiswettbewerbs zur Erlangung künstlerischer Modelle für die Anfertigung von Plaketten zur Förderung des Sports als Ehrenpreis der Stadt Berlin. Es waren Entwürfe von 139 Bewerbern eingegangen. Das Preisgericht trat am 23. Februar zusammen und hat einstimmig wie folgt entschieden: Statt des 2. Preises von 1000 Mk. und des 1. Preises von 4000 Mk. sollen zwei 1. Preise von je 2500 Mk. zur Verteilung kommen. Es wurden zuerkannt ein 1. Preis von 2500 Mk. Nr. 58 mit dem Kennwort: „Für Gold und Silber 1911“, Verfasser Bildhauer Adolf Amberg, Wilmersdorf; ein 1. Preis von 2500 Mk. Nr. 6 mit dem Kennwort: „Rünze“, Verfasser Bildhauer Richard Kuhner, Berlin; der 2. Preis von 2000 Mk. Nr. 134 mit dem Kennwort: „Gold“, Verfasser August Häuher, Stuttgart; der 3. Preis von 1000 Mk. Nr. 59 mit dem Kennwort: „Goldguy“, Verfasser Professor Wilhelm Wandschneider, Charlottenburg. Ehrenrollen erwähnt wurden: Nr. 77 mit dem Kennwort „Hilfhorn“ und Nr. 136 mit dem Kennwort „Lindenstadt“. Zum Ankauf empfohlen wurden Nr. 30a und b. — Sämtliche Entwürfe werden voraussichtlich vom 6. bis 10. März, wochentäglich von 10—2 Uhr und Sonntags von 12—3 Uhr, im Oberlichtsaal des Rathhauses öffentlich ausgestellt werden.

Der Verband Deutscher Damen- und Mädchenmüllerei-Fabrikanten G. V. hielt am 26. Februar d. J. eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, in der mit allen gegen drei Stimmen folgender Beschluß gefaßt wurde:

Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, Schneider und Schneiderinnen nicht zu beschäftigen, die eigene Geschäfte mit Wiederverkäufern und Kunden der Verbandsmitglieder machen.

Zwei weitere Anträge:
1. Die Verbandsmitglieder werden verpflichtet, an die Ware, die die Schneider zur Verarbeitung erhalten, Etiketts anzubringen mit dem Vermerk, daß die Ware Eigentum des Arbeitgebers bleibt, daß die übrig bleibenden Stoffe an den Arbeitgeber abzuliefern sind und daß die Zurückbehaltung der Reste als Vergehen gegen § 246 St. G. B. strafrechtlich verfolgt wird.

2. Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, an solche Wiederverkäufer und Abnehmer keine Ware zu verkaufen, die Proportions-Geschäfte mit den Schneidern der Verbandsmitglieder machen, wurden an die Kommission zurückverwiesen.

Auf diese Weise soll dem in der Konfektionsbranche eingebürgerten „Schmuhmachen“ ein Ende gemacht und zum andern für die Folge verhindert werden, daß die Schneider der Konfektion gleichzeitig eine Doppelrolle als außerhalb der Konvention stehende Konkurrenten ihrer Arbeitgeber spielen.

Die Arbeitgeber sollen dann aber auch für eine entsprechende Bezahlung der angefertigten Waren sorgen, denn in dem „Schmuh“ wurde bisher eine Entschädigung für miserable Bezahlung erblickt.

Aus dem Fenster stürzte sich gestern nachmittags gegen 3 Uhr die 48 Jahre alte Bauarbeiterin Luise Kienitz vom Rathausufer 2. Die Frau erkrankte vor acht Wochen an einer Gehirnhautentzündung, von der ein schweres Augenleiden zurückblieb. Hierüber schwermütig, beschloß sie endlich, aus dem Leben zu gehen. Als ihr Mann, mit dem sie in kinderloser Ehe lebte, auf seiner Arbeitsstelle war, begab sich die Unglückliche nach dem im fünften Stock belegenen Boden und stürzte sich hier aus dem Fenster auf den gepflasterten Hof hinab. Der Tod trat sofort ein.

Eine unangenehme Erinnerung an die landwirtschaftliche Woche hat ein Rittergutbesitzer aus Schlesien in seine Heimat mitgenommen. Der Mann hatte auf einer Reise durch Berlin bei Nacht über den Duro getrunken und war schließlich mit liebenswürdiger Begleitung nach einem Quartier der Friedrichstraße gegangen. Als er morgens erwachte, war seine Begleiterin mit seinem Portemonnaie, das noch 300 Mk. enthielt, verschwunden.

Wegen gewerbmäßigen Vermittlungsschwindels hat die Kriminalpolizei den 38 Jahre alten Kaufmann Hermann Frisch aus der Friedrichselder Straße festgenommen. Frisch setzte sich mit Leuten in Verbindung, die in den Zeitungen bekannt machten, daß sie ihr Geschäft verkaufen wollten. Diesen schwindelte er vor, daß er gute Käufer habe und in der Lage sei, das Geschäft binnen vier Wochen abzuschließen. Für seine Vermittlung ließ er sich einen „Vorschuß“ von 15—20 Mk. zahlen. Auf der Quittung bemerkte er, daß er diesen Vorschuß ohne weiteres zurückzahlen werde, wenn der Verkauf binnen vier Wochen nicht zustande kommen sollte. Wenn er so die Leute sicher gemacht und das Geld eingestickt hatte, stammerte er sich um nichts mehr. Wer sich beschweren wollte, den empfing er erst gar nicht. Als mehrere Betroffene eine Anzeige bei der Kriminalpolizei machten, durchsuchte diese die Wohnung des Fr. und fand darin Schriftstücke, die darauf hinweisen, daß er noch viele Leute geprellt hat. Diejenigen, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer Nr. 177 melden.

Ein verhängnisvoller Zusammenstoß zweier Automobile, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich in der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisstraße. Dort fuhr eine Automobilroschle einem zweiten aus entgegengesetzter Richtung kommenden Kraftwagen in die Flanke. Der Anprall war so heftig, daß die Insassen der einen Droschke, Frau Maria Wolfenstein aus der Köpenicker Straße 36/38, und Herr Alfred Blume, Engelauer 2b wohnhaft, mit großer Wucht gegen die Wand des Kraftwagens geschleudert wurden. Frau W. erlitt eine Gehirnerschütterung, zwei klaffende Kopfwunden und Hautabschürfungen an Armen und Händen; Herr B. trug ebenfalls eine Gehirnerschütterung, eine tiefe Kopfwunde und erhebliche Hautabschürfungen an den Händen davon. Beide Verunglückte wurden, nachdem sie auf der Unfallstation am Zoo Notverbände erhalten hatten, auf ihren Wunsch nach ihren Wohnungen übergeführt. Die beiden Kraftwagen wurden nur unbeschädigt beschädigt.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in dieser Woche hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann frei. Am Donnerstag, den 2. März er., sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindefschulen über das Thema: „Krankheiten und ihre Verhütung“, Herr Dr. Siebert in der

247./252. Gemeindefchule, Nigaer Straße 81/82, Herr Dr. Meigscheider in der 240./254. Gemeindefchule in der Waldenserstr. 25/26, Herr Dr. Vokosin in der 117./178. Gemeindefchule in der Obermalber Straße 10 und Herr Dr. Raumann in der 115./237. Gemeindefchule in der Statler Straße 55/56. Diese Vorträge sind nur für Frauen.

Am Freitag, den 3. März cr., sprechen über das Thema: „Artsachen und Verhütung der Schwindsucht“, Herr Dr. v. Nulowski in der 11./100. Gemeindefchule, Nitzter Straße 4/5, Herr Prof. Dr. Sommerfeld in der 118./127. Gemeindefchule in der Profstraße 8 und Herr Dr. Rosen in der 295./279. Gemeindefchule in der Basteistraße 5.

In Bohagen-Rummelsburg spricht am Dienstag, den 28. Februar cr., Herr Dr. L. Jacobsohn über das Thema: „Kuge und Arbeit“ in der neuen Schule, Markstraße.

In Charlottenburg, in der 12. Gemeindefchule in der Sophie-Charlottenstraße 69/70, spricht am Mittwoch, den 1. März cr., Herr Dr. Lippmann über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Röhpenitz, in der Mädchen-Mittelschule in der Freiheit spricht am Dienstag, den 28. Februar cr., über das Thema: „Schutz und Pflege des Auges in Schule und Haus“ Herr Dr. H. Mendel.

In Lichtenberg, in der Gemeindefchule in der Kronprinzinnenstraße 10, spricht am Donnerstag, den 2. März, Herr Dr. W. Bieker über das Thema: „Nervenkrankheiten als Berufsrisikofaktoren“.

Für Mariendorf-Tempelhof spricht am Donnerstag, den 2. März cr., Herr Dr. Schönfeldt im Restaurant G. Löwenhagen in Mariendorf, Chausseestraße 27, über das Thema: „Nasen- und Halskrankheiten und deren Verhütung“.

In Panow, in der 2. Gemeindefchule in der Grunowstraße, spricht am Donnerstag, den 2. März cr., Herr Dr. Eiger über das Thema: „Massage in gefunden und kranken Tagen“.

In Reinickendorf, in der 3. Gemeindefchule, Kanower Allee, spricht am Mittwoch, den 1. März cr., Herr Dr. A. Simon über das Thema: „Schwangerschaft und Wochenbettspflege“ (Nur für Frauen).

In Rixdorf, in der 9./10. Gemeindefchule, Kaiser Friedrichstraße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 3. März cr., am Stelle des Herrn Dr. Fuld, Herr Dr. Kühne über das Thema: „Verhütung der häufigsten Magenkrankheiten“.

In Schöneberg, in der 10./11. Gemeindefchule in der Feuerstraße 57, spricht am Dienstag, den 28. Februar cr., Herr Dr. G. Rebinsohn über das Thema: „Hygiene des Auges“.

In Tegel, in der Gemeindefchule in der Tredowstr. 26/31, spricht am Dienstag, den 28. Februar cr., Herr Dr. F. Levin über das Thema: „Bedeutung der Geschlechtskrankheiten“.

In Weiskesee, in der Gemeindefchule in der Langhansstraße 120, spricht am Freitag, den 3. März cr., Herr Dr. Slatler über das Thema: „Einsfuß des Menschen auf den Magen“.

In D. Wilmersdorf, im Widmaragymnasium in der Pfalsburger Straße 30/31, spricht am Mittwoch, den 1. März cr., Herr Dr. A. Nathan über das Thema: „Die geschlechtliche Infektion und ihre Folgen“.

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ueber einen sonderbaren Vorgang, der sich am Sonnabendabend in der Hermannstraße abgespielt hat, wird berichtet: Eine Frau Gerhardt, die Gattin eines Wärders aus der Keuen Jonaststr. 82, hatte mit ihrem 14jährigen Sohn Edwin in der Hermannstraße einige Einkäufe besorgt. Auf dem Rückwege hatte Frau G. in der Nähe der Thomastraße eine Bekannte getroffen und plauderte mit ihr, während der Knabe in der Nähe der beiden Frauen stand. Pöpslich hörte Frau G. das Kind laut aufschreien und sah, wie ein junger Mann, der ein Messer in der Hand trug, dabonlief. Sie wandte sich sofort ihrem Kinde zu, dessen Gesicht vollständig mit Blut bedeckt war und das die Besinnung verloren hatte. Mehrere Passanten, die den Vorfall beobachtet hatten, waren im ersten Augenblick derartig bestürzt, daß sie den Messerstecher nicht verfolgten. Man schaffte den kleinen K. nach der Unfallstation in der Steinmehrsstraße, wo der Arzt feststellte, daß der Knabe eine mehrere Zentimeter breite und tiefe Wunde unterhalb des linken Auges und eine zweite Schnittwunde an der Stirn, in der Nähe der Schläfe, erhalten hatte. Es gelang nach einiger Zeit, das Kind zum Bewußtsein zurückzurufen. Der Knabe sagte aus, daß er, in der Nähe seiner Mutter stehend, plötzlich von einem jungen Mann angesprochen worden sei, der ihn aufforderte, ihm in den nächsten Hausflur zu folgen. Als der Kleine sich weigerte und zu seiner Mutter laufen wollte, habe der Fremde plötzlich ein Messer gezogen und zweimal nach ihm gestochen. Dann habe er ihn zu Boden gestochen und die Flucht ergriffen. Der Knabe schildert den Messerstecher als einen jungen Menschen, der einen feinen schwarzen Hut und einen dunklen, kurzen Schurrebart trug. Das Befinden des Kindes gibt zu Bedenken keine Veranlassung.

Ein schwerer Straßensnfall, bei dem ein junger Mann lebensgefährlich verletzt wurde, ereignete sich am Sonntagmittag gegen 12 Uhr in der Steinmehrsstraße. Dort versuchte der 14jährige Arbeiterbursche Otto Hoffmann, Kopfstraße 10 bei seinen Eltern wohnhaft, mit seinem Zweirad kurz vor einem Wagen der Städtischen Omnibuslinie vorüberzukommen, wurde jedoch von den Räder zu Boden gerissen und geriet unter den Wagen, dessen Fahrer ihm über den Hinterkopf hinwegging. In schwerverletztem Zustand wurde der Verunglückte nach der nächsten Unfallstation und von dort aus nach dem städtischen Krankenhaus in Rudow geschafft, wo er fast hoffnungslos daniederliegt.

Schöneberg-Friedenau.

Die am Sonntag festgesetzte Kaufmannsgerichtswahl brachte dem Zentralverband einen glänzenden Erfolg. Das zahlenmäßige Ergebnis ist folgendes (die Zahlen von 1908 sind in Klammern beigefügt): Zentralverband 423 Stimmen — 3 Wähler (126 Stimmen — 1 Wähler), Deutschnotionaler Verband 978 Stimmen — 2 Wähler (414 Stimmen — 4 Wähler), Leipziger Verband 337 Stimmen — 3 Wähler (380 Stimmen — 4 Wähler), Verein deutscher Kaufleute 117 Stimmen — 0 Wähler (63 Stimmen — 0 Wähler), (Dritsch-Dunker), 1808er Verein 202 Stimmen — 1 Wähler (bisher nicht beteiligt). Es wurden 1577 Stimmen gegen 963 im Jahre 1908 abgegeben. Der Erfolg des Zentralverbandes übertrifft bei weitem alle Erwartungen und das trotz der schädigen Mittel, deren sich die Gegner im Kampfe gegen ihn bedient.

Tempelhof.

Die am 14. Januar v. J. zusammen mit fünf Stimmen gewählten Vertreter der ersten Klasse, die Herren Direktor Senfel und Dr. Schmidt, wurden in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung eingeführt, während der am 18. März vorigen Jahres mit 558 Stimmen gewählte sozialdemokratische Kandidat der dritten Klasse, Klempnermeister Max Schmidt, im Zuschauerraum Platz nehmen mußte. — Vom Lehrerkollegium war beantragt, der hiesigen höheren Mädchenschule den Namen „Luise-Henriettenschule“ beizulegen. Die Vertretung war der Ansicht, daß die Schule dadurch einen besseren Eindruck mache, und da diese Sache auch billig ist, so lag keine Veranlassung vor, dem Antrage nicht stattzugeben. (Luise Henriette war die Gemahlin des Großen Kurfürsten und längere Zeit Besitzerin des Rittergutes Tempelhof.) — Das Schulgeld für auswärtige Schülerinnen an dieser Schule wurde um 80 M. erhöht. — Um den „Sparfuss“ der Schuljugend zu heben, bestehen an den beiden Volksschulen Schulparzellen; bei der Mädchenschule gingen im letzten Jahre über 12 300, bei der Knabenschule über 10 700 M. ein. Die beiden Neubauten erhalten für ihre Arbeit

je 125 M. als Prämien bewilligt, die Vertretung jeder Klasse 30 M. Die Arbeiterschaft wäre besser daran, anstatt dieses Geld den Schulparzellen, es lieber ihren eigenen wirtschaftlichen Verbänden, zum Beispiel dem Konsumverein, anzubringen. — Die Erledigung der ersten neun Punkte der Tagesordnung dauerte 25 Minuten. Jedenfalls wollte die Vertretung recht viel Zeit zur Vorberatung des Hauptetats und der höheren Lehranstalten gewinnen. Aus dieser Vorberatung ist zu entnehmen, daß sich die finanziellen Verhältnisse nach Ansicht des Vorsitzers durchaus günstig entwickelt haben. Ein wesentliches Mehr stellen die Anforderungen der Schulen, namentlich des Realgymnasiums, sowie die Armenlasten, welche durch eine Änderung des Geleges ungünstig beeinflusst werden. Leider sei die Gewerbesteuer um 20 000 M. hinter dem Ansatz geblieben, ein Ausdruck der ungünstigen Konjunktur. Die Kreissteuer werde eine kleine Ermäßigung erfahren. An den 380 000 M. betragenden Gesamtlasten, welche die Gemeinden aufzubringen haben, partizipiert unser Ort mit 28 000 M. — Für einen dritten Kriminalschuttmann sind 2000 M. im neuen Etat vorgesehen. Für Beleuchtung sind 4000 M. mehr angelegt. Gewünscht wurde eine bessere Beleuchtung namentlich der Dorfmae und im Interesse der Grundbesitzer eine nicht allzulange Verzögerung in der Aufstellung der Laternen. — Eine größere Vorlage ist in bezug auf eine Gemeindegarntererei zu erwarten. — Der Armenetat beansprucht 11 500 M. mehr wie im Vorjahre. — Der Etat für das Realgymnasium schließt mit einer Ausgabe von 121 080 M. Da etwa 170 Realschüler 28 800 M. und etwa 110 Schüler der Vorschule 11 000 M. Schulgeld bezahlen, so wird die Gemeinde, inklusive der Verzinsung und Amortisation der 1 050 000 M. betragenden Anleihe, etwa 88 581 M. Zuschuß leisten; der Zuschuß für die höhere Mädchenschule beträgt 26 500 M. — Die Lustbarkeitssteuer soll einbringen 3100, Hundesteuer 11 000, Umfahrsteuer 75 000, Biersteuer 19 300, Wertzuwachssteuer 40 000, Einkommensteuer 290 000, Gewerbesteuer 75 000, Grundsteuer 347 000 M. — Da Tempelhof von allen Gemeinden Groß-Berlins mit der Erhebung der Grundwertsteuer mit am niedrigsten steht, dürfte eine kleine Erhöhung derselben in Aussicht genommen sein. — Alle die Wünsche der Einwohner in bezug auf Feuerlöschwesen, Wabeanstalt, Lebeschule, Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsnachweis, Unfallstation, Schularzt usw. sind im neuen Etat unberücksichtigt gelassen worden. Dafür sind keine Mittel übrig. Keiner der bürgerlichen Herren nahm Veranlassung, hierzu eine Anregung zu geben.

Ober-Schönevelde.

Der Bericht über den Gemeindehaushalt für das Jahr 1911 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 915 000 M.; davon entfallen auf die ordentliche Verwaltung 1 735 000 M. und auf eine Anleihe zur Beilegung der Neubau- und Ausstattungsarbeiten für das Realgymnasium 180 000 M. An Staatsbeiträgen und sonstigen Einnahmen sind 643 085 M. angesetzt, so daß durch Steuern 1 071 915 M. zu decken sind. Von diesem Betrage werden aufgebracht durch Zuschläge zur Staatsinkommensteuer (135 Proz.) 443 500 M., Grundwertsteuer 342 000 M., Gewerbesteuer 189 125 M., Umfahrsteuer 70 000 M., Wertzuwachssteuer 5000 M., Biersteuer 21 000 M., Hundesteuer 6000 M. und Lustbarkeitssteuer 1850 M. Von den einzelnen Spezialtaxen erfordern: Allgemeine Verwaltung 222 700 M., Straßen-, Brückenverwaltung, Gemeindegründe 235 400 M., Armen- und Gesundheitspflege 68 400 M., Feuerlöschwesen 8160 M., Volksschulwesen 402 300 M., Realgymnasium 79 300 M., höhere Mädchenschule 60 300 M., obligatorische Fortbildungsschule 16 130 M., Gemeindefriedhof 24 100 M., Kanalisationswerk 66 400 M., Wasserwerk 22 000 M. Zuschüsse sind nach Abzug der bei den einzelnen Etats zu verzeichnenden Einnahmen zu leisten für die Volksschulen 300 000 M., Realgymnasium 80 300 M., höhere Mädchenschule 29 800 M., Fortbildungsschule 3760 M., Friedhof 18 000 M., Wasserwerk 4200 M., Feuerlöschwesen 8100 M., Armenpflege 46 800 M.; für das Kanalisationswerk ist bekanntlich ein Zuschuß nicht erforderlich, da die familiären Ausgaben von den Interessenten (Grundbesitzern, Fabrikanten) aufzubringen sind. Betroß der Volksschulwesen steht Ober-Schönevelde mit 4000 Volksschulkindern an erster Stelle unter den sämtlichen Gemeinden der Kreise Teltow und Niederbarnim, indem nach einer Statistik 1909 pro Kopf der Bevölkerung 17,91 M. aufgebracht werden müssen, gegen 10,84 in Charlottenburg, 5,44 in Wilmersdorf, 10,22 in Lichtenberg, 14,85 in Tegel. Die Palisadestellen sind von 47 450 M. im Vorjahre auf 64 030 M. gestiegen. Die Erhöhung ist zum Teil verursacht durch die Umwandlung der Gemeindegrenzen in der Nachpolizei. An Kreissteuern sind 118 800 M. aufzubringen. Für rückzahlbare Steuerbeträge ist in den Etat die Summe von 13 000 M. angesetzt, bedingt durch die in den Vorjahren zu hoch erfolgte Einschätzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Die obligatorischen Beiträge an die evangelische und katholische Kirchen-gemeinde in Höhe von 3500 und 500 M. sind auch diesmal nicht vergessen; für die Volksbibliothek hat man dagegen nur 710 M. übrig. Als wesentliche Neuerung bringt der Etat den Steuerzähler eine zehnprozentige Steuererhöhung und die Gemeindegrenzenveränderung; dieselbe resultiert in der Hauptsache aus den Neuregelungen der Lehrer- und Beamtengehälter. Wesentliche Abstriche, wodurch eine Abminderung der Erhöhung erreicht würde, werden bei den Beratungen des Etats kaum gemacht werden können. Da auch andere Steuerarten nicht möglich sind, wird eine weitere Steigerung des Zuschlages in den nächsten Jahren nur durch eine andere Regelung der Gewerbesteuer, nach welcher die Großindustrie wesentlich stärker herangezogen wird, abzumenden sein.

Adlershof.

Das Verhalten der Vertreter der 1. Abteilung in der letzten Gemeindevertretung zu dem Antrage unserer Genossen betreffend Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes ist wert, hier noch besonders hervorgehoben zu werden. Bekanntlich wurden in letzter Zeit unser Genosse Hildebrandt in die Schuldeputation und Genosse Reich und Hildebrandt als unbesoldete Schöffen von der hiesigen Gemeindevertretung gewählt. In beiden Fällen wurde unseren Genossen die Bestätigung der Regierung verweigert. In letzterem Falle ruht das Verfahren noch beim Bezirksauswahlg. Obwohl unsere Genossen zu dieser Verwaltungsinstantz kein großes Vertrauen haben, halten sie sich im Interesse aller Staatsbürger verpflichtet, alle Schritte zu unternehmen, um gegen diese willkürliche Behandlung einzelner Teile der Bevölkerung, und wenn es auch Sozialdemokraten sind, vorzugehen. Aus diesem Grunde wurde dann auch der aus gleicher Ursache von unseren Genossen in Schöneberg gestellte Antrag hier wiederholt, welchen die Vertreter der 2. Abteilung durch ihre Unterschrift zu dem ihrigen machten. Der Antrag selbst lautet:

Die Gemeindevertretung wolle beschließen, in einer Petition an beide Häuser des Landtages die gesetzliche Sicherstellung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden in der Wahl ihrer Beamten und der Zusammensetzung ihrer Ausschüsse, Deputationen und Kommissionen zu fordern mit der Maßgabe, daß den staatlichen Aufsichtsbehörden ein Einspruchsrecht nur in bezug auf die Wahl von Personen zusteht, denen nach ihrer Meinung die allgemeinen bürgerlichen Bedingungen selbständiger Verfassung abgeht, und daß diese Einwände im Verwaltungsstreitverfahren geltend zu machen sind.

Dieser Antrag führte zu theoretischen Ausführungen über den Sozialismus, wie solche innerhalb der Adlershofer Gemeindevertretung noch nicht zu verzeichnen waren, da die Herren sich sonst der größten Zurückhaltung befleißigten. Was die Abweichung ihrer bisherigen Gesinnung durch den Umstand hervorgerufen sein, daß die Sozialdemokratie nach der neuen Wählerliste begründete Aussichten hat, namentlich auch in der zweiten Abteilung ein gefährlicher Gegner zu werden, oder mögen die Herren aus den Vorlesungen des letzten Jahres gelernt haben, genug, die Debatte über unseren Antrag hat uns in moralischer Hinsicht einen bedeutenden Sieg gebracht. Ruhig doch Dr. Ehrmann, unser ärgster Gegner im Gemeindeparlament, öffentlich unseren Genossen die Anerkennung auszusprechen, daß er die Sozialdemokratie bei den kommunalen Arbeiten nicht mehr missen möchte, da ihre Sachkenntnis besonders in Fragen der sozialen Gesetzgebung unbedingt bei den Beratungen notwendig sei. Aber zu einem Amte als Schöffen

oder in der Schuldeputation halte er die Sozialdemokratie nicht für qualifiziert, da den heutigen Sozialdemokraten die P a t e n t l a n d s l i e b e vollständig abgehe. Er gebe sich aber der Hoffnung hin, daß der Einfluß der Sozialdemokratie immer größer und damit die Zeit kommen werde, daß die Sozialdemokratie auf vaterländischem Boden stehen wird. Im Gegensatz zu den internationalen Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie feierte auch er, wie so viele Leute vor ihm, die französischen und englischen Sozialisten als Vertreter des Volkes, welche ihre Wurzeln in ihrem heimischen Boden haben. Unseren Genossen Hildebrandt und Reich war es ein leichtes, demgegenüber nachzuweisen, wie gerade die herrschende Klasse das Schulwesen in jeder Hinsicht vernachlässige und dem Unternehmertum der dümmste Arbeiter noch heute der angenehmste sei. Wenn heute die Kultur in Deutschland nicht zurückgeht, sondern stetig Fortschritte macht, so verdanke man selches nur dem ewigen Kampfe, den die Sozialdemokratie auf allen Gebieten zu führen habe. Die Gegenüberstellung der deutschen Sozialdemokratie zu unseren Brüdern in anderen Ländern, sei doch ein alter Kniff, der von einem gebildeten Mann kaum noch erwartet werden kann. Sollte diese Debatte der Vorläufer für den bevorstehenden Wahlkampf sein? Nun gut, unseren Genossen soll es recht sein. Einen besseren Erfolg unserer Arbeit konnten wir nicht erwarten, wie der Verlauf der Debatte es mit sich brachte.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, soll im Lokal von Weisdorf, Berliner Str. 18, in einer öffentlichen, nichtpolitischen Versammlung ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten werden.

Der Einberufer: Paul Schweiß, Waldesstr. 51a.

Notabes.

Die soziale Rückständigkeit der Handwerksmeister kann gelegentlich einer vor einigen Tagen stattgehabten Konferenz des Gemeindevorstandes mit den an der Fortbildungsschule Interessierten wieder einmal recht deutlich zum Ausdruck kommen. Trozdem der Gemeindevorstand gleich zu Beginn darauf hinwies, daß die Konferenz lediglich den Zweck haben solle, die Meinung der Beteiligten über das neu zu erlassende Ortsstatut für die Fortbildungsschule zu hören, lehnten sich die erschienenen Handwerksmeister wenig daran, benutzten vielmehr die Gelegenheit, um ihrer Feindschaft gegen die Fortbildungsschule im allgemeinen Ausdruck zu geben. Besonders unwillig waren sie über die vom 1. April erfolgende Schulgebäudeerhebung und über den Unterricht während der Tagesstunden. Einige Redner empfahlen, das Schulgeld vertraglich auf die Eltern der Lehrlinge abzuwälzen und im übrigen dahin zu wirken, daß der Unterricht außerhalb der Arbeitszeit, eventuell Sonntags nachmittags stattfinden, damit auf die praktische Arbeit in der Werkstatt mehr Zeit verwendet werden könne. Ein anderer Redner wünschte, daß der Schulzwang auch auf jugendliche Arbeiter, die jetzt aus Antipathie gegen die Fortbildungsschule lieber in die Fabrik gehen, ausgedehnt werde, damit sie sich wieder dem Handwerk zuwenden. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, auch die Fabrik- resp. Großbetriebe zu den Unterhaltungskosten der Fortbildungsschule heranzuziehen, da sie allein den Nutzen von der handwerklichen Ausbildung der Lehrlinge hätten. Abgesehen von dieser Forderung ließ die Ausprache unsicher erkennen, daß die Fortbildungsschule in ihrer jetzigen Gestalt unseren Handwerksmeistern ein Dorn im Auge ist. Ihnen kommt es nicht so sehr darauf an, in jeder Beziehung tüchtige, den hochgestellten Ansprüchen der heutigen Technik gewachsene Gehilfen heranzubilden, als vielmehr darauf, sich billige und willige Arbeitskräfte zu sichern.

Potsdam.

Aus der Stadtvorbernehmung. Zwischen der Kurfürstlichen und der Behlertstraße soll ein botanischer Schulgarten errichtet werden, weil der jetzige Schulgarten nicht mehr den Anforderungen entspricht. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 13 500 M. Recht interessant und lehrreich zugleich war der Punkt betr. Errichtung einer Schulbibliothek. Die Mittel, die speziell für die Gemeindefschulen in Betracht kommen sollte und eine einmalige Summe von 2000 M. und eine laufende von 3500 M. erforderte, fand trotz der Befürwortung des Magistrats und einiger der Verordneten angehöriger Lehrer nicht die Zustimmung der Stadtvorordneten. Der von der dritten Abteilung gewählte Stadtvorordnete V e r n h a r d t nahm hier die Gelegenheit wahr, sein arbeiterfeindliches Herz auszusprechen: Er sei Gegner der Vorlage, denn welche Dankbarkeit habe sich bei der Arbeiterschaft für soziale Einrichtungen herausgestellt, welche Stellung nehme die niedere Schicht des Volkes dem Staate und der Kommune gegenüber ein; es werde heute in sozialer Beziehung viel zu viel getan; man müsse endlich einmal Schluss machen, denn es fehle an Verständnis für derartige Sachen bei der Arbeiterschaft. Solche Auspreisungen zeigen, daß im Potsdamer Rathaus Leute sitzen, die nicht das geringste Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft haben. Die Behandlung zahnkranker Kinder soll nunmehr ambulatorisch erfolgen. — Von den zur vorjährigen Sedanfeier bewilligten 8000 M. sind 605,87 M. übrig geblieben. Davon sollen 500 M. am 22. März dieses Jahres an 50 Veteranen, deren Einkommen unter 500 M. ist, verteilt werden, 100 M. soll der Turnlehrer Kirbis für seine Leistungen bei der letzten Sedanfeier erhalten, während die übrigen 95,77 M. zur Deckung der Ansprüche des bei der Sedanfeier verunglückten Schülers Besitztümer verwendet werden sollen. Ferner soll den Veteranen, deren Einkommen unter 1200 M. beträgt, in Zukunft die Gemeindeabgabe erlassen werden. In Betracht kommen 60 Veteranen. Der Stadtv. Veccu sprach sich dafür aus, daß für die Leute mehr getan wird. — Für den Flugplatz an der Wilschfelde soll von der Vereinstreuerei ein 2400 Quadratmeter großes Grundstück zum Preise von 50 000 M. angekauft werden. Die Stadtvorordneten stimmten dem Kauf zu, sobald derselbe mit dem Justizministerium perfekt geworden ist. — Von 1400 M. auf 1800 M. wird der Zuschuß für den Knabendorf für 1911 erhöht. — Der städtische Bade- und Lagerplatz wird für jährlich 4450 M. verpachtet. — Für die Ausschaltungen in Berlin und Dresden sind bisher 6000 M. bewilligt worden, 2000 M. werden nachbewilligt.

Leser- und Diötnierklub „Wilhelm Viehnecht“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Völsch, Danziger Str. 19, Vortrag.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	25. 2.	25. 2.		25. 2.	25. 2.
Remsl., Mühl	4397	+78	Saale, Graditz	290	+38
Regel, Jüterbog	395*	+50	Gabel, Spandau	149	-4
Reichel, Thora	496*	+142	Kathowen	164	+6
Ober, Rathow	378	-92	Spree, Spremberg	210	-10
Krausen	311	+25	Beeslow	188	0
Krausfurt	299	+21	Beser, Rindow	211	+4
Barthe, Schirum	240	+20	Witten	270	+21
Landesberg	192	+22	Rhein, Rixmüllandau	486	+50
Rege, Vordamm	102	-10	Kraus	274	+13
Eide, Leimnitz	218	+6	Rhin	849	+23
Dresden	107	+1	Reckar, Seibromm	250	-15
Barch	413	0	Kraus, Westham	-	-
Magdeburg	346	+6	Wolke, Litz	255	+60

* + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterbeleg, — *) Ufstand, — *) Ufsgang.

Seit gestern ist auch auf der Reichel-Hochwasser eingetreten, das nach telegraphischer Meldung heute morgen mit 80 cm am Regel-Thorn das Mittelhochwasser der Jahre 1896 und 1905 um 86 cm, die Ausdehnungshöhe um 22 m übersteigt. Der mit dem Hochwasser verbundene Eisgang läßt sich ohne Störungen zu verfolgen. Der Regel hat gleichfalls Mittelhochwasser mit Eisgang. Die ganze Hochwasserhochrechnung erstreckt sich auch auf die weitrührenden Stromgebiete, hat in diesen aber nur mäßige Stärke.